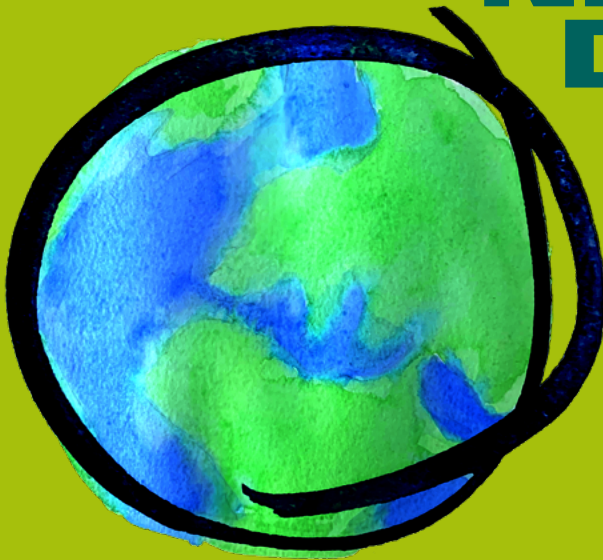


ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

JULIANE SCHUMACHER

GREEN NEW DEALS



GROSSER WURF FÜR GERECHTEN
KLIMASCHUTZ ODER UPDATE DES
KAPITALISTISCHEN MODELLS?
EINE EINFÜHRUNG

JULIANE SCHUMACHER

Juliane Schumacher ist Wissenschaftlerin, freie Journalistin und Autorin.
Sie lebt und arbeitet in Berlin.

INDEX

● Einleitung	4
● Was ist ein Green New Deal?	9
● Inhalte	24
● Umsetzung	40
● Debatten und Kritik	52
● Green New Deals und globale Gerechtigkeit	68
● Abschließende Diskussion	79
● Literaturverzeichnis	84
● Anhang	101

EINLEITUNG



Am 10. November 2018 besetzten Aktivist*innen des Sunrise-Movement, einer 2017 gegründeten Graswurzelbewegung für gerechte Klimapolitik, das Büro der demokratischen US-Abgeordneten Nancy Pelosi. Vier Tage zuvor hatte die demokratische Partei die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückgewonnen, als Vorsitzende der Fraktion war Pelosi designierte Sprecherin des Parlaments. „Wir haben noch 12 Jahre – was ist Ihr Plan?“ stand auf den Bannern der Aktivist*innen.¹ Die junge demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, gerade erst ins Parlament gewählt, schloss sich dem Protest an.

51 der rund 150 Aktivist*innen wurden verhaftet. Aber ihr Ziel hatten sie erreicht. Die Medien berichteten ausführlich über die Besetzung – und viele Amerikaner*innen hörten zum ersten Mal, was die Bewegung forderte: einen Green New Deal, ein massives Investitionsprogramm, das die USA auf eine emissionsfreie Wirtschaft umstellen und gleichzeitig die soziale Ungleichheit bekämpfen soll.

Weder der Begriff Green New Deal noch der Vorschlag eines solchen Programms war zu diesem Zeitpunkt ganz neu. 2007 hatte der Journalist Thomas Friedman in der New York Times einen solchen gefordert. 2007 und 2008, inmitten der Finanzkrise, wurden erste Vorschläge für einen Green New Deal veröffentlicht, in den USA ebenso wie in Großbritannien und der EU. Wie der New Deal von Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren die USA aus der Großen Depression geführt hatte, sollte nun ein ähnliches Programm – nur auf ökologischere Weise – helfen, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Diese Vorschläge verschwanden wieder in den Schubladen, als die akute Phase der Krise vorüber war.

/ 5

Erst die Proteste der Klimagerechtigkeitsbewegungen, von Schulstreiks bis zur Besetzung von Kohlebaggern, brachten das Thema Green New Deal wieder auf die Agenda – und dieses Mal gelang es den Befürworter*innen eines solchen Projekts, es ins Zentrum der Politik zu rücken. Als Ende 2019 der Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen in den USA begann, kam kaum noch ein*e Politiker*in daran vorbei, sich zum Green New Deal zu äußern. Alle demokratischen Präsidentschaftskandidat*innen hatten eine Variante des Green New Deals in ihrem Wahlprogramm. In Großbritannien beschloss die Labour-Partei 2019 ein Programm für einen Green New Deal, die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, stellte im Dezember ihr Projekt eines europäischen ‚Green Deal‘ vor. Seitdem sind weltweit unzählige Vorschläge für Green

1 Alle Übersetzungen stammen, wo es keine offizielle deutsche Übersetzung gibt, von der Autorin. Die Originalquelle wird jeweils in der Literaturangabe genannt.

New Deals ausgearbeitet und veröffentlicht worden; die Initiator*innen reichen von Parteien und Think-Tanks über Bewegungsnetzwerke bis hin zu einzelnen Autor*innen.

Die Corona-Krise im Frühjahr 2020 versetzte dieser Euphorie einen Dämpfer. In den USA musste Bernie Sanders, der Kandidat mit den weitreichendsten Forderungen für einen Green New Deal, im April seine Niederlage in den Vorwahlen einräumen; statt ihm trat der wenig radikale Joe Biden als Präsidentschaftskandidat der Demokraten an und gewann im November 2020 die Wahl. In Großbritannien hatte Labour im Dezember 2019 die Unterhauswahl verloren, der Parteilinke Jeremy Corbyn trat als Parteivorsitzender zurück. Die EU versucht mit Rettungspaketen, die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, die Umsetzung des Green Deal liegt auf Eis.

Die Pandemie ist noch nicht überwunden, im Herbst 2020 kämpft die Welt mit einer zweiten Welle von Infektionen. Doch die sozialen Bewegungen haben den ersten Schock überwunden und sich neu formiert. Die Klimabewegung hat ihre Proteste wiederaufgenommen, soziale Bewegungen drängen auf ein „just recovery“, ein Programm für einen gerechten Wiederaufbau. In den USA versuchen Aktivist*innen, den Green New Deal unter den veränderten Bedingungen voranzubringen – teils, indem sie sich auf einzelne Aspekte und andere Ebenen fokussieren, teils, indem sie in Gesprächen und durch Druck auf der Straße versuchen, den designierten Präsidenten dazu zu bringen, einen möglichst großen Teil der Green New Deal-Vorschläge in sein Programm aufzunehmen.

6 /

Die Klimakrise, das wird deutlich, wartet nicht – auch unter Pandemie-Bedingungen gilt es, auf Lösungen und Handlungen zu drängen, um die globale Erderwärmung zu begrenzen und eine zukunftsfähige Gesellschaft zu schaffen. Zugleich hat die Corona-Krise die soziale Ungleichheit weltweit noch einmal drastisch verschärft, die globale Wirtschaft steuert auf eine Krise zu, die schlimmer wird als die Große Depression in den 1930er Jahren. Längst ist klar, dass es mit kurzfristigen Rettungspaketen nicht getan ist – ist die Gesundheitskrise vorbei, oder zieht sie sich länger hin, werden umfangreiche Programme nötig sein, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Diese können genutzt werden, um den Status quo wiederherzustellen, oder, wie in früheren Krisen, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen. Sie können aber auch genutzt werden, um, wie Green New Deals fordern, zugleich die Klimakrise und die soziale Krise zu bekämpfen.

Die Vorschläge für einen Green New Deal unterscheiden sich stark voneinander. Und sie sind nicht die einzigen Vorschläge, die auf dem Tisch liegen: Von neoliberalen Ideen einer Green Economy bis zu Postwachstums-Utopien gibt es zahlreiche andere Möglichkeiten, auf die Klimakrise zu reagieren. Die Green New Deals sind ein Baustein unter vielen, und sie setzen sich selbst aus vielen unterschiedlichen Teilen zusammen. Die Green New Deal-Vorschläge sind auch nicht unumstritten: Aktivist*innen aus dem globalen Süden, aus Degrowth- und anti-kapitalistischen Bewegungen haben oft berechtigte Kritik an den Vorschlägen geäußert.

Dennoch gilt: Die Green New Deals gehören zu den wenigen konkreten Vorschlägen, wie die Umstellung auf eine klimafreundliche Gesellschaft innerhalb relativ kurzer Zeit vonstattengehen könnte, ohne dass diese Transformation auf Kosten der Schwächeren in einer Gesellschaft geht. Auch wenn sie Schwächen und blinde Flecken aufweisen, so ist ihnen doch eines gelungen: Sie haben es geschafft, über die letzten zwei Jahre eine neue Erzählung zu schaffen, die die Hoffnung auf Handlungsmöglichkeiten jenseits von Katastrophenwarnungen aufrechterhält. Eine Erzählung davon, wie eine lebenswerte und gute Zukunft aussehen könnte – und welche Schritte auf dem Weg dorthin möglich und nötig wären.

Solche Visionen der Zukunft und die Kraft, die sie entfalten können, sind heute nötiger denn je. Schon deshalb lohnt es sich, die verschiedenen Vorschläge für Green New Deals genauer zu betrachten, ihre Argumente, ihre Geschichte, die Möglichkeiten, die sie bieten und die Grenzen, die ihnen eingeschrieben sind. Dies ist das Ziel dieser Broschüre.

Dazu wird zunächst definiert, was hier unter einem Green New Deal verstanden wird. Im ersten Teil wird anschließend ein *Überblick über die Geschichte und Hintergründe* der Idee gegeben, und über die *unterschiedlichen Vorschläge*, die in den letzten Jahren in verschiedenen Teilen der Welt in diesem Zusammenhang aufgebracht wurden. Ein zweiter Teil stellt die *Inhalte* vor, die diese Vorschläge ausmachen. Ein dritter Teil beschäftigt sich mit der konkreten *Umsetzung* in Hinblick auf die verschiedenen *politischen Ebenen*, die darin eine Rolle spielen, und die *Finanzierung* solcher Programme. Der vierte Teil widmet sich den verschiedenen *Kritikpunkten* und fragt, wie diese aufgenommen und die Vorschläge weiterentwickelt werden können. Der fünfte Teil geht noch einmal gesondert auf die Frage ein, inwieweit *globale Gerechtigkeit* eine Rolle in den Vorschlägen spielt und wie eine globale Dimension des Green New Deal aussehen könnte. In einem

abschließenden Teil wird diskutiert, welche *Perspektiven* sich aus dieser Beschäftigung mit Green New Deals für linke Bewegungen und Organisationen ergeben können: Was lässt sich aus ihnen lernen, wo können Forderungen nach oder die Unterstützung von solchen Programmen sinnvoll sein? Wo stoßen sie an Grenzen, in welche anderen politischen Handlungsfelder müssen sie einbezogen sein, um Erfolg zu haben? Welche Kriterien muss ein Green New Deal-Projekt erfüllen, welche Fallen gilt es zu vermeiden, damit es einen Beitrag leisten kann auf dem Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt?

WAS IST EIN GREEN NEW DEAL?



DEFINITION

Was ist ein Green New Deal? Zwei Jahre, nachdem der Begriff in den USA zu neuer Bekanntheit kam, wird er so häufig und von so verschiedenen Akteuren genutzt, dass es schwierig geworden ist, diese Frage präzise zu beantworten. Und auch innerhalb der Bewegungen, die sich für einen Green New Deal einsetzen, gehen die Meinungen darüber, wie radikal ein solcher aussehen soll und welche Schwerpunkte er setzen soll, weit auseinander.

Unter einem progressiven Green New Deal wird hier ein **umfassendes staatliches politisches Programm** verstanden, das zum einen **darauf abzielt, zugleich die Klimakrise und die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen**, und zum anderen finanziell und politisch **einen Umfang hat, der ein solches Vorhaben auf der entsprechenden Ebene auch** möglich macht.

Es geht bei einem Green New Deal also um strukturelle Änderungen, nicht um individuelles Verhalten. Es geht um Veränderungen, die auf der Ebene der Produktion ansetzen, und nicht beim Konsum, um Veränderungen, die maßgeblich von staatlichen und politischen Akteuren getragen werden, nicht von der Privatwirtschaft. Es geht nicht darum, die Folgen der notwendigen Transformation für bestimmte Gruppen abzumildern, sondern darum, aktiv für konsequenten Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Und es geht nicht um allgemeine Forderungen nach einer Transformation, sondern um ein konkretes, meist zeitlich begrenztes Programm.

10 /

Das bedeutet: Ein Förderprogramm in einem einzelnen Wirtschaftssektor, etwa dem Ausbau der erneuerbaren Energien, ist kein Green New Deal. Appelle an die Verbraucher*innen, Klimaschutz beim Konsum oder Investmententscheidungen mitzudenken, ist kein Green New Deal. Und auch Programme, die auf den Ausbau der *Green Economy* zielen, indem sie etwa grüne Technologien fördern, ohne Maßnahmen der Umverteilung zu beinhalten – damit also die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte fortsetzen – sind kein Green New Deal. Damit ist auch der Green Deal der EU kein Green New Deal im eigentlichen Sinn: Zum einen enthält er keinerlei Maßnahmen, die darauf abzielen, die Ungleichheit in Europa zu verringern. Zum anderen sollen von den angekündigten 260 Milliarden Euro Investitionen pro Jahr ein Teil aus der Privatwirtschaft kommen, ein anderer durch Umschichtungen des Haushalts generiert werden. Der tatsächliche Umfang liegt

daher weit unter einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das reicht nicht aus, um Europa tatsächlich radikal neu aufzustellen.²

Um zu verstehen, warum diese beiden Kriterien Sinn machen, ist es nötig, zunächst auf die beiden miteinander verbundenen Krisen einzugehen, die den Hintergrund für die Green New Deal-Vorschläge bilden.³

KLIMAKRISE UND SOZIALE KRISE

Dass die Erde sich erwärmt, und dass diese Erwärmung durch menschliche Aktivitäten verursacht ist – insbesondere durch Nutzung fossiler Brennstoffe – ist seit Ende der 1980er Jahre allgemein bekannt. Verändert hat diese Erkenntnis bisher wenig. 1992 wurde mit der Klimarahmenkonvention die Grundlage für internationale Klimaabkommen geschaffen, und mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 und dem Pariser Abkommen von 2015 wurden zwei verbindliche Verträge zum Klimaschutz beschlossen; auch die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, die 2016 in Kraft traten, fordern in Ziel 13 „dringende Maßnahmen“ um den Klimawandel zu bekämpfen.

Die weltweiten Emissionen haben diese Abkommen indes nicht verringert. Im Gegenteil: Sie sind stärker gestiegen als je zuvor. Allein zwischen 1990 und 2017 sind die globalen CO₂-Emissionen um 60 Prozent gestiegen. Die *Klimakrise* verschärft sich weiter. Die jüngsten Berichte des internationalen Klimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) machen deutlich, was das bedeutet:⁴ Wir steuern auf eine Welt zu, in der der Meeresspiegel stark ansteigen

-
- 2 Vgl. auch die Kritik von Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, die in einem Offenen Brief an die EU-Kommission einen „echten“ Green New Deal forderten (Pettifor et al. 2019) sowie die Publikation und Forderungen der Linken im Europaparlament (GUE/NGL 2019). Auch wenn der Green Deal der Europäischen Kommission nach den hier beschriebenen Kriterien nicht als Green New Deal im eigentlichen Sinn gelten kann, wird im Folgenden des Öfteren auf ihn verwiesen werden, da er derzeit das prominenteste offizielle Programm zum Klimaschutz auf EU-Ebene ist.
 - 3 Hier findet eine Beschränkung auf die beiden Felder statt, die für den Ansatz der Green New Deals zentral sind: die Klimakrise und die steigende soziale Ungleichheit. Beide sind mit weiteren komplexen Fragen verbunden: Die Klimakrise kann als ein Aspekt einer umfassenderen ökologischen Krise verstanden werden, Ungleichheit und soziale Krise sind eng verbunden mit Fragen des Wirtschafts- und Finanzsystems. Manche Green New Deal-Vorschläge machen mehr als zwei Krisenfelder aus, die mit den Programmen angegangen werden sollen: So heißt es im Vorschlag der Green New Deal Group aus Großbritannien (Green New Deal Group 2008), die globale Wirtschaft stehe einer „dreifachen Krise“ gegenüber: der Finanzkrise, dem Klimawandel und steigenden Energiepreisen angesichts geringer werdender Ölreserven. Die Autor*innen des Green New Deal for Europe (GNDE 2019) sprechen von „drei sich überlappenden Krisen“: einer ökonomischen Krise, einer ökologischen Krise und einer Krise der Demokratie.
 - 4 Der IPCC ist ein Gremium, das alle paar Jahre den aktuellen Forschungsstand zum Klimawandel zusammenträgt und veröffentlicht. Beteiligt sind daran Tausende von Wissenschaftler*innen weltweit. Mehr Informationen unter: www.ipcc.ch/about.

wird, mit verheerenden Folgen für Milliarden von Menschen, die an Küsten leben; in der sich natürliche Kreisläufe stark verändern und Hitzewellen, Dürren und Stürme das Leben und Überleben der Menschheit gefährden.⁵

Um dies zu verhindern und die Erwärmung, wie in Paris beschlossen, unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sind, wie der IPCC in seinem Sonderbericht zu diesem Ziel schreibt, „schnelle und weitreichende Übergänge im Bereich Energie-, Land-, Stadt-, Infrastruktur (einschließlich Verkehr und Gebäuden) sowie Industriesystemen nötig“ (IPCC 2018b, 17). Was genau dies beinhaltet und wie diese Lösungen aussehen sollen, lässt der Bericht offen.

Klar ist: Die Instrumente, die bisher im Rahmen internationaler Klimapolitik angewandt wurden, haben nicht dazu beigetragen, solch weitreichende Transformationen einzuleiten. Der Beginn internationaler Klimapolitik fiel in eine Zeit, die geprägt war vom Ende des Kalten Krieges und dem Siegeszug neoliberaler Wirtschaftspolitik. Flexibilität statt fester Vorgaben, mehr Markt und weniger Staat – diese Prinzipien formten auch die Klimapolitik. National wie international setzten die Regierungen auf Märkte und sogenannte flexible Mechanismen, die es, so die Hoffnung, erlauben würden, Ressourcen bestmöglich einzusetzen und das Klima möglichst effizient zu schützen. Weder das Kyoto-Protokoll noch das Pariser Abkommen sahen Sanktionen vor, wenn Staaten die zugesagten Emissionsminderungen nicht einhielten. Stattdessen erlauben sie den Handel mit Emissionszertifikaten und das Zukaufen von Emissionsreduktionen aus Drittländern.⁶ Dies führte zum Aufbau kostspieliger Emissionshandelssysteme – das größte, das Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU ETS), ging 2005 an den Start, trug jedoch nicht zur Verringerung der Emissionen bei.⁷

Ein Umdenken innerhalb der Politik ist bisher ausgeblieben, und Vorschläge aus der Wissenschaft und von Bewegungen wie Fridays for Future bleiben oft denselben Argumentationsmustern verhaftet: Emissionen sollen über den Markt und über individuelles Verhalten gesenkt werden, etwa durch eine Ausweitung und strengere Kontrolle des Emissionshandels, über die Einführung eines Mindestpreises

5 Vgl. etwa IPCC 2014, IPCC 2018b.

6 Das Kyoto-Protokoll legte zunächst fest, dass nur die Industriestaaten verpflichtet seien, ihre Emissionen zu reduzieren. Statt dies selbst zu tun, konnten sie jedoch auch Gutschriften aus Ländern des Globalen Südens kaufen. Studien zu diesen sogenannten ‚Offsets‘ zeigen, dass bei bis zu 85 Prozent dieser Projekte vermutlich keine Emissionsreduzierung erfolgt (Cames et al. 2016).

7 Vgl. Umweltbundesamt (2020a).

oder die Einführung einer Steuer auf CO₂. Eine solche Steuer würde zwar keinen Handel mit Emissionen erlauben, aber auch sie basiert auf der Annahme, dass sich die Nutzung fossiler Brennstoffe und andere klimaschädliche Aktivitäten über den Preis – und damit den Markt – regeln lassen. Indigene Gruppen und Umweltschützer*innen haben seit den 1990er Jahren kritisiert, solche marktbasierenden Instrumente würden die Natur auf einen ökonomischen Wert reduzieren und andere, nicht-monetäre Zugänge zur nicht-menschlichen Umwelt ausschließen. Zugleich bergen diese Ansätze in den derzeit vorgeschlagenen Versionen die Gefahr, die soziale Krise zu verschärfen – und, was Verhaltensänderungen angeht, genau auf die Falschen abzu zielen.

Der Übergang zu neoliberalen Politik- und Wirtschaftsmodellen seit Beginn der 1980er Jahre hatte nicht nur Einfluss auf die Ausgestaltung der Klimapolitik. Maßnahmen wie die Abkehr vom Sozialstaat, eine veränderte Steuerpolitik, die Privatisierung staatlicher Aufgaben und die Förderung von Wettbewerb in allen Bereichen haben dazu geführt, dass die *soziale Ungleichheit* stark zugenommen hat. Die Vermögen sind heute in westlichen Gesellschaften wieder so ungleich verteilt wie vor dem Ersten Weltkrieg (Piketty 2014). Diese Ungleichheit ist eng verschränkt mit anderen Formen der Unterdrückung, etwa Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder sexueller Orientierung, und sie hat weitreichende Auswirkungen auf die Lebenschancen von Menschen, etwa in Hinsicht auf Bildung, Lebenszufriedenheit und Gesundheit.⁸ Zugleich hat durch die Finanzialisierung und ungleiche Handelspolitik auch die Ungleichheit zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens zugenommen (TNI 2018). Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 und 2008 hat diese Entwicklung weiter verschärft, in den USA verloren Millionen von Menschen ihr Zuhause, die Länder im Süden Europas waren einer harten Sparpolitik ausgesetzt. Die Corona-Pandemie wird noch dramatischere Auswirkungen auf die Verteilung von Reichtum haben.

Das hat in dreifacher Hinsicht Auswirkungen auf die Klimakrise und die Politik, die mit ihr umgeht. Wollen klimapolitische Maßnahmen diese Ungleichheit nicht verstärken, dürfen sie zum einen nicht einseitig jene belasten, die finanziell oder politisch weniger stark aufgestellt sind, sei es global oder auf nationaler Ebene. Viele der bisher vorgeschlagenen Maßnahmen haben jedoch, häufig

8 So haben Männer aus der niedrigsten Einkommensgruppe in Deutschland eine bis zu 11 Jahre geringere Lebenserwartung als Männer aus der höchsten Einkommensgruppe; bei Frauen beträgt der Unterschied acht Jahre, vgl. Lampert et al. (2018).

unbeabsichtigt, genau diesen Effekt.⁹ Dies macht es zweitens schwieriger, Mehrheiten für Klimaschutz zu gewinnen – Umweltschutz bleibt dann ein Thema der Mittel- und Oberschichten, die es sich ‚leisten‘ können. Das bedeutet drittens, dass Maßnahmen zur Emissionsreduzierung, wollen sie erfolgreich sein, bei den Reichen ansetzen müssen. Denn es gibt, wie Wissenschaftler*innen gezeigt haben, einen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Emissionen: Wer viel verdient, der generiert höhere Emissionen (Chancel / Piketty 2015). Zehn Prozent der Weltbevölkerung – die Eliten sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden – sind für rund 50 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich, während die 50 Prozent der Weltbevölkerung mit den geringsten Emissionen nur 10 Prozent der Emissionen und damit kaum zum Klimawandel beitragen (Oxfam 2015).¹⁰ Es macht also wenig Sinn, mit Preisänderungen auf das Verhalten eben jener Gruppen hinzuwirken. Wenn Klimapolitik etwas verändern will, muss sie auf strukturelle Veränderungen setzen, und, wenn daneben auf individuelles Verhalten gezielt werden soll, sich auf jene konzentrieren, die tatsächlich wohlhabend genug sind, um zur globalen Erwärmung beizutragen.¹¹

Die Kernidee des Green New Deals setzt dort an. Wenn die bisherigen, auf individuellen Konsum und Märkte setzenden Maßnahmen die Emissionen nicht reduzieren und zudem drohen, die soziale Ungleichheit zu verschärfen, welche anderen Ansätze lassen sich finden, die helfen können, die Klimakrise und die soziale Krise gleichermaßen anzugehen?

14 /

Aus den Umweltbewegungen gibt es seit vielen Jahren Vorschläge hierzu: Diese haben in den westlichen Ländern seit den 1980er Jahren überwiegend kritisch gegenüber dem Staat auf lokale Projekte gesetzt: Ökodörfer, Fahrradwerkstätten, Stadtteilgärten. Aus diesen Experimenten sind viele Erkenntnisse und Ideen entstanden, etwa zu Möglichkeiten des Recyclens, der ökologischen Landwirtschaft oder neuen Arbeitsformen. Aber auch diese Ansätze sind größtenteils

9 Dies gilt etwa für Verbrauchssteuern wie Mehrwertsteuern oder Steuern auf fossile Brennstoffe. Diese wirken sich ungleich stärker auf untere Einkommenschichten aus, da diese meist ihr komplettes Einkommen ausgeben, während die Ausgaben für Verbrauchs- und alltägliche Güter bei Vermögenden nur einen Bruchteil der Einnahmen ausmachen. Auch Offsets oder die Auslagerung ‚schmutziger‘ Industrien in den Globalen Süden oder in Gebiete mit einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung führen zu Belastungen derer, die am wenigsten zum Problem Klimawandel beigetragen haben.

10 Der CO₂-Fußabdruck eines Mitglieds des reichsten Prozents der Weltbevölkerung ist demnach rund 175 Mal so hoch wie der eines Mitglieds der zehn Prozent mit den geringsten Emissionen, vgl. Oxfam (2015).

11 Vgl. etwa Kenner (2019).

individuell, teils auch konsumbasiert. Auf die gesellschaftliche Ungleichheit haben sie keinen Einfluss, und sie reichen häufig kaum über die jeweiligen Mitglieder oder Nachbarschaften hinaus.

Mit dem Green New Deal ist ein neuer Vorschlag hinzugekommen, der beide Krisen zugleich bekämpfen soll: Den Klimawandel und die soziale Ungleichheit. Er bildet dabei nicht einfach einen Gegenentwurf zu den lokalen Ansätzen, sondern baut, wie in Kap. 4 gezeigt wird, teilweise auf diesen auf. Ein wesentlicher Unterschied ist jedoch der Bezug zum Staat: Dieser soll nicht umgangen, sondern als zentrale Instanz genutzt werden, um die Veränderung hin zu einer nachhaltigen und gerechten Welt umzusetzen. Dafür greift der Green New Deal auf historische Vorbilder zurück: Den New Deal Roosevelts und die Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg, insbesondere in den USA und Großbritannien.

HISTORISCHE VORBILDER: ROOSEVELT UND DIE KRIEGSWIRTSCHAFT

Nahezu alle Vorschläge für einen Green New Deal beziehen sich auf Roosevelts New Deal – als eines der wenigen Beispiele dafür, wie die radikale Umgestaltung einer Gesellschaft und eines Landes innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne gelingen kann.

Roosevelt wurde 1933 inmitten der Großen Depression Präsident. Die Wirtschaft der USA lag am Boden, seit dem Börsencrash 1929 hatte sich das Bruttoinlandsprodukt nahezu halbiert, die Arbeitslosenquote lag bei fast 25 Prozent, trotz Nahrungsmittelüberproduktion hungerten Millionen von Menschen. Am Tag der Amtsübergabe hielt Roosevelt die Rede, für die er bis heute berühmt ist. „Wir haben nichts zu fürchten als die Furcht selbst“, erklärte er darin – und versprach den Amerikaner*innen einen „new deal“, einen neuen Gesellschaftsvertrag.¹²

Mit diesem Begriff wurden im Nachhinein die Reformprogramme bezeichnet, die Roosevelt in den folgenden Jahren durchführte. Dabei können zwei Phasen unterschieden werden: In den ersten zwei Jahren konzentrierte sich Roosevelts Politik auf die Banken- und Finanzkrise, wobei staatliche Absicherung und eine strengere

12 „New Deal“ bedeutet beim Kartenspielen die Ausgabe neuer Karten, also einen Neuanfang. Der Begriff wurde erst im Nachhinein für Roosevelts Reformprogramme verwendet.

Regulierung zentral waren.¹³ Die zweite Phase des New Deal ab 1935 hatte, auch angesichts einer Welle von Arbeitermobilisierungen und Streiks, einen Fokus auf sozialen Aspekten. Dazu gehörte der Aufbau eines sozialstaatlichen Systems, die Einführung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation, eines Mindestlohns und Arbeitsschutzgesetzen sowie der Auf- und Ausbau staatlicher Agenturen wie der Works Progress Administration (WPA) und der Public Works Administration (PWA), die über die folgenden Jahre Millionen von Menschen beschäftigten und die Regierung zum größten Arbeitgeber machten.¹⁴

Der New Deal war ein Produkt seiner Zeit, und er hatte zahlreiche Schwächen. Mit der Elektrifizierung und dem Aufbau einer modernen Infrastruktur trug er zum wirtschaftlichen Erfolg der USA nach dem zweiten Weltkrieg bei – und zur Beschleunigung der globalen Erwärmung, die nun eingedämmt werden muss. Der New Deal verhalf Millionen von Menschen zu mehr Sicherheit und Wohlstand – aber wer von ihm profitierte, unterschied sich stark, etwa nach Geschlecht und Hautfarbe (vgl. Kap. 4).

Trotz dieser Schwächen gibt es einiges, das sich aus dem Erfolg des New Deals lernen lässt.

Zum einen war der New Deal kein feststehendes, durchgeplantes politisches Projekt, sondern ein undogmatisches Bündel von Maßnahmen und Programmen, mit denen die Regierung flexibel auf bestimmte Erfordernisse und geäußerte Bedürfnisse reagierte. Zum anderen handelte Roosevelt strategisch geschickt: Für den Erfolg des Projekts war es nötig, dass er mehr als eine Legislaturperiode an der Macht blieb. Dies gelang ihm, indem er rasch handelte, eine breite Mehrheit der Gesellschaft hinter sich brachte und sich gegen eine Klientelpolitik

16 /

13 Zwei Tage nach Amtsantritt ließ Roosevelt für vier Tage alle Banken in den USA schließen. In einer Rede an die Nation erklärte er die Ursachen der Bankenkrise und wie er diese zu bekämpfen gedenke. Während der Schließung wurden die Banken überprüft. Nur diejenigen, die noch über genügend Eigenkapital verfügten und stabil waren, durften wieder öffnen, die Einlagen waren künftig bis zu einer gewissen Höhe vom Staat abgesichert. Einflussreich war der Glass-Steagall-Act von 1933: Er verbietet regulären Geschäftsbanken riskante Spekulationen, die nur speziellen Investmentbanken vorbehalten waren. Er wurde erst 1999 von Präsident Bill Clinton abgeschafft.

14 Diese waren vor allem für den Ausbau der Infrastruktur zuständig: Sie bauten gewaltige Staudämme, Stromtrassen, Straßen und Autobahnen, aber auch Schulen, Parks, Stadthallen sowie in manchen Bundesstaaten Sozialwohnungen. Die WPA beschäftigte vor allem Arbeitslose ohne Berufsausbildung. Sie konzentrierte sich auf den Bau kleinerer Projekte, etwa Straßen, Stadthallen, Plätze und Schulen, und beschäftigte über die Zeit des New Deal rund 8 Millionen Menschen, die direkt beim Staat angestellt waren. Die WPA hatte auch Programme für Jugendliche und Frauen, sowie Künstler*innen. Die PWA war zuständig für staatlich finanzierte Großprojekte wie Dämme, Flughäfen oder Bewässerungssysteme. Sie stellte die (überwiegend qualifizierten) Arbeiter*innen nicht direkt an, sondern vergab Verträge an Firmen, die die (Teil) Projekte umsetzen.

entschied: In den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit brachte er 15 neue Gesetze und Institutionen auf den Weg – und achtete darauf, dass von den ersten Maßnahmen des Programms insbesondere auch jene Gegenden profitierten, die bei der Wahl gegen ihn gestimmt hatten. Die nächsten Wahlen gewann er mit großer Mehrheit. Schließlich war für den Green New Deal die psychologische Komponente mindestens ebenso entscheidend wie die ökonomische: Nach den Jahren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Depression gelang es Roosevelt, den Menschen das Gefühl von Hoffnung und einem neuen Aufbruch zu vermitteln. Der Zusammenhalt wurde durch die gemeinschaftliche Arbeit in Projekten, aber auch durch die begleitende Dokumentation und Hervorhebung von Erfolgen verstärkt.¹⁵

Ein weiterer Punkt lässt sich aus dem New Deal mitnehmen: Welchen Umfang ein solches Programm haben muss, um tatsächlich eine Wirkung zu entfalten. Roosevelts New Deal lief über sieben Jahre und hatte über diese Zeit einen Umfang von rund 42 Milliarden Dollar, das entspricht 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1929 – im Durchschnitt wurden jährlich rund 6 Prozent des BIP investiert.

Warum ist dieses Kriterium der Größe wichtig? Im Gegensatz zu Konzepten wie *just transition* oder sozial-ökologischem Umbau, die sich allgemein mit dem Veränderungsprozess hin zu einer ökologischeren Wirtschaft beschäftigen, geht es bei einem Green New Deal um ein Projekt zum Umbau der Gesellschaft *innerhalb eines bestimmten, begrenzten Zeitraums*. „Wir haben noch 12 Jahre“, betonten die Aktivist*innen des Sunrise Movements in Bezug auf die Studie des IPCC von 2018, der warnte, dass innerhalb der nächsten Dekade die Emissionen radikal sinken müssten, wenn gefährliche Kippunkte innerhalb des Klimas vermieden werden sollten. Das Ziel der Green New Deal-Vorschläge aus den USA und Großbritannien ist, genau diese Zeit zu nutzen und die Wirtschaft innerhalb einer Dekade auf ‚Netto-Null‘ zu bringen, zu diesem Zeitpunkt also nicht mehr Treib-

15 Dass die WPA auch zahlreiche Künstler*innen beschäftigte, war nicht nur der Tatsache geschuldet, dass Kunst und Kultur als wichtige Bestandteile der Gesellschaft gesehen wurden. Sie trugen mit ihren Texten, Bildern und Filmen auch dazu bei, Mehrheiten für den New Deal zu mobilisieren. Zu den bekanntesten Schriftstellern, die im Rahmen des New Deal gefördert wurden, gehört John Steinbeck, der später den Nobelpreis für Literatur erhielt. Die Programme waren auch offen für Journalist*innen, die etwa die Arbeiten im Rahmen des New Deal dokumentierten. Kurze Filmdokumentationen aus dieser Zeit sind etwa im Internetarchiv des Living New Deal Projects zugänglich, https://archive.org/details/living_new_deal_project.

hausgase auszustoßen als wieder aufgenommen werden können.¹⁶ Um eine realistische Chance zu haben, dies zu erreichen, muss das politische Projekt ausreichend groß und gut genug finanziert sein: Der Green New Deal muss einen Umfang haben, der deutlich über die üblichen Haushalte hinausgeht. Die meisten Green New Deal-Vorschläge orientieren sich hierbei am New Deal und gehen von einem Umfang von mindestens 5 Prozent des BIP pro Jahr aus. In den USA wären das rund 1 Billion Dollar, in der Europäischen Union 700 Milliarden Euro, in Deutschland 170 Milliarden pro Jahr.¹⁷

Roosevelts New Deal ist nicht der einzige Bezugspunkt der Befürworter*innen eines radikalen, staatszentrierten Plans, der Klimakrise entgegen zu treten. Die meisten Entwürfe für Green New Deals aus den USA und Großbritannien verweisen auch auf die Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Sowohl die USA als auch Großbritannien traten nach minimaler Vorbereitung in den Zweiten Weltkrieg ein und mussten ihre Wirtschaften innerhalb kürzester Zeit auf Kriegswirtschaft umstellen: Die Produktion wurde zentral vom Staat kontrolliert und organisiert, Öl und Nahrungsmittel wurden rationiert, Löhne und Preise festgesetzt, der Konsum durch Anreize und Appelle an die Bürger*innen stark gesenkt. Autor*innen von Green New Deal Vorschlägen aus Großbritannien und den USA argumentieren, dass sich hieraus Lehren für den Kampf gegen die globale Erwärmung ziehen lassen, etwa, dass ein radikaler Umbau des Produktionssystems innerhalb kürzester Zeit möglich sei, und dass Menschen zu Verzicht und Einschränkungen bereit seien, wenn sie hinter dem gemeinsamen Ziel stehen – aber auch, dass eine solche Umstellung nicht auf Kosten der Schwächeren gehen muss. Durch die Rationierung von Lebensmitteln und Gütern glichen sich die Lebensverhältnisse während der Kriegsjahre an, die Ungleichheit nahm ab.

18 /

16 Wie radikal diese Vorschläge tatsächlich sind, hängt davon ab, wie Netto-Null definiert wird. Darunter kann verstanden werden, dass nicht mehr emittiert wird, als die natürlichen Systeme aufnehmen können. Inzwischen wird der Begriff aber vor allem für Konzepte einschließlich den umstrittenen CO₂-Speichertechnologien verwendet, was höhere Emissionen ermöglichen würde, vgl. hierzu Kap. 2.

17 Der Vorschlag von Sanders im US-Wahlkampf kam dem New Deal im Umfang sehr nahe: Er sah rund 1 Billion US-Dollar pro Jahr für den Green New Deal vor, etwas über 5 Prozent des BIP und etwa die Größe des derzeitigen US-Haushalts; insgesamt sollte das Programm über 15 Jahre laufen und 16 Billionen Dollar umfassen. Auch der Green New Deal for Europe (GNDE 2019) fordert, die EU solle jährlich green bonds, grüne Anleihen, im Umfang von 5 Prozent des BIP ausgeben und damit einen Green New Deal finanzieren. Dies wären jährlich rund 700 Milliarden Euro – verglichen mit dem bisherigen EU-Haushalt von 160 Milliarden wäre das eine enorme Steigerung. In Deutschland würden 5 Prozent des BIP rund 170 Milliarden Euro entsprechen, das ist etwa die Hälfte des derzeitigen Bundshaushaltes. Inwieweit diese Gelder zusätzlich oder durch Haushaltsumschichtungen aufgebracht werden sollen, unterscheidet sich von Plan zu Plan. Siehe hierzu ausführlich Kap. 3 zur Finanzierung.

Die Lebens- und Ernährungssituation des ärmeren Teils der Bevölkerung war laut Studien während der Kriegsjahre besser als zuvor.¹⁸

Dennoch bleibt dieser zweite Bezugspunkt höchst problematisch. Kriege sind nicht mit Friedenszeiten vergleichbar. Es handelt sich um eine Ausnahmesituation, die mit einer hohen wirtschaftlichen Aktivität verbunden ist und (im besten Fall) eine überschaubare Zeit andauert. Ein Großteil der Bevölkerung akzeptierte die Einschränkungen auch deshalb, weil klargemacht wurde, dass diese schon bald wieder Vergangenheit sein würden; der Grad der Mobilisierung wäre nicht über eine längere Zeit haltbar gewesen – bei einem Übergang zu einer ökologischeren Lebensweise geht es jedoch um dauerhaft tragbare Veränderungen. Die Kriege gingen auf allen Seiten mit Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten, mit Propaganda, Leid und Zerstörung, mit Abgrenzung zwischen Freund und Feind einher. Die Welt, auf die der Green New Deal zielt, braucht genau das Gegenteil: Kooperation und Zusammenarbeit, Aufbau statt Zerstörung. Das zweite Beispiel, das der Vorschlag aus Großbritannien nennt, mag denn auch weniger prominent, aber deutlich aufschlussreicher sein: Mit dem Ende der Sowjetunion war Kuba gezwungen, sich wegen der fehlenden Im- und Exportmöglichkeiten innerhalb kürzester Zeit wieder selbst zu versorgen. Mit Hilfe von Rationierung, lokalen Kooperativen und der Nutzung agroökologischer Ansätze gelang es, die Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, und die Gesundheit der Menschen trotz Einschränkungen im Konsumbereich zu verbessern (Green New Deal Group 2008, 29ff.).

GESCHICHTE DER IDEE DES GREEN NEW DEALS SEIT 2007

Die Politik des starken Staates, der investiert und die Wirtschaft reguliert, geriet mit dem Aufkommen der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin unter Beschuss. Ab den 1980er Jahren galt eine solche Rolle des Staates als verpönt und veraltet; der Staat, so die weiterhin gängige Position in weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaften, soll sich aus wirtschaftlichen Prozessen heraushalten und durch möglichst weitreichende Liberalisierung für freien Handel und Warenverkehr sorgen.¹⁹

18 Vgl. ausführlich zu den Hintergründen und den Vorschlägen Silk 2020, Green New Deal Group 2008.

19 Der Aufstieg der neoliberalen Ideologie von einer randständigen 'Splittergruppe' zur vorherrschenden Doktrin der Wirtschaftswissenschaften ist in den letzten Jahren aus verschiedenen Perspektiven nachgezeichnet worden – er ist auch deshalb interessant, weil er zeigt, wie ein solcher Paradigmenwechsel gezielt herbeigeführt und durchgesetzt werden konnte, vgl. etwa den Sammelband von Mirowski und Plehwe (2009) zur Mont Pèlerin Society oder Harveys (2007) „Kleine Geschichte des Neoliberalismus“, der stärker die Rolle von Gewalt bei der Durchsetzung neoliberaler Politik betont, etwa bei der Niederschlagung der Bergarbeiterstreiks in Großbritannien 1984/1985.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 erschütterte den Glauben an die Alternativlosigkeit einer solchen Politik. Während Staaten mit Hunderten von Milliarden marode Banken und Unternehmen retteten, wurden in unterschiedlichen Kreisen alte und neue Ideen diskutiert, wie die Wirtschaftskrise überwunden und ähnliche Krisen in Zukunft vermieden werden könnten. Die erste Welle von Vorschlägen für einen Green New Deal hat ihren Ursprung in dieser Zeit.

GREEN NEW DEALS ALS ANTWORT AUF DIE WIRTSCHAFTSKRISE

Schon Anfang 2007 hatte US-Journalist Thomas Friedman im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien erstmals Bezug auf den New Deal genommen. Er argumentierte in einem Artikel in der New York Times, dass es nicht reiche, wenn einzelne Bürger*innen Solarzellen aufstellten – um wirklich eine Wende hin zu erneuerbaren Energien zu erreichen, sei eine ähnliche Anstrengung nötig wie unter Roosevelt in den 1930er Jahren, eine Art ‚Green New Deal‘ (Friedman 2007).²⁰

Als wenige Monate später die Banken- und Finanzkrise begann und sich über die kommenden Monate immer weiter verschärfte, wurde der Begriff immer wieder zur Bezeichnung von Programmen genutzt, die auf diese reagieren sollten – angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression lag es nahe, sich zumindest rhetorisch auf die damalige Form der Krisenbewältigung zu beziehen,²¹ auch wenn sich die Krisenpolitik mit ihrem Fokus auf die Rettung von Banken und Unternehmen fundamental von den Ansätzen der 1930er Jahre unterschied und nicht zu einer Verringerung, sondern zu einem weiteren Anstieg der sozialen Ungleichheit beitrug.

Jenseits dieser rhetorischen Bezüge entstanden angesichts der schweren Finanzkrise die ersten ernsthaften Entwürfe für einen Green New Deal. Im Juli 2008 veröffentlichte die Green New Deal Group, ein loser Think Tank britischer Progressiver, dem unter anderem der Wirtschaftsredakteur des *Guardian*, Larry Elliott, und die Ökonomin Ann Pettifor angehören, mit ihrem ersten Report: „A Green New Deal“ einen Vorschlag für ein gemeinsames Programm, das die „dreifache Krise“ angehen soll: die Kreditkrise, den Klimawandel und die hohen Ölpreise

20 Friedman bezog sich nur auf die Umstellung auf erneuerbare Energien, nicht auf ein gesamtgesellschaftliches Programm.

21 So nannte Präsident Barack Obama einen Teil seines Stimulus-Programms „Green New Deal“, der chancenlose Präsidentschaftskandidat der Grünen in den USA trat mehrfach mit diesem Slogan an.

(Green New Deal Group 2008). Darin fordern sie zum einen die Wiedereinführung strengerer Kapitalkontrollen, eine Umgestaltung des Bankenwesens und Änderungen des Steuerrechts, zum anderen ein staatliches Investitionsprogramm zum Aufbau einer klimafreundlichen Infrastruktur. 2009 veröffentlichte die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Worldwatch Institute ein Strategiepapier, das für grüne Konjunkturpakete plädiert (French / Renner / Gardner 2009); ebenso entstanden aus einer Arbeitsgruppe der Grünen im Europäischen Parlament erste Überlegungen zu einem „Green New Deal“ (Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament 2011). Auch von internationalen Organisationen wurde das Konzept aufgenommen: Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichte 2009 eine Studie, die einen Rahmen für die Konjunkturprogramme vorschlug, die zu jener Zeit weltweit aufgelegt wurden. Sie sollten nicht nur die Wirtschaft wieder in Gang bringen und Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern und die Armut bekämpfen, vor allem im globalen Süden (Barbier 2009).²²

Die ersten losen Vorschläge für einen Green New Deal lagen damit Ende der 2000er Jahre auf dem Tisch. Intensiv diskutiert wurden sie zunächst jedoch nur von einem relativ kleinen Kreis von Interessierten, die politischen Folgen blieben zunächst gering.

GREEN NEW DEALS ALS ANTWORT AUF DIE KLIMAPROTESTE

/ 21

Dies änderte sich 2018. Anders als zehn Jahre zuvor ging die Initiative für einen Green New Deal in diesem Fall nicht von politischen Strateg*innen aus, die nach einer Lösung für die Wirtschaftskrise suchten – sondern von sozialen Bewegungen, die dafür kämpften, dass die Klimakrise endlich ernst genommen und angegangen wird. Im Herbst 2018 hatte sich die Fridays for Future-Bewegung auf die ganze Welt ausgebreitet, junge Menschen gingen in fast allen Ländern der Welt auf die Straße. Im November besetzten Aktivist*innen des Sunrise Movement in den USA medienwirksam das Büro der Sprecherin des Abgeordnetenhauses, Nancy Pelosi, um auf ihre Forderung nach einem Green New Deal als einem radikalen Klimaprogramm aufmerksam zu machen. Dieses Mal nahmen progressive Politiker*innen der demokratischen Partei die Idee auf. Eine Gruppe junger

22 Die Studie zielte vor allem auf die G20, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen, die zu jener Zeit regelmäßig zu gemeinsamen Gipfeltreffen zusammenkam. Sie sollten, so der Vorschlag, je zwei Jahre lang rund 2 Prozent des BIP für ein solches Programm aufbringen, Länder des Globalen Südens 1 Prozent.

Abgeordneter, darunter die erst kurz zuvor ins Parlament gewählte Alexandria Ocasio-Cortez, arbeitete zusammen mit den Klima-Aktivist*innen eine Resolution für einen Green New Deal aus, die sie im Februar 2019 im Repräsentantenhaus einbrachte (Ocasio-Cortez 2019). Die Resolution nimmt sowohl Bezug auf den kurz zuvor erschienenen Sonderbericht des IPCC zum 1,5-Grad-Ziel als auch auf die Verschlechterung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung trotz Wirtschaftswachstum und steigender Produktivität. Eine „neue nationale, soziale, industrielle und ökonomische Mobilisierung einer Größenordnung, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg und der Ära des New Deal nicht mehr gab“, heißt es in der Resolution, sei eine historische Chance, allen Menschen in den Vereinigten Staaten ein „nie dagewesenes Level von Wohlstand und ökonomischer Sicherheit zu bieten“ und „systemische Ungerechtigkeiten“ zu bekämpfen.

Die Resolution wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Aber der Vorschlag eines Green New Deal war im Zentrum der politischen Debatte angekommen und wurde in den folgenden Monaten von verschiedenen politischen Akteuren aufgenommen und weiterentwickelt. Alle demokratischen Kandidat*innen für die Präsidentschaftswahl hatten einen Vorschlag für einen Green New Deal in ihrem Programm, insbesondere die Vorschläge des unabhängigen Senators Bernie Sanders und der Parteilinken Elizabeth Warren gingen weit über das hinaus, was noch bei vorherigen Wahlkämpfen denkbar gewesen wäre.

22 /

Die Bewegung beschränkte sich nicht auf die USA. Die Idee eines staatlichen ökologischen Investitionsprogramms wurde auch in anderen Ländern diskutiert, teils angeregt vom Erfolg der US-amerikanischen Bewegung, teils, weil andere Akteure von politischen Parteien bis zu sozialen Bewegungen unabhängig voneinander zu dem Schluss kamen, dass der Staat beim Umbau zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft eine stärkere Rolle spielen müsse.

In *Kanada* formierte sich im Frühjahr 2019 ein Netzwerk von über 150 Organisationen und Graswurzelbewegungen, die für einen Green New Deal mobilisieren wollten (The Pact for a Green New Deal 2019). Schon 2015 war dort aus einer Koalition von Umwelt- und indigenen Bewegungen das *Leap Manifesto* entstanden (The Leap 2015), das ähnliche Forderungen aufstellt. In *Großbritannien* stimmte der Parteitag der sozialdemokratischen Labour-Partei im September 2019 dem Vorschlag eines Green New Deals für Großbritannien zu (Labour for a Green New Deal 2019).

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte bei ihrer Wahl im Juli 2019, auch als Reaktion auf die Klimaproteste junger Menschen, einen „Green Deal“ für die *Europäische Union* an. Details des Plans stellte sie im Dezember 2019 vor (Europäische Kommission 2019). Da dieser Plan soziale Aspekte und eine Umgestaltung der Wirtschaft weitgehend außen vor ließ, entstanden zeitgleich Gegenentwürfe und Forderungen nach einem ‚echten‘ Green New Deal für Europa, etwa von der Linken im Europäischen Parlament (GUE/NGL 2019) oder von außerparlamentarischen Bewegungen. Die Bewegung *Green New Deal for Europe* (GNDE), die aus der Liste DIEM25 hervorgegangen ist, veröffentlichte im September 2019 einen Vorschlag für einen Green New Deal auf europäischer Ebene, der die EU nicht nur weg von fossilen Brennstoffen führen, sondern auch mit der Austeritäts- und Sparpolitik brechen sollte, die die EU ihren Mitgliedsstaaten im Rahmen der Eurokrise 2009 verordnet hatte (GNDE 2019).

Weitere Mobilisierungen für Green New Deals oder vergleichbare Programme gab es ab Ende 2018 unter anderem auch in Frankreich, Finnland, Spanien, Australien, Österreich, Japan und der Schweiz. Der Begriff und das Konzept wurden aber auch im globalen Süden aufgenommen, so etwa im Rahmen der Bewegung für einen Pacto Ecosocial del Sur für Lateinamerika und die Karibik, die Climate Justice Charter in Südafrika oder Green New Deal-Vorschläge aus Tunesien.²³ Diese Vorschläge sind unterschiedlich ausgereift, manche befinden sich im Ideenstadium, bei anderen handelt es sich um detailliert ausgearbeitete Programme. Zugleich erschienen seit 2019 zahlreiche Publikationen zum Thema Green New Deal, darunter die breit rezipierten Bücher *The Case for the Green New Deal* der Ökonomin Ann Pettifor (Pettifor 2019), *„On Fire“* von Autorin Naomi Klein (Klein 2019) und *„A Planet to Win“* von einem Kollektiv um Kate Aronoff und Alyssa Battistoni (Aronoff et al. 2019). Schließlich sind auch innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung und der radikalen Linken im letzten Jahr mehrere ‚Klimapläne‘ ausgearbeitet worden, die konkrete Vorschläge versammeln; die Frage, welche Rolle der Staat beim Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft spielen kann und soll, wurde zuletzt weit über den parteipolitischen Rahmen hinaus geführt.²⁴

23 Eine Übersicht über die verschiedenen Vorschläge sowie Links zu den entsprechenden Programmen finden sich im Anhang, ebenso eine Übersicht über Publikationen zum Green New Deal.

24 Ein Beispiel ist der Klimaplan von unten mit einem Fokus auf Nord-Süd-Gerechtigkeit (Gerechte1komma5 2020), weitere Vorschläge gab es etwa von Gruppen wie GermanZero (2020). Auch in Bewegungen wie Ende Gelände oder Extinction Rebellion wurde die Frage nach der Forderung oder Unterstützung eines solchen Programme zuletzt vermehrt diskutiert.

INHALTE



GREEN
ENERGY
GREEN JOBS

WAKE UP



you'll die of
OLD AGE
We'll die of
CLIMATE CHANGE



DEFEND
EARTH

DE CLIMATE STRIKE

Green New Deal bezeichnet, wie eingangs beschrieben, den Rahmen für ein umfassendes, zeitlich begrenztes Programm, das die Klima- und die soziale Krise gleichermaßen angehen soll. Der zeitliche Rahmen variiert, bei den meisten Projekten liegt er zwischen fünf und 15 Jahren. Auch wie der Green New Deal inhaltlich ausgefüllt wird und welche Maßnahmen Teil des Programms sind, unterscheidet sich je nach Vorschlag und den nationalen und regionalen Bedingungen. Dennoch enthalten die meisten Vorschläge einen gemeinsamen Katalog an Maßnahmen. Dieses Kapitel stellt die wichtigsten von ihnen dar. Sie werden der Übersicht halber in inhaltliche Bereiche zusammengefasst.

DEKARBONISIERUNG

Kern der Vorschläge für einen Green New Deal ist die Transformation hin zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft: Ab einem gewissen Zeitpunkt sollen nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als von den natürlichen Systemen wieder aufgenommen werden können. Bei der Frage, bis wann dieser Zustand des ‚Netto-Null‘ erreicht werden kann, orientieren sich die meisten Green New Deal-Vorschläge am letzten Bericht des IPCC, dem Zwischenbericht zum 1,5 Grad-Ziel von 2018. In diesem kommen die Wissenschaftler*innen zu dem Schluss, dass eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad nur eine realistische Chance hat, wenn die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 45 Prozent fallen und ab 2050 bei Netto-Null liegen (IPCC 2018b). Zwar bezieht sich die Resolution von Ocasio-Cortez von Februar 2019 auf diese Berechnungen, sie macht jedoch keine genauen Angaben, wann dies in den USA genau erreicht werden soll. Sanders kündigt in seinem Wahlprogramm eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien im Bereich Elektrizität und Transport bis 2030 und einen ausgeglichenen Kohlenstoffhaushalt bis 2050 an (Sanders 2019d). Andere Pläne sind ehrgeiziger: Der Labour-Entwurf will Netto-Null bereits 2030 erreichen, der Green New Deal for Europe 2025.

Abgesehen von den letzten beiden gehen die Vorschläge nicht über die offiziellen Ziele etwa Deutschlands und der EU hinaus, die eine Senkung um 55 Prozent bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 vorsehen. Entscheidender ist denn auch die Frage, was tatsächlich getan wird, um diese Ziele zu erreichen – denn die von Staaten versprochenen Klimaziele existieren häufig nur auf dem Papier – und wie Netto-Null verstanden wird. In einem strikten Sinn bedeutet Netto-Null, nicht mehr Emissionen zu verursachen als die natürlichen Systeme aufnehmen können. Tatsächlich planen viele Staaten derzeit, Netto-Null durch die Nutzung umstrit-

tener Technologien wie *Carbon Capture and Storage* (CCS) (die Abspaltung und unterirdische Lagerung von CO₂), durch Kohlenstoffhandel über Grenzen hinweg oder eine vermehrte Nutzung der Atomkraft zu erreichen, während die Green New Deals solche Methoden ausschließen.

Die Dekarbonisierung im Rahmen der Green New Deals zielt in den meisten Fällen auf die *Energieversorgung* ab, die schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umgestellt werden soll – Windräder und Solarzellen sind das Emblem der Green New Deals, sie zieren Sticker, Webseiten und Plakate. In Großbritannien fordert der Labour-Vorschlag, den Energieverbrauch von Gebäuden etwa durch Dämmung stark zu reduzieren und ein dezentrales Netz von erneuerbarer Energieerzeugung aufzubauen („making every building a power station“), verbunden mit der Forderung, die großen Energieerzeuger zu nationalisieren (Labour for a Green New Deal 2019). Sanders' Wahlprogramm sah vor, zum einen ein Netz öffentlicher Energieerzeuger nach dem Vorbild der Tennessee Valley Authority (ein gewaltiges Staudamm- und Vorzeigeprojekt des New Deal), zum anderen lokale Energieversorgungsunternehmen ähnlich den kommunalen Stadtwerken in Deutschland (Sanders 2019d) aufzubauen.

26 /

Der zweite wichtige Bereich zur Dekarbonisierung ist der *Verkehr*. Ein Verbot oder die Reduzierung des automobilen Individualverkehrs wird nirgendwo direkt erwähnt. Eine Ausnahme ist hier der GNDE, der die Einführung einer neuen Euro-7 Norm vorschlägt, die langfristig mit fossilen Brennstoffen betriebene Autos, die ausschließen würde (GNDE 2019). Stattdessen sehen alle Green New Deal-Vorschläge einen starken Ausbau des öffentlichen Verkehrs vor: Neu- und Ausbau von Schnellzügen, ein flächendeckendes Netz von günstigen oder kostenlosen öffentlichen Verkehrsmitteln.²⁵

Eine Steuer auf CO₂ oder eine Ausweitung des Emissionshandels, wie sie häufig von Ökonom*innen gefordert wird, lehnen die Green New Deal-Vorschläge aus den USA und auch aus dem globalen Süden strikt ab. Ein ‚Preis für CO₂‘, so das Argument, würde die unteren Einkommensschichten übermäßig stark belasten. Der Emissionshandel habe sich bisher nicht nur als wirkungslos erwiesen, sondern lade gerade emissionsintensive Industrien dazu ein, sich vor nötigen Transformationen zu drücken. Die Vorschläge aus Europa sind hier diverser: Die Vorschläge

25 So spricht der Vorschlag zum Green Deal der Linken im Europäischen Parlament etwa die Idee kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs an, auch wenn die Forderung eher schwach formuliert ist: „The ‚Green Deal‘ should aim for free public transport and ensure accessibility for all“ (GUE/NGL 2019, 6). Der Schwerpunkt liegt in den meisten Fällen dieser Forderungen auf dem Personenverkehr, der Gütertransport wird nur in wenigen Fällen angesprochen.

aus Großbritannien von 2008 und 2019 sehen eine Besteuerung der Nutzung von fossilen Brennstoffen vor. Sie argumentieren, dass dies eine Möglichkeit sei, die Verursacher*innen der Krise an den Kosten zu beteiligen (Green New Deal Group 2008). Um auch diejenigen zu treffen, die die höchsten Emissionen haben, gibt es verschiedene Vorschläge für progressive Steuern, wie sie auch Chancel und Piketty (2015) in ihrer Studie vorschlagen: Ein Grundbedarf an Energie oder Mobilität ist dabei frei, danach steigt der Steuersatz stark an.²⁶ Der GNDE schlägt vor, den europäischen Emissionshandel zu ersetzen durch ein „fee and dividend“-System ähnlich des Schweizer Modells, wo die Einnahmen aus einer Gebühr gleichmäßig zurückerstattet werden (GNDE 2019).

INFRASTRUKTUR

Ein Green New Deal ist ein massives staatliches Investitionsprojekt – der Staat, so sehen es die meisten Vorschläge vor, investiert Milliarden, um die Infrastruktur für eine klimafreundliche Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Infrastrukturen, sowohl materielle als auch immaterielle, sind das ‚Gerüst‘ des Staates, sie beeinflussen maßgeblich, wie Gesellschaft funktioniert. Die Form der Infrastruktur entscheidet auch über Formen des Wirtschaftens, der Mobilität, des gesellschaftlichen Zusammenkommens oder der gesellschaftlichen Spaltung.

Dass massive Investitionen in die Infrastrukturen der westlichen Länder nötig sind, bestreitet kaum jemand. Seit den 1980er Jahre haben die Industrieländer die Investitionen in die Instandhaltung und den Aufbau von öffentlicher Infrastruktur stark heruntergefahren. In den USA lag sie über die letzten zehn Jahre bei weniger als einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in der Eurozone war sie im Durchschnitt sogar negativ – es wurde also nicht mal genug investiert, um die bestehende Infrastruktur in Stand zu halten.²⁷ Ein Großteil der Infrastruktur in Europa und Nordamerika ist gegen Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet worden – Eisenbahntrassen, Brücken, Wasser- und Abwasserleitungen in den Städten – und müsste jetzt, mehr als 100 Jahre später, erneuert werden. Hinzu kommen neue Anforderungen an die Infrastruktur, etwa der Ausbau schnellen Internets oder der Mobilfunknetze. Der Green New Deal schlägt vor, diese Aufgaben anzu-

/ 27

26 Ähnliche Vorschläge gibt es auch für den Flugverkehr, die fordern, vor allem Vielflieger progressiv stark zu besteuern, vgl. etwa Stay Grounded (2019).

27 So ist rund die Hälfte der Schulen in Deutschland sanierungsbedürftig, dies gilt auch für zahlreiche Brücken und öffentliche Gebäude. Dies ist in anderen europäischen Ländern nicht anders – der Einsturz der Morandi-Brücke in Genua 2018 ist ein dramatisches Beispiel, wozu mangelnde Instandhaltung führen kann.

gehen – und die Gelder, die dazu nötig sind, so zu nutzen, dass sie zugleich die Basis für eine klimafreundliche Infrastruktur bilden.

Ein Beispiel, das in fast allen GNDs aufgenommen wird, ist die Gebäudedämmung. Gebäude sind durch Heizung, Kühlung und Energieverbrauch für einen großen Teil der Emissionen verantwortlich;²⁸ eine energetische Sanierung kann diese Werte stark senken. Dafür gibt es, etwa in Deutschland, bereits Förderprogramme und Vorschriften. Diese wirken sich jedoch häufig höchst unsozial aus: Die Hausbesitzer erhalten eine Förderung für die Sanierungsmaßnahmen, deren Kosten jedoch auf die Miete umgelegt werden und zugleich erlauben, die Miete dauerhaft zu erhöhen. Energetische Sanierungen sind daher in Städten oft Grund für Verdrängung und heizen die Gentrifizierung an (Pallaver 2019). Zugleich machen die hohen Ansprüche an die Energieeffizienz, die für Neubauten gelten – und die ökologisch durchaus sinnvoll sind – diese auf dem freien Markt für Geringverdiener meist unerschwinglich und verschärfen damit die weltweit in den Metropolen herrschende Wohnungsnot.

Die Green New Deals schlagen daher einen anderen Ansatz vor: So sehen die meisten Vorschläge ein Dämmungs- und Sanierungsprogramm für den Bestand an öffentlichen und privaten Gebäude vor, das vom Staat finanziert und teils auch durchgeführt wird, ohne die Wohnkosten zu erhöhen.²⁹ Diese Sanierungen sollen vorrangig dort durchgeführt werden, wo etwa ältere oder kranke Menschen im Fall von Hitzewellen oder Unwettern besonders gefährdet sind. Sie sind damit Teil von Anpassungsmaßnahmen, die insbesondere in den US-amerikanischen Vorschlägen eine große Rolle spielen – nicht ohne Grund stellte Sanders seinen Green New Deal-Vorschlag in Paradise, Kalifornien, vor, jenem Ort, der von den Waldbränden 2019 fast komplett zerstört wurde.³⁰ Hingegen spielt der Aufbau

28 /

28 In Deutschland entfallen laut Umweltbundesamt rund 30 Prozent der CO₂-Emissionen und 35 Prozent des Energieverbrauchs auf Gebäude, vgl. Umweltbundesamt (2020b).

29 So sah der Green New Deal von Sanders 2,18 Billionen US-Dollar hierfür vor, überwiegend in Form von Zuschüssen für Geringverdiener, Familien und Kleinunternehmer*innen, um ihre Gebäude zu isolieren und Ölheizungen durch modernere und saubere Heizanlagen zu ersetzen (Sanders 2019d). Parallel dazu haben Sanders und Ocasio-Cortez im November 2019 einen Vorschlag für ein umfassendes Sanierungsprogramm für öffentliche Wohngebäude ins Parlament eingebracht (Cohen et al. 2019). Der GNDE sieht ähnliche Förderungen vor, zudem den Kauf leerstehender Wohnungen und eine stärkere Beteiligung der Bewohner*innen an Planungs- und Bauprozessen. Zum – in vielen Metropolregionen dringend benötigten – Neubau von Wohnungen werden in kaum einem Green New Deal konkrete Vorschläge gemacht.

30 Auch das Feuer, das die Waldbrände auslöste, ging auf mangelnde Wartung von Infrastrukturen durch das Stromunternehmen zurück, das hierfür verantwortlich ist, weil es die Wartung von Stromleitungen vernachlässigt hatte. Das Unternehmen ist inzwischen insolvent, vgl. Brice-Saddler (2019).

einer klimaresistenten Infrastruktur und der Schutz gegen Waldbrände, Hitze- wellen, Überflutungen und Unwetterereignisse in den europäischen Vorschlägen bisher eine untergeordnete Rolle.

ARBEIT UND ARBEITSPLÄTZE

Auf den Postern, die Künstler*innen zu den Green New Deals geschaffen haben und die an ähnliche Arbeiten aus den 1930er Jahren erinnern, sind viele Menschen abgebildet: Frauen, Männer, viele darunter „People of Color“ – und sie sind alle am Arbeiten, pflanzen Bäume, ernten Sonnenblumen, stellen Windkraftträder auf.

Tatsächlich sind die Green New Deals eng verknüpft mit der Forderung nach mehr, besseren (und grüneren) Arbeitsplätzen. Kern des US-Programms ist der Aufbau eines staatlichen Arbeitsprogramms analog zu Roosevelts Works Progress Administration (WPA), die in den 1930er Jahren Millionen von Menschen beschäftigte. Ziel war damals vor allem, die hohe Zahl der Arbeitslosen zu senken. Beim Green New Deal wäre das Ziel, gut bezahlte Jobs zu schaffen und damit zur Umverteilung beizutragen – diese staatlichen Jobs sollen vorrangig an bisher benachteiligte Gruppen gehen. Nahezu alle Green New Deal-Vorschläge sehen ein Recht auf Arbeit oder eine Jobgarantie vor: Über eine staatliche Agentur sollen, die möchten, einen Job erhalten und zugleich soll ein höherer Mindestlohn durchgesetzt werden. Diese Maßnahmen sollen einerseits Arbeitsplätze schaffen, zum anderen Arbeitskräfte für die nötigen Umbaumaßnahmen garantieren;³¹ sie sollen arbeitsintensive Maßnahmen im Bereich Anpassung an den Klimawandel und ökologische Restaurierung vornehmen, etwa die Renaturierung von Landschaften oder Aufforstung in großem Maßstab.

Die Idee einer staatlichen Jobagentur für den gesellschaftlichen Umbau haben nahezu alle Green New Deal-Vorschläge aus anderen Ländern übernommen, häufig verbunden mit der Forderung nach einem Recht auf Arbeit, so etwa auch Vorschläge aus Frankreich, Finnland und Österreich (L’Affaire du siècle 2018, BIOS 2019, Sozialistische Jugend Österreich 2019). Der Green New Deal-Vorschlag für Großbritannien von 2008 sah vor, eine „carbon army“ aufzustellen, eine Kohlenstoffdioxid-Armee von Hunderttausenden Arbeiter*innen, um das geplante

31 Das Problem des Mangels an Fachkräften wird in den Vorschlägen bisher nicht angesprochen. Für viele der Projekte im Rahmen eines Green New Deals wären nicht unqualifizierte, sondern qualifizierte Arbeiter*innen nötig. Diese sind auch bisher schon in vielen Ländern dringend gesucht und häufig ein Grund, warum geplante Bau- und Umweltmaßnahmen nicht oder nur mit zeitlicher Verzögerung durchgeführt werden können. Hier müssten die Programme also mit einer massiven Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative verbunden werden, vgl. hierzu etwa Nersiyani und Wray (2019).

ökologische Aufbauprogramm durchzuführen (Green New Deal Group 2008). Im Zentrum des GNDE steht die Schaffung einer europäischen Agentur, *Green Public Works* (GPW). Sie soll zudem das vorgeschlagene Investmentprogramm durchführen und allen, die einen suchen, einen Arbeitsplatz garantieren. Die genaue Umsetzung bleibt dabei vage, es wird jedoch angedeutet, dass die Umsetzung vorrangig lokal und regional stattfinden soll (GNDE 2019).

Die Forderung nach gut bezahlten, (staatlichen) grünen Arbeitsplätzen ist auch ein Vorschlag, der dazu dienen soll, das Verhältnis zwischen Klimaschutzbewegungen und Gewerkschaften zu verbessern, das sich in der Vergangenheit häufig als schwierig erwiesen hat. Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen durch die Transformation hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft spielt hier eine entscheidende Rolle – oder genauer, die Angst vor dem Verlust von gut bezahlten Arbeitsplätzen, die ersetzt werden durch weniger, prekärere und schlechter bezahlte Jobs. Diese Problematik ist politischen Akteuren weit über linke Bewegungen hinaus bewusst: Der Green Deal der Europäischen Kommission sieht Fördergelder von bis zu 100 Milliarden Euro für jene Regionen vor, die etwa vom Ausstieg aus der Kohleförderung betroffen sind (Europäische Kommission 2019); auch im Rahmen des deutschen Kohleausstiegsgesetzes hat der Bund den betroffenen Regionen bis zu 40 Milliarden Euro für den Strukturwandel versprochen (BMW 2020).

30 /

Doch die Bilanz der Transformation der Regionen, die einst von der Kohleförderung lebten, sieht bisher dürrig aus: In weiten Teilen des Ruhrgebietes, aber auch der östlichen Bundesländer haben die Versprechen des Strukturwandels sich nicht erfüllt. Seit dort Minen, Kraft- und Stahlwerke geschlossen wurden, herrschen bis heute hohe Arbeitslosigkeit und Armut. Ähnliches gilt für die Regionen im Nordosten der USA, die nach dem Niedergang von Industrie und Kohleabbau als *rust belt* (Rostgürtel) traurige Berühmtheit erlangten. Viele Grundprobleme dieses Übergangs sind weiterhin nicht gelöst. So benötigen erneuerbare Energien häufig weniger, andere oder höher qualifizierte Arbeiter*innen als etwa Berg- oder Kohlekraftwerke. Der Red Deal, ein ergänzender Vorschlag von indigenen Aktivist*innen aus den USA, fordert denn auch Ehrlichkeit in Bezug auf grüne Jobs: Projekte im Bereich erneuerbare Energien, heißt es in der Publikation, hätten bisher oft längst nicht so viele Arbeitsplätze geschaffen wie verloren gegangen seien, und es würden nur selten lokale Arbeitskräfte angestellt, sondern häufig qualifizierte Kräfte von außen gebracht (Red Nation 2020b, 25f.).

Alle Green New Deal-Vorschläge betonen denn auch, die Arbeiter*innen, die momentan vom Abbau oder der Verarbeitung fossiler Brennstoffe leben, sollen durch den Umbau keinen Nachteil haben. Gelder sollen nicht, wie es etwa in der Lausitz geplant ist, über Fördermittel oder Steuererleichterungen an Firmen gehen, in der Hoffnung, dass diese dadurch neue Arbeitsplätze schaffen. Stattdessen sollen die Arbeiter*innen Sicherheiten und Garantien erhalten, etwa Weiterbildung und für einige Jahre Lohnfortzahlungen auf dem Niveau ihrer alten Löhne.³²

Es lässt sich zu Recht kritisieren, dass es hier eher um den Stuserhalt der besserverdienenden Teile der Arbeiterschaft geht – in der Autoindustrie oder Kraftwerken wird häufig überdurchschnittlich bezahlt. Dies ist jedoch auch deshalb der Fall, weil eben dies Bereiche sind, in denen der Organisationsgrad der Arbeiter*innen hoch ist und gewerkschaftliche Organisation eine lange Tradition hat. So haben Gewerkschaftsaktivist*innen wiederholt ihre Sorge geäußert, mit dem Ende der Nutzung fossiler Brennstoffe Bastionen starker gewerkschaftlicher Organisation zu verlieren und auf die Notwendigkeit hingewiesen, in Zusammenarbeit mit Arbeiter*innen und Gewerkschaften *just transition* Konzepte zu entwickeln (Sweeney / Treat 2018). Denn im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Organisation nicht nur deutlich geringer, die Arbeitsplätze sind häufig auch sehr viel einzelner, was den Aufbau gewerkschaftlicher Organisation erschwert.³³

Wichtiger ist die Frage, ob diese starke Konzentration auf Arbeitsplätze als zentrales Mittel für Teilhabe und Absicherung nicht eher aufgebrochen als verstärkt werden sollte. Zwar deuten die meisten Green New Deals an, dass das gemeinschaftliche Handeln im Zentrum der Arbeit stehen sollte, dennoch gehen die meisten von einem klassischen Lohnarbeitsmodell aus, das die Basis wirtschaftlicher Absicherung bildet. Dass dieses Leitmodell seit Jahren in der Krise steckt und nur ein Bruchteil der Beschäftigten tatsächlich voll in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen, wird dabei ignoriert – ebenso wie die Tatsache, dass die Ärmsten, für die Umverteilung am dringendsten nötig wäre, häufig nicht die

32 Die Resolution von Ocasio-Cortez verspricht eine „faire und gerechte Transformation für Gemeinden und Arbeiter*innen“ (Ocasio-Cortez 2019), Sanders Programm sah eine Lohnfortzahlung für fünf Jahre und eine Rentengarantie vor, sowie, auf Wunsch, die Übernahme der Kosten für ein Studium (Sanders 2019d). Zudem sollen betroffene Arbeiter*innen vorrangig Jobs in den neu zu schaffenden staatlichen Arbeitsprogrammen erhalten.

33 Vgl. für Debattenbeiträge zu den aktuellen Konflikten zwischen Klimabewegung und Gewerkschaften in Deutschland auch Grabietz (2020) und insbesondere zur Lausitz Bose et al. (2020).

Arbeitenden sind, sondern jene, die gar nicht arbeiten (können): Arbeitslose, Kranke, alte Menschen. Einzelne Green New Deal-Vorschläge gehen hier weiter: Der GNDE fordert nicht nur eine Reduzierung der Arbeitszeit und die Einführung der Vier-Tage-Woche, sondern auch ein Care-Einkommen. Auch die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist in einen Teil der Green New Deal-Vorschläge aufgenommen worden, so etwa im *Pacto Ecosocial del Sur* aus Lateinamerika (Pacto Ecosocial del Sur 2020), oder dem Klimaplan von unten (Gerechte1komma5 2020). Abgesehen von diesen Beispielen kommen Fragen zur Zukunft der Arbeit in den Green New Deals bisher kaum vor: Etwa die Frage, wie angesichts der Digitalisierung, Arbeitsplatzverlagerung und steigender Produktivität Lohnarbeit künftig verteilt werden soll und ob es nicht ganz andere Konzepte von Arbeit, Teilhabe und wirtschaftlicher Absicherung bedarf.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSSYSTEM

Roosevelts New Deal beschäftigte sich in den ersten Jahren nicht vorrangig mit sozialen Aspekten: Sein Ziel war zunächst, das Bankensystem wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Dieses war im Jahrzehnt zuvor, im Rahmen einer unkontrollierten Liberalisierung, zu einem Hort der Spekulation und der Umverteilung von unten nach oben geworden und hatte wesentlich zum Crash von 1929 und der folgenden schweren Wirtschaftskrise beigetragen. Roosevelt schuf neue Regeln und Institutionen, die eine solche Entwicklung in Zukunft erschweren sollten (vgl. Kap. 1).

Auch in europäischen Ländern beschlossen die Regierungen ab den 1930er Jahren strenge Regeln, um das Finanzwesen zu kontrollieren, bis hin zur Nationalisierung von Zentralbanken in Frankreich oder Großbritannien. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mit dem Abkommen von Bretton-Woods zudem internationale Wirtschafts- und Finanzregeln vereinbart, die etwa Spekulation mit Währungen durch feste Wechselkurse verhindern sollten. Zugleich sprach die keynesianistische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit dem Staat eine stark regulierende Funktion zu; der Fokus der Währungspolitik lag auf Vollbeschäftigung, wofür höhere Inflationsraten und eine höhere Verschuldung in Kauf genommen wurden.

Dies änderte sich erst in den 1980er Jahren, als sich eine neoliberale Wirtschaftsdoktrin durchsetzte, in deren Folge die Märkte liberalisiert und Staatsunternehmen privatisiert wurden.

Die bestehenden Regulierungen, von denen viele aus den 1930er Jahren stammten, wurden abgebaut, eine neue Welle von Spekulation führte zu einer noch weitreichenderen Finanzialisierung von Lebensbereichen als in den 1930er Jahren – und mündete 2007 in einer erneuten schweren Finanzkrise.

Die ersten Green New Deal-Vorschläge aus Großbritannien wurden auf dem Höhepunkt dieser Krise veröffentlicht, und so wundert es nicht, dass eine Reform der Finanzbranche zur Verhinderung ähnlicher Krisen in Zukunft eine ihrer beiden Säulen ist. Angelehnt an Roosevelts Maßnahmen in den 1930er Jahren fordern sie strengere Kapitalkontrollen, die Zerschlagung großer Banken in kleinere Einheiten, mehr Transparenz im Bankensektor, die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, wie sie bis 1999 üblich war, das Ende von Schattenbanken und Austrocknen von Steueroasen durch Änderungen im Steuerrecht (Green New Deal Group 2008). Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen solle langfristig auf ein verändertes internationales Finanzwesen hingewirkt werden.³⁴

Diese Aspekte kommen in den US-amerikanischen Vorschlägen, aber auch in vielen anderen Green New Deal-Vorschlägen kaum vor, wie Pettifor (2020) kritisiert: „Erfahrungen aus den jüngsten Wahlkämpfen in Großbritannien und den USA sind enttäuschend. Sowohl die Kampagne von Jeremy Corbyn als auch die von Bernie Sanders schienen blind dafür zu sein, wie sich das internationale Finanzsystem auf ihre eigenen Pläne und das Leben ihrer Wähler*innen auswirkt.“

Tatsächlich spielt bei den meisten Vorschlägen die Finanzbranche einzig im Bereich Investment eine Rolle. Sowohl die Resolution von Ocasio-Cortez (2019) als auch Sanders Vorschlag (2019d) sehen vor, Finanzanlagen strengerer Regeln zu unterwerfen und Investitionen in fossile Brennstoffe zu untersagen oder zu erschweren – eine Forderung, die an Divestment-Kampagnen anknüpft, bei denen Aktivist*innen öffentliche Institutionen wie Universitäten drängten, ihr Kapital nicht mehr in Wertpapieren oder Fonds anzulegen, die die Extraktion fossiler Brenn-

34 Ann Pettifor, die den Vorschlag von 2008 mitverfasst hat, hat in weiteren Publikationen (Pettifor et al. 2019) ebenfalls für eine Reform des Banken- und Handelswesens plädiert – ihr zufolge eine Voraussetzung für jeden Green New Deal. Sie nimmt dabei unter anderem einen Vorschlag Keynes aus den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg auf, gemeinsame Bonds auszugeben. Die EU hat mit ihren Corona-Bonds im europäischen Rahmen im Mai 2020 genau dies getan – zum ersten Mal in der Geschichte der Staatengemeinschaft haftet sie damit gemeinsam für die Schulden aller Mitglieder. Diese Entscheidung war hart erkämpft und sicher auch der akuten Krise der Pandemie geschuldet, und sie hatte im aktuellen Fall auf die Klimapolitik der EU keine positiven Auswirkungen: Derzeit ist unklar, ob die Rettungspakete nicht mit einer Kürzung oder Aufweichung des Green Deal erkauf werden. Dennoch sind die Euro-Bonds ein Novum – und könnten als Modell künftig möglicherweise auch zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen genutzt werden (s. Kapitel 3 zur Finanzierung).

stoffe stützen. Der GNDE sieht Strafzahlungen vor für Unternehmen, die weiter in solche Technologien investieren, ebenso wie den Umbau der Europäischen Investitionsbank (EIB), deren vorrangiges Ziel künftig der Umwelt- und Klimaschutz sein soll (GNDE 2019). In dieser Hinsicht deckt sich der GNDE zumindest der Rhetorik nach mit dem Green Deal der Europäischen Kommission: Auch dieser sieht den Umbau der EIB zu einer „Klimabank“ vor, die in Folge einer neuen Richtlinie ab 2022 nur noch eingeschränkt in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche Projekte investieren dürfen soll (Europäische Kommission 2019).³⁵

GESUNDHEIT UND BILDUNG

In den USA ist der Green New Deal eng verknüpft mit der Forderung nach einer Krankenversorgung für alle.³⁶ Dasselbe gilt für die Pläne des Aufbaus eines staatlichen Kinderbetreuungssystems, das in den USA bisher nicht existierte, oder die Forderung nach kostenloser Hochschulbildung. Hingegen kommt das Thema Bildung in den europäischen Vorschlägen kaum vor, obwohl auch in diesem Bereich die Auswirkungen sozialer Ungleichheit massiv sind. Sowohl der Vorschlag von Sanders als auch der GNDE sahen Milliarden-Investitionen in Forschung zur ökologischen Transformation vor – in diesem Punkt decken sich die Vorschläge mit dem Green Deal der Europäischen Kommission, die das Forschungsförderprogramm Horizon 2020 ebenfalls in einem deutlich ausgeweiteten Rahmen von 100 Milliarden Euro fortsetzen will (Europäische Kommission 2020b).

34 /

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass im Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge auch in Europa nach Jahrzehnten massiver Sparpolitik vieles im Argen liegt. Bei der Pflege ist dies schon lange bekannt. Es ist ein Kennzeichen der progressiven Formen der Green New Deals, etwa des Programms von Sanders, oder eingeschränkt auch des GNDE, dass sie eben dort, im Care-Bereich, Millionen neuer Jobs schaffen wollen – und nicht im Bereich der Produktion. Arbeitsplätze im Care-Sektor, so die Argumentation, sind die Jobs der Zukunft, sie sind klima- und umweltfreundlich und können dazu beitragen, ein „gutes Leben“ für viele zu ermöglichen. Allerdings ist es bisher ein Kennzeichen eben jener Jobs, dass sie zumeist niedrig bezahlt sind, mit einer hohen Arbeitsbelastung und einer

35 Dass die geplante Richtlinie weiterhin viel Spielraum lässt, zeigt etwa eine Analyse von Counter Balance (2020).

36 Dies spiegelt die besondere Situation diesbezüglich in den USA, wo weiterhin Millionen von Menschen im Krankheitsfall nicht versichert sind. In den meisten europäischen Ländern wird eine Krankenversicherung für alle oder der kostenlose oder -günstige Zugang zu Krankenversorgung eher als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen denn als radikal linke Forderung.

geringen gesellschaftlichen Anerkennung einhergehen – und, damit verbunden, überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Um diese Arbeitsplätze attraktiv zu machen, muss es ein zentrales Ziel des Green New Deal sein, eben diese Arbeitsplätze nicht nur auszubauen, sondern auch so bezahlen, dass sie tatsächlich auch ein gutes Leben für jene ermöglichen, die sie ausüben – ob der vorgeschlagene Mindestlohn von 15 Dollar dafür ausreichen würde, ist fraglich.

UMVERTEILUNG UND GERECHTIGKEIT

Auf mehr soziale Gerechtigkeit hinzuwirken ist, wie bereits in der Definition deutlich, ein erklärtes Ziel der Green New Deals. Es geht dabei explizit *nicht* darum, die Folgen einer ökologischen Transformation für besonders betroffene gesellschaftliche Gruppen abzumildern, wie im Fall des europäischen Green Deal oder der Politik des Strukturwandels in ehemaligen Kohleregionen Deutschlands. Sondern es geht darum, durch politische Maßnahmen mehr Gerechtigkeit – im Sinne von materieller Gleichheit oder dem Zugang zu Ressourcen – *aktiv* herzustellen.

Im Fokus stehen dabei insbesondere benachteiligte Gruppen und jene, die vom Klimawandel und/oder dem Übergang zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft besonders betroffen sind, die „frontline and vulnerable communities“, wie die Resolution vom Februar 2019 sie nennt (Ocasio-Cortez 2019). Eine Rolle spielen im Rahmen dieser Politik aber auch diejenigen, die vermehrt zur Kasse gebeten werden sollen, damit diesen Übergang nicht die Ärmsten bezahlen. Es geht, zumindest in einem gewissen Maßstab, um *Umverteilung* in der Gesellschaft.

Im Fall des Green New Deals hat diese drei Komponenten. Zum einen sollen, wie oben beschrieben, gut bezahlte Jobs geschaffen werden, die vorrangig an Arme und benachteiligte Gruppen vergeben werden. Zum anderen sollen vermehrt (kostenlose oder kostengünstige) staatliche Leistungen angeboten werden, von denen alle Gruppen, insbesondere aber finanziell schwächer gestellte Haushalte profitieren, etwa im Bereich günstiger Wohnraum, Kinderbetreuung und medizinische Versorgung, aber auch durch den Ausbau öffentlicher und kollektiver Infrastruktur, etwa kostenloser Parks, Spielplätze und Schwimmbäder. Schließlich sollen drittens höhere Steuern und Abgaben die Konzentration von Vermögen, die über die letzten Jahrzehnte zu beobachten war, verlangsamen oder eindämmen.

Die Resolution zum Green New Deal enthält das Wort Steuern nicht, aber in verschiedenen Gesprächen haben Ocasio-Cortez ebenso wie Sanders deutlich gemacht, dass sie eine starke Erhöhung der Steuern für Reiche planen.³⁷

Sanders' Wahlprogramm enthielt nicht nur die Ankündigung einer progressiven Vermögenssteuer für Vermögen über 32 Millionen US-Dollar,³⁸ sondern auch eine zusätzliche Steuererhöhung für große Unternehmen, bei denen der Unterschied zwischen den Spitzengehältern und den durchschnittlichen Gehältern der Arbeiter*innen einen bestimmten Wert überschreitet.³⁹ Dies würde die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zumindest teilweise zurücknehmen, wonach Steuern für die oberen Einkommenschichten zunehmend gesenkt und für die unteren Einkommenschichten erhöht wurden.⁴⁰

In den Green New Deal-Vorschlägen auf europäischer Ebene fehlt dieser Aspekt. Dies ist auch der politischen Struktur der europäischen Union geschuldet – die EU hat auf die Höhe der Einkommens- oder Vermögenssteuern der Mitgliedstaaten keinen Einfluss, ebenso wenig wie auf deren Sozialpolitik.

Der GNDE fordert zwar eine Umstellung des Steuersystems, dieses soll jedoch nicht primär der Umverteilung, sondern vor allem der Lenkung von Konsum und Investitionen dienen. Hinzu kommt die Forderung nach einem Care-Einkommen, dessen Höhe und Ausgestaltung jedoch nicht weiter

37 So spricht Ocasio-Cortez in einem Interview von einem Höchststeuersatz von 70 Prozent für Einkommen von mehr als 10 Millionen Dollar pro Jahr, vgl. Levitz (2019).

38 Diese würde von 1 Prozent jährlich bei 32 Millionen auf bis zu 8 Prozent bei einem Vermögen von mehr als 10 Milliarden US-Dollar ansteigen (Sanders 2019d).

39 Eine zusätzliche Steuer von 0,5 Prozent würde anfallen, wenn die Gehälter der Vorstände und Geschäftsführer mehr als 50 Mal so hoch sind wie das Mittel der Gehälter im Unternehmen, sie würde bis auf 5 Prozent steigen, wenn sie mehr als 500 Mal über dem Mittelwert der Gehälter liegen (Sanders 2019b).

40 Die USA hatten nach dem Zweiten Weltkrieg eines der progressivsten Steuersysteme der Welt – der Spitzensteuersatz lag in der Nachkriegszeit zeitweise bei 93 Prozent. Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierungen änderte sich dies, heute liegt er bei unter 40 Prozent. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in fast allen Industrieländern beobachten: In Deutschland lag der Spitzensteuersatz in den 1970er Jahren bei 56 Prozent, er ist bis auf 45 Prozent gesunken. Zugleich wurden die Verbrauchssteuern, die Geringverdiener übermäßig stark belasten, stark erhöht. In fast allen Industrieländern wurden seit den 1990ern die Vermögenssteuern abgeschafft. Nach der Publikation von Piketty (2015), der die These vertritt, dass die veränderte Steuerpolitik maßgeblich zur Zunahme sozialer Ungleichheit beigetragen hat, wurden in den letzten Jahren wieder vermehrt die Effekte der Steuerpolitik diskutiert.

ausgeführt wird.⁴¹ Ebenso enthalten die Green New Deal-Vorschläge aus Lateinamerika ein Grundeinkommen für alle (Pacto Ecosocial del Sur 2020). Hier geht es also stärker um die Forderung nach Absicherung als nach einer Begrenzung von Reichtum. Wem ein solches offenstehen soll oder an welche Bedingungen ein Care- oder ein Grundeinkommen geknüpft sein soll, wird dort nicht ausgeführt. Dies verweist auf einen weiteren Aspekt in Bezug auf Gerechtigkeit: Wer soll von den jeweiligen Programmen profitieren (dürfen)? Nur Bürger*innen des jeweiligen Staates? Oder alle, die, unabhängig von ihrem Status, im Staatsgebiet leben? Das schließt Fragen von Migrations- und Einwanderungspolitiken ein.

Während diese in den europäischen GNDs weitgehend ausgeklammert werden, sind die US-Vorschläge häufig verbunden mit der Forderung nach Legalisierung der sogenannten Dreamers, jungen Menschen, die in den USA geboren sind, jedoch kein gesichertes Aufenthaltsrecht haben. Die Frage, ob etwa die neu zu schaffenden Jobs auch Nicht-Staatsbürger*innen offenstehen, wird jedoch auch dort nicht beantwortet.

Der Green New Deal verspricht keine soziale Revolution – auch wenn er für mehr Gleichheit sorgen soll und damit die Vermögenskonzentration beeinflussen könnte, bleiben die Besitzverhältnisse insgesamt weitgehend unangetastet.

Eine Zerschlagung oder Aufspaltung von Unternehmen und Banken, die zu mächtig geworden sind, wie sie etwa Präsident Theodore Roosevelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts zumindest ansatzweise für die USA anstrebte, steht in keinem der GND-Programme. Enthalten sind jedoch einzelne Aspekte, die über eine rein steuer- oder lohnbasierte Umverteilung hinausgehen, etwa die Förderung von genossenschaftlichen Ansätzen, sei es im Wohnungsbau oder der Landwirtschaft. Auch wäre Sanders Plan, kommunale und gemeinwohlorientierte Supermärkte aufzubauen, die direkt von Landwirten kaufen und eine kostengünstige Versorgung mit Lebensmitteln sichern sollen, die Macht der großen Handelsketten in den USA zumindest in Teilen angegangen, was auch für den Auf- und Ausbau einer kommunalen und gemeinnützigen Energieversorgung gilt.

41 Der entsprechende Absatz des GNDE legt jedoch eine weite Auslegung des Care-Einkommens nahe und zielt damit tendenziell in Richtung eines Grundeinkommens, wenn auch keines bedingungslosen. So heißt es in Punkt 3.3.1 des GNDE, dass dieses jenen zur Verfügung gestellt werden kann, „die nicht formell angestellt sind, sondern in Voll- oder Teilzeit sich um andere(s) kümmern – Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern, Kinder, die sich um ihre gealterten Eltern kümmern, und Gemeinschaftsmitglieder, die sich umeinander oder um die Umwelt kümmern.“ (GNDE 2019).

Weiter gehen Forderungen nach der Nationalisierung von Energie- und Transportunternehmen sowie der wichtigsten Infrastruktur, wie sie etwa der Labour-Vorschlag aus Großbritannien vorsah, oder wie sie Kampagnen aus dem Green New Deal-Umfeld fordern (Gowan 2018).

DEMOKRATIE

Neben der Klima- und der sozialen Krise zielt ein Teil der GND-Vorschläge auch darauf, mit ihrem Programm die Krise der Demokratie zu bearbeiten. Dies ist weithin eine Spezifik der europäischen Green New Deal-Vorschläge, und die hier wahrgenommene Krise ist eng mit dem Aufbau und der Funktionsweise der Europäischen Union und deren Reaktion auf die Eurokrise 2008 verbunden.⁴² Dieses Demokratie-Defizit, fürchten die Autor*innen des GNDE, würde der derzeitige Green Deal-Vorschlag der Europäischen Union weiter verschärfen: „Von der Leyens ‚Green Deal‘ dient nur dazu, das demokratische Defizit im Herzen der EU zu vertiefen.

Der sogenannte ‚Sustainable Europe Investment Plan‘ stellt keine Ressourcen für Gemeinschaften, Kommunen oder Regionen bereit [...]. Stattdessen subventioniert er private Investoren, verstaatlicht die Risiken der grünen Transformation und privatisiert die Gewinne. Diejenigen, die in Europa leben, dürfen über die Richtung von Europas Dekarbonisierung nicht mitentscheiden.“ (GNDE 2019).

38 /

Der GNDE fordert denn auch eine Reform der EU: Um die Demokratie und die Beziehung zur europäischen Idee zu stärken, schlagen sie vor, die EU zu einem föderalen System mit subsidiären Elementen umzubauen und basisdemokratische Elemente aufzunehmen, etwa Bürgerversammlungen, wie sie beim Aufstand der Indignados in Spanien 2011 entstanden, und wie sie, in leicht veränderter Form, auch Extinction Rebellion nutzt.⁴³

42 So verweist der GNDE auf Umfragen, wonach nur 42 Prozent der Europäer*innen Vertrauen in die EU haben, und nur 34 Prozent in ihre nationalen Regierungen.

43 Auch die Vorschläge aus Spanien (PSOE 2019, Gilmartin / Greene 2019) und Frankreich (L’Affaire du siècle 2018) wenden sich nicht nur explizit gegen eine Fortsetzung der Austeritätspolitik, zu der die EU die südlichen Mitgliedsstaaten zwang, sondern plädieren für eine Reform und Neuausrichtung der Europäischen Union. Auch die ‚Durchsetzung‘ des Green New Deal soll nicht top-down erfolgen, sondern von unten durchgesetzt werden, vgl. das Modell des GNDE (2019) für „a people’s New Deal“.

Ein Green New Deal sollte demnach möglichst dezentral umgesetzt werden. Während die Förderung der europäischen Ebene zukommt, sollen relevante Planungen und Entscheidungen möglichst lokal getroffen und die Mitbestimmung etwa im Bereich Wohnung oder Arbeit verstärkt werden (GNDE 2019).

In den USA ist dieser Aspekt zwar am Rande erwähnt, etwa in Bezug auf Energiedemokratie. Insgesamt lässt sich dort jedoch eher das gegenteilige Element finden: Die Forderung nach einem starken, tendenziell eher zentralistischen Staat, der die Macht und die Möglichkeit hat, zwischen verschiedenen Partikular- und Einzelinteressen zu vermitteln und ‚das große Ganze‘ im Blick zu behalten.

UMSETZUNG



CLIMATE CHANGE.
POVERTY.
INEQUALITY.
IT'S ALL THE
SAME FIGHT.



ECOSOCIALISM

OR

BARBARISM



GREEN NEW DEAL



NOW

PROTECT
RESTORE

CHANGE
DIVERSIFY
ISLAND NATURE

THE
early
SAFELY
plate
WORTH
fighting

EBENEN DER UMSETZUNG

Auf welche politische Ebene beziehen sich die Green New Deals? Ein zentrales Kennzeichen der Green New Deals ist die *Rolle des Staates*: Die Vorschläge sehen allesamt eine zentrale Rolle von Regierungen und staatlichen Institutionen vor, sowohl beim Aufbau einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft, als auch bei der Organisierung von Umverteilung. Auch wenn einzelne Vorschläge eine Beteiligung von privaten Akteuren vorsehen – häufig mit einem Fokus auf kleinen Betrieben oder Genossenschaften –, liegt die Hoheit über die Transformation beim Staat. Er plant und initiiert die entsprechenden Projekte und Programme, er finanziert, koordiniert oder führt sie selbst durch. Die Green New Deals sind auch ein Programm zur Stärkung des Staates, im Wunsch, darüber den Markt zurückdrängen und wieder mehr politischen Gestaltungsspielraum schaffen zu können. Dies ist der wesentliche Unterschied zu Vorschlägen, die auf die Stärkung der Green Economy setzen: Diese setzen im Wesentlichen darauf, dass private Unternehmen die Transformation durchführen, angeregt durch Förderprogramme, Zuschüsse oder Steuererleichterungen, oder, wie im Fall der EU, durch Preisanreize oder entsprechende Rahmenrichtlinien, jedoch koordiniert im Wesentlichen über den Markt. Und dies ist auch der Unterschied zu vielen Initiativen sozialer Bewegungen, im Norden wie im Süden, die, kritisch gegenüber dem Staat und staatlichen Institutionen, darauf zielen, Alternativen jenseits des staatlichen Rahmens aufzubauen.

/ 41

Was ist mit ‚Staat‘ hier gemeint? In erster Linie beziehen sich die Vorschläge auf den *Nationalstaat*. Nicht nur sind Nationalstaaten nach wie vor die zentrale politische Ebene, was politische Entscheidungsgewalt angeht – die Corona-Krise hat dies überdeutlich gemacht. Zum anderen ist es weiterhin überwiegend der Nationalstaat, der über die Steuerhoheit verfügt und damit nahezu der einzige Rahmen ist, auf dem Umverteilung in einem größeren Maßstab erfolgen kann.⁴⁴ Bei föderal verfassten Staaten kommt hier die Ebene der Bundesländer oder Bundesstaaten hinzu – diese spielen derzeit in den USA beim Klimaschutz eine entscheidende Rolle, da sie sich teilweise über die bremsende Rolle der Zentralregierung unter Präsident Trump hinwegsetzten. Im Fall der EU ist die Lage komplexer: Zwar hat

44 Dies gilt nicht nur für die Umverteilung zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘, sondern auch zwischen Regionen innerhalb eines Staates. So haben südafrikanische Klimabewegungen etwa als einen Grund angegeben, warum sie dezentrale Lösungen ablehnen und der Übergang zu einer ökologischeren Wirtschaft vom Zentralstaat koordiniert werden muss, dass nur dieser es ermöglicht, zwischen reichen Küstenregionen und den ärmeren Gebieten im Land einen Ausgleich zu schaffen und es verhindert, dass einzelne Gebiete abgehängt werden, vgl. Bond und Schumacher (2019).

die EU die Hoheit über die Wirtschaftspolitik und Einfluss in weiteren Politikbereichen – etwa der Landwirtschaft und Migration –, jedoch ist sie nicht für Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ihrer Mitglieder zuständig. Zudem ist ihr Haushalt im Vergleich zu den nationalen Haushalten sehr gering und die politischen Entscheidungsstrukturen sind von Bürger*innen nur mittelbar beeinflussbar.⁴⁵

Diese Rückkehr zu einem ‚starken Staat‘ ist nicht ohne Probleme. Es waren auch linke Bewegungen, die ab den 1970er Jahren für das Ende eben dieses starken Staates gekämpft haben, gegen die Disziplinierung und die Tendenz zum Autoritären, die mit ihm einhergingen. Es gibt weiterhin Positionen, die argumentieren, dass der Nationalstaat in seiner heutigen Form historisch und seiner Verfassung nach ein Ergebnis kapitalistischer Verhältnisse ist und sich nicht einfach für gegensätzliche Zwecke nutzen lässt. Andere Kritiker*innen behaupten, der Staat habe inmitten von Standortwettbewerb und globaler Verflechtung ohnehin kaum noch die Möglichkeiten für progressive Politik.

Die Corona-Krise hat eindrucksvoll gezeigt, dass dem nicht so ist, und wie mächtig (National-)Staaten weiterhin sein können, sei es bei der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Gesundheitsversorgung oder weitreichenden Eingriffen in die wirtschaftlichen Aktivitäten, wie Geschäftsschließungen, Anordnung zur Produktion bestimmter Güter oder Verstaatlichungen. Inmitten der Pandemie haben Regierungen kurzerhand Maßnahmen durchgesetzt, die zuvor undenkbar waren – und weite Teile der Bevölkerung haben diese unterstützt. Das kann sowohl ermutigen als auch erschrecken: Selbst wenn man im Sinne Antonio Gramscis argumentiert, dass der Staat die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft spiegelt, so bleibt die Frage, wie sich diese derzeit darstellen oder was geschieht, wenn sie sich ändern. Ein starker Staat – insbesondere, wenn er, wie im Rahmen der Green New Deal-Mobilisierungen und von anderen Bewegungen gefordert, auf

42 /

45 So wählen die EU-Bürger*innen zwar das Parlament, dieses hat, verglichen mit nationalen Parlamenten, jedoch weiterhin nur geringen Einfluss – insbesondere hat es nicht die Gesetzgebungskompetenz, kann also keine Gesetzesvorschläge einbringen. Entscheidungen über neue Gesetze kann das Parlament nur gemeinsam mit dem EU-Ministerrat treffen, der sich aus den Regierungen der Mitgliedsländer zusammensetzt. Gesetzesvorschläge kann nur die EU-Kommission machen, deren Mitglieder zwar vom Parlament bestätigt werden müssen, jedoch nicht von den Bürger*innen gewählt werden. Aufgrund dieser Besonderheit der EU sind die Vorschläge, die auf die EU-Ebene abzielen, anders strukturiert. So fordert der GNDE zum einen eine Reform und Demokratisierung der EU (vgl. Kap. 2). Zum anderen setzt er für die Umsetzung des Green New Deal auf die Gründung einer neuen EU-weiten Institution, der Agentur Green Public Works oder Grüne Öffentliche Investitionen, die Projekte koordinieren und finanzieren sollen, zum anderen auf eine veränderte Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB). Dass die einzelnen Mitgliedsländer, Regionen, Kommunen und Projekte dabei Prioritäten selbst setzen können und sollen, erlaubt einen flexibleren Ansatz, der aber zugleich weniger kohärent ist, Umverteilung erschwert und die Gefahr von Ausweichbewegungen mit sich bringt.

der Grundlage eines ‚Notstandes‘ handelt – mag ein mächtiges Instrument sein, doch er ist auch ein gefährliches Instrument, das immer auch die Gefahr des Missbrauchs birgt, des Ausschlusses und der Unterdrückung von Minderheiten.⁴⁶ Während der Mobilisierungen in den USA und UK während des Zweiten Weltkriegs wurde brutal gegen Minderheiten vorgegangen, gegen japanisch-stämmige Bürger, vermeintliche Spione oder Kollaborateure, und auch heute noch ist der Staat für weite Teile der Bevölkerung weniger Versprechen als vielmehr Bedrohung. Es ist aufschlussreich zu lesen, welche Forderungen der *Red Deal* aufstellt, ein komplementärer Entwurf zum Green New Deal von indigenen Autor*innen aus dem Südwesten der USA (Red Nation 2019, 2020a, 2020b). Der gesamte erste Teil des dreiteiligen Entwurfs dreht sich um die verheerenden Folgen staatlicher Repression und Diskriminierung, den Forderungen nach einer Abschaffung des Gefängnissystems und dem Ende der Polizeigewalt – Themen, die in dem überwiegend von urbanen, weißen Aktivist*innen ausgearbeiteten Green New Deal-Entwürfen zu Beginn kaum eine Rolle spielten (vgl. Kap. 4).

Aber der Nationalstaat ist nicht die einzige Ebene, auf der Green New Deals ansetzen oder ansetzen können. Die *lokale oder kommunale Ebene* ist eine entscheidende Säule der Umsetzung der Green New Deals. Städte und Gemeinden sind die Ebene, wo die Menschen direkt zusammenkommen, sie haben den stärksten Einfluss auf den Alltag der Menschen, und die Beteiligung Betroffener ist hier leichter und direkter möglich. Die kommunale Ebene ist der Ort, wo die lokale Infrastruktur bereitgestellt wird – und damit Kämpfe um die Ausgestaltung dieser geführt werden können. Initiativen aus New York kämpfen für eine Verstaatlichung des Stromnetzes. Sanders’ Wahlprogramm enthielt den Vorschlag, eine Energieversorgung auf kommunaler Ebene aufzubauen, ähnlich den deutschen Stadtwerken: erneuerbare Energien in kommunaler Hand, nicht gewinnorientiert, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet.

46 Auch Organisationen aus dem Green New Deal-Umfeld schlagen vor, dass der kommende Präsident sofort nach seinem Amtsantritt den Klimanotstand erklärt und bereits in den ersten Tagen per Dekret die wichtigsten Maßnahmen in Richtung einer Transformation der Gesellschaft durchsetzt, vgl. Climate President (2020). Auf dieselbe Weise – die sich über das Parlament hinwegsetzt – erließ auch Roosevelt nach seinem Amtsantritt 1933 den ersten Teil der Maßnahmen des Green New Deals, bis er bei den nächsten Wahlen 1934 eine Zwei-Drittel-Mehrheit gewann, die ihm auch weitreichende Gesetzesänderungen und Projekte ermöglichte. Umgekehrt hat Präsident Trump das Regieren per Dekret genutzt, um Maßnahmen zu beschließen, die in die entgegengesetzte Richtung gehen, indem er etwa Umweltbehörden die Mittel kürzte, oder gegen den Widerstand des Parlaments Gelder für den Bau einer Mauer zu Mexiko freigab. Auch wenn ein solcher Politikansatz sehr effektiv sein mag, so setzt er sich doch über das festgelegte politische Verfahren hinweg und schließt die gewählten Parlamente, die eigentlich an diesen politischen Beschlüssen beteiligt sein müssen, aus.

Städte sind aber auch seit Jahrzehnten der Ort starker sozialer Bewegungen, die für Teilhabe und lebenswerte Umwelten kämpfen, sei es über den Widerstand gegen Gentrifizierung, das Recht auf Stadt, oder in Form experimenteller Gestaltung urbaner Räume, etwa über Stadtgärten oder die Besetzung von Brachen; sie haben häufig eine progressive Einwohnerschaft, die offen für das Experimentieren mit neuen politischen Ansätzen ist. So verwundert es nicht, dass von Beginn an Visionen für „grüne Städte“ im Rahmen der Green New Deal-Diskussion eine Rolle spielten.⁴⁷ Auch die Regierungen vieler Großstädte sind rasch auf den Green New Deal-Zug aufgesprungen: Sowohl New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio als auch Los Angeles' Bürgermeister Eric Garcetti brachten im April 2019 ihre Versionen eines städtischen Green New Deals auf den Weg.⁴⁸ Im Oktober 2019 brachten sie den Ansatz in das Netzwerk C40, einen internationalen Zusammenschluss von rund 100 Großstädten ein, die daraufhin ebenfalls einen ‚Green New Deal‘ beschlossen (C40 Cities 2019). Auch wenn dieser durchaus Verweise auf die Ungerechtigkeiten des Klimawandels und die Notwendigkeit eines inklusiven Ansatzes enthält, geht es bei den meisten konkreten Vorschlägen mehr um Wirtschafts- und Technologieförderung und die Verschärfung von Richtlinien, etwa im Bereich Verkehr und Gebäuden, denn um ein Programm, das soziale Probleme wie Armut und Wohnungsnot einbezieht.⁴⁹ Auch hier stellt sich das Problem, dass Städten für Umverteilungsmaßnahmen, etwa Steueränderungen, die Zuständigkeit fehlt, und dass Metropolen vorrangig um bestimmte Wirtschaftszweige und Eliten konkurrieren, auf die sich ihre Politik ausrichtet. Zugleich gibt es große Unterschiede zwischen Städten: Eine wohlhabende Metropole wie Barcelona oder Hamburg lässt sich nicht mit einer finanzschwachen Kommune in Mecklenburg oder in der Normandie vergleichen,

47 Vgl. etwa das virtuelle Modell einer grünen Stadt 2030 vom britischen Think-Tank Common Wealth (2020).

48 Der Plan für New York sieht ein Verbot von Fracking, den Stopp umstrittener Pipeline-Projekte und Förderung für ‚grüne Dächer‘ vor, insbesondere aber neue Richtlinien für Gebäude, die ihre Emissionen stark reduzieren müssen, jedoch keine staatliche Beteiligung an den Kosten oder der Umsetzung der Maßnahmen (New York City Council 2019). Los Angeles' Green New Deal sieht unter anderem eine rasche Umstellung auf erneuerbare Energien und Elektromobilität vor, wobei konkrete Umsetzung und Finanzierung vage bleiben (City of Los Angeles 2019).

49 Soziale Bewegungen kritisierten zudem die Ausrichtung auf Technologie und die top-down-Politik dieser Vorschläge. Bewegungen aus New York schlugen als Gegenmodell einen „People's Climate Action Plan“ vor, der stattdessen an die langjährige Arbeit sozialer Bewegungen in der Stadt anknüpfen soll (Climate Action Lab 2019).

für die die Handlungsmöglichkeiten ohne Zuschüsse oder einen finanziellen Rahmen über die lokale Ebene hinaus gering sind.⁵⁰

Dies verweist auf die dritte Ebene der Green New Deals. Denn neben Städten zeigt sich vor allem in *ländlichen Räumen* die soziale und die ökologische Krise besonders deutlich. Letztere gilt dabei nicht nur in Bezug auf den Klimawandel, sondern insbesondere im Bereich des Artensterbens, das eng verbunden ist mit der industriellen Landwirtschaft und derzeitigen Formen der Landnutzung. Zum anderen sind die extremen sozialen Unterschiede, die den Ausgangspunkt der Green New Deals bilden, auch ein Unterschied zwischen Stadt und Land, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern vor allem auch in Bezug auf die Möglichkeit von Teilhabe und Mitbestimmung, oder umgekehrt, in dem verbreiteten Gefühl, ‚abgehängt‘ zu sein. Der seit Jahrzehnten erfolgende Rückbau von Infrastruktur und Verkehrswegen spielt hier eine Rolle, aber auch immer ungleichere Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft und die Abhängigkeit von wenigen Produktionszweigen, die es im Zuge eines Green New Deals umzugestalten gilt. Die Frage, ob ein Green New Deal mehrheitsfähig wird oder umgesetzt werden kann, hängt wesentlich daran, ob es gelingt, auch für die spezifischen Bedürfnisse der Menschen in ländlichen Regionen eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Dies betrifft auch die Rolle der Landwirtschaft und die Frage, was auf extraktivistische Politiken in ländlichen Regionen folgt (vgl. Kap. 4 und 5).⁵¹

FINANZIERUNG DES GREEN NEW DEALS

Eine Kernfrage des Green New Deals ist die der Finanzierung. Nicht nur, weil Kritiker*innen des Projekts dieses häufig als nicht finanzierbar zurückweisen, sondern weil die Frage, wie ein solches Programm finanziert wird und wer die Kosten zu tragen hat, darüber entscheidet, wie progressiv es tatsächlich ist, und welche Interessen sich in den Verhandlungen darum tatsächlich durchsetzen.

50 Vgl. für die Diskussion um Städte und den Green New Deal etwa auch Hilbrandt (2020), Hughes (2019) und Romsdahl (2019).

51 Hinzu kommen hier Fragen der ‚Gerechtigkeit zwischen Ebenen‘: Goh (2020) verweist hier auf die verbreitete Problematik, dass zwar häufig Zustimmung zu Großprojekten oder Umgestaltungen im großen Maßstab vorhanden ist – etwa den Ausbau von Schnellzügen als Alternativen zum Flugzeug oder den Neubau ökologischer Sozialwohnungen –, bei der konkreten Umsetzung jedoch häufig lokale Initiativen, die davon betroffen wären, Widerstand gegen eben diese Projekte leisten. Er schlägt hier eine stärkere Betonung der regionalen Ebene und Vernetzung vor, um Fragen der Verteilung von Kosten und Nutzen von Projekten besser diskutieren und konsensorientiert lösen zu können.

In Kap. 1 wurde dargestellt, dass der Green New Deal eine bestimmte Größe haben muss, um einen Effekt zu erzielen; in Anlehnung an den New Deal der 1930er Jahre lässt sich grob von mindestens fünf Prozent des BIP pro Jahr ausgehen. In den USA wären dies rund 1 Billion US-Dollar pro Jahr und mindestens 10 Billionen bei einem Projekt über 10 Jahre, in Deutschland 170 Milliarden Euro pro Jahr oder 1,7 Billionen über eine Dekade. Diese Summen mögen groß erscheinen, doch sind sie in Krisensituation selbst in neoliberalen Zeiten keineswegs unüblich. Der „Recovery Act“, Obamas Stimulus-Programm nach der Finanzkrise umfasste 840 Milliarden US-Dollar, damals ebenfalls mehr als 5 Prozent des BIP; die Rettung von Banken in der Krise belief sich in den USA auf bis zu 29 Billionen US-Dollar (Felkerson 2011). Der deutsche Sonderfond zur Bankenrettung von 2008 umfasste 80 Milliarden, plus Garantien von bis zu 400 Milliarden Euro, weit mehr als der jährliche Haushalt.

Es ist also nicht die Summe, die darüber entscheidet, wie sozial und klimafreundlich ein Rettungspaket oder ein Klimaschutzprogramm ist, sondern vielmehr die Frage, wie diese Gelder ausgegeben werden – und wo sie herkommen. Wenn, wie im Fall des Green Deal der EU, die Gelder dadurch zustande kommen, dass sie an anderer Stelle gestrichen werden – also Gelder aus dem bisherigen Strukturfond plötzlich dem Green New Deal zugerechnet werden, ist der Effekt weitaus geringer als wenn die Gelder zusätzlich aufgebracht werden. Und wenn die Gelder über Kürzungen im Sozialbereich generiert oder langfristig wieder eingespart werden sollen, wie es derzeit im Fall des Corona-Hilfspakets aussieht, verschärft dies die soziale Spaltung weiter.⁵² Soll der Green New Deal sein Ziel erreichen, sowohl die Klima- als auch die soziale Krise anzugehen, sind andere Finanzierungsformen nötig.

46 /

Die Resolution vom Februar 2019, die die jüngste Debatte um Green New Deals ins Rollen brachte, machte keine Aussage dazu, wie ein solches Programm zu finanzieren sei. Jedoch sind hierzu aus dem Umfeld der Unterstützer*innen der Green New Deals Vorschläge und Studien vorhanden; Sanders (2019a) hat in seinem Wahlprogramm detaillierte Vorschläge für die Finanzierung gemacht und auch der GNDE (2019) geht ausführlich auf die Finanzierung des Projekts ein.

52 So hat der deutsche Finanzminister Olaf Scholz bereits angekündigt, am Ziel der ‚schwarzen Null‘, also einem ausgeglichenen Haushalt, festhalten zu wollen und ab 2022 die in der Corona-Krise gemachten Schulden wieder abbauen zu wollen. Auf der lokalen Ebene, etwa in Berliner Bezirken, wird derzeit bereits im Sozial- und Jugendbereich gekürzt, da aufgrund der Corona-Maßnahmen Einkünfte aus der Gewerbesteuer fehlen.

Die meisten Green New Deals setzen auf eine Kombination verschiedener Finanzierungsquellen:

UMSCHICHTUNG DES HAUSHALTS

Kürzungen an den richtigen Stellen können ökologisch und politisch sinnvoll sein. Eine der wichtigsten Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegungen ist die Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe. Diese sind laut einer Studie der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zuletzt wieder gestiegen und betragen 2017 weltweit 340 Milliarden US-Dollar (OECD / IEA 2019); für Deutschland geht Greenpeace in einer Studie von 2017 von 46 Milliarden Euro im Jahr aus (Zerzawy / Fiedler / Mahler 2017). Auch bei den Militärausgaben gibt es Kürzungspotential: In den USA gehen rund drei Viertel des gesamten Haushalts, 700 Milliarden Dollar pro Jahr, ans Militär.⁵³ In seinem Wahlprogramm kündigte Sanders an, das Militärbudget um 200 Milliarden jährlich zu kürzen und das Geld für den Green New Deal zu nutzen – unter anderem mit der Begründung, dass mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen das Militär nicht mehr nötig sei, um den Zugang und Transport von Öl weltweit zu sichern.

FINANZIERUNG ÜBER STEUERN

Wie in Kap. 2 beschrieben, sehen die US-amerikanischen Vorschläge eine Erhöhung der *Steuern für Reiche* vor. Sanders' Wahlprogramm sah unter anderem eine Steuer auf Finanztransaktionen vor („Wall Street Tax“) sowie eine Vermögenssteuer für Vermögen von über 32 Millionen US-Dollar (Sanders 2019b). Der GNDE schlägt die Einführung einer „environmental damages tax“ auf europäischer Ebene vor, ebenso eine Steuer auf Finanztransaktionen und Strafzahlungen für Investitionen in fossile Brennstoffe (GNDE 2019). Sowohl die Vorschläge von Ann Pettifor (2019) als auch der GNDE verweisen zudem darauf, dass Staaten jährlich Milliarden durch Steuerhinterziehung und *Steuerflucht* in Steueroasen verloren gehen. Durch strengere Prüfungen und Gesetzesänderungen könne dies verhindert und das Geld für den Green New Deal genutzt werden. Der Entwurf für einen Green New Deal in Großbritannien von 2008 plädiert daneben für die Einführung einer CO₂-Steuer oder -Abgabe (Green New Deal Group 2008), eine Forderung, die sich auch im GNDE findet. Die US-amerikanischen Vorschläge lehnen eine solche ab, da sie als Verbrauchssteuer Geringverdiener proportional

53 In Deutschland ist der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt deutlich geringer, er betrug 2019 rund 12 Prozent.

höher belasten würde, im Fall von wirtschaftlichen Krisen stark einbrechen und zu Ausweichbewegungen führen können.

Diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, um einen Green New Deal im hier diskutierten Umfang vollständig zu finanzieren – und es ist gut möglich, dass das Programm sogar noch größer ausfallen muss, um der massiven Wirtschaftskrise im Anschluss an die Pandemie zu begegnen.⁵⁴ Die restliche Summe lässt sich auf die zwei Arten generieren, die Staaten neben Steuererhöhungen bleiben, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren: Sie können, wenn sie über eine eigene Währung verfügen, die Geldmenge erhöhen, also Geld drucken. Oder sie können die Staatsschulden erhöhen, also Staatsanleihen ausgeben.⁵⁵

ERHÖHUNG DER GELDMENGE

In der Theorie ist erstere Möglichkeit für viele Länder ausgeschlossen: Die Zentralbanken sind in den meisten Industriestaaten unabhängig von den Regierungen und agieren nicht weisungsgebunden; sie richten ihre Politik, aus Überzeugung oder weil es verfassungsgemäß so festgeschrieben ist, an bestimmten währungspolitischen Zielen aus. So ist es etwa Aufgabe der Europäischen Zentralbank, die Inflation nach Möglichkeit auf einem bestimmten Niveau zu halten. Das ‚Drucken‘ von Geld ist ihr theoretisch verboten. In der Praxis ist es so, dass die USA mit dem Dollar als weltweiter Leitwährung bei Bedarf immer wieder auf dieses Mittel zurückgegriffen haben – so auch in der Finanzkrise, wo das Geld für die Rettung von Banken schlicht gedruckt wurde.⁵⁶ Auch die Europäische Zentralbank hat in der Eurokrise mit der Strategie des „quantitative easing“ genau das gemacht: die Geldmenge erhöht, also Geld gedruckt. Die Autor*innen des Green New Deal für Großbritannien plädieren daher dafür, diese Praktik nicht nur anzu-

48 /

54 Dies legen auch die Erfahrungen aus den 1930er Jahren nahe. Auch wenn Roosevelt mit seinen New Deal-Programmen eine Stabilisierung der Wirtschaft erreichte und die Arbeitslosenzahlen leicht sanken, reichten die Maßnahmen weder aus, um die USA aus der Rezession zu holen noch die Arbeitslosenzahlen relevant zu senken. Vielmehr lag die Arbeitslosigkeit auch während der Hochzeit des New Deals noch bei rund 15 Prozent. Dies führten Kritiker*innen auch darauf zurück, dass Roosevelt eben keine klassisch keynesianische Politik verfolgte und versuchte, eine höhere Staatsverschuldung zu vermeiden. Erst mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg 1941 gab er diesen Versuch auf, die USA nahmen unbegrenzt Schulden auf – 1943 lag die Verschuldung bei 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und die Arbeitslosigkeit sank binnen kurzer Zeit auf nahe Null. Ob dies letztlich auf die großzügigere Finanzierung oder den Krieg zurückzuführen ist, lässt sich im Rückblick nicht eindeutig klären.

55 Dies wäre auch möglich in Form spezieller ‚Grüner Anleihen‘ oder neben der nationalstaatlichen auch auf kommunaler Ebene, wie es etwa die Green New Deal Group (2008) in Großbritannien vorschlägt.

56 Dies hat der damalige Notenbankchef Ben Bernanke etwa in einem Video-Interview von 2019 auch offen erklärt (CBS News 2009).

erkennen, sondern zu formalisieren: Die Zentralbanken sollen in den Dienst des Green New Deals gestellt werden und mit günstigen Krediten und gegebenenfalls mit einer Erhöhung der Geldmenge dessen Finanzierung ermöglichen.

Die Entscheidung für einen Green New Deal ist damit in jedem Fall auch eine Entscheidung für eine veränderte Wirtschafts- und Währungspolitik. Dies ist genau das, was die meisten Befürworter*innen des Green New Deals bezwecken: Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik sollten die Staaten zurückkehren zu einer Wirtschafts- und Währungspolitik, wie sie zwischen den 1930er und den 1970er Jahren in vielen der westlichen Volkswirtschaften praktiziert wurde. Dieser wirtschaftspolitische Ansatz, der auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes zurückgeht, sieht für den Staat eine sehr viel aktivere Rolle vor als die neoliberalen Ansätze, die seit den 1980er Jahren in der Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftswissenschaften dominieren. Seit der Finanzkrise haben keynesianistische Ansätze wieder vermehrt Aufmerksamkeit erfahren. Die Green New Deal-Vorschläge beziehen sich auf zwei zentrale Aspekte von Keynes Theorie. Diese geht davon aus, dass der Staat in einer wirtschaftlichen Krise aktiv eingreifen und durch vermehrte Ausgaben die Wirtschaft wieder ankurbeln müsse. Denn in einer Krise sinken die Steuereinnahmen, der Staat muss den Haushalt kürzen, wodurch die Krise weiter verschärft wird. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müsse der Staat Kredite aufnehmen und die Staatsverschuldung kurzfristig erhöhen, und das zusätzliche Geld durch Investitionen, etwa in Infrastruktur, in die Wirtschaft pumpen. Wenn diese Politik zur Überwindung der Krise führt, steigen die Steuereinnahmen wieder und die Staatsverschuldung sinkt.⁵⁷

/ 49

Entscheidender Unterschied zu den derzeitigen Rettungspaketen ist, dass die aufgenommenen Schulden nicht durch Kürzungen des Haushalts ausgeglichen werden sollen, sondern durch die Überwindung der Krise, die Anregung des Wirtschaftswachstums und dem dadurch erhöhten Steueraufkommen. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich mit der Modern Monetary Theory (MMT) ausgehend von den USA eine post-keynesianistische Strömung herausgebildet, die offensiv für

57 Die starken Staatsinvestitionen und eine Erhöhung der verfügbaren Geldmenge können zu Beginn unter Umständen zu Inflation führen. Dieser kann laut Keynes mit Anreizen zur Reduktion oder Verschiebung des Konsums begegnet werden, falls nötig auch mit erhöhten Steuern, Preis- und Lohnkontrollen und Rationierung, wie sie während des Zweiten Weltkriegs angewandt wurden. Eine detaillierte Ausführung keynesianischer Vorschläge und deren Anwendung auf einen möglichen Green New Deal findet sich in einem Arbeitspapier des Levy Institute (Nersisyan / Wray 2019). Dort findet sich auch eine detaillierte Auflistung unterschiedlicher Schätzungen zu den Kosten der verschiedenen Komponenten des Green New Deals.

eine höhere Staatsverschuldung plädiert.⁵⁸ Manche Vertreter*innen der MMT gehen soweit zu argumentieren, dass ein Staat sich in der eigenen Währung quasi unbegrenzt verschulden könne, ohne zahlungsunfähig zu werden.⁵⁹ Insbesondere die US-amerikanischen Green New Deal-Vorschläge sind stark von der MMT geprägt. Stephanie Kelton, eine führende Vertreterin der MMT, war Beraterin von Sanders' Kampagne.

NEUVERSCHULDUNG UND AUSGABE (GRÜNER) STAATSANLEIHEN

Aber auch jene Befürworter*innen eines Green New Deals, die nicht der Argumentation der MMT im engeren Sinn folgen oder sogar einigen ihrer Annahmen kritisch gegenüberstehen, plädieren für eine Abkehr von einer Politik der Schwarzen Null und für eine höhere Staatsverschuldung. Insbesondere die europäischen Vorschläge setzen auf die Ausgabe von Staatsanleihen zur Finanzierung des Green New Deals, etwa in Form von „grünen Anleihen“. Tatsächlich wurde die Ausgabe von Staatsanleihen lange Zeit als ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung gesehen, weil er zum einen Investitionen ermöglicht, zum anderen Anleger*innen sichere Geldanlagen bietet, auf die etwa Pensionsfonds oder Lebensversicherungen angewiesen sind. Liegen die Zinsen für Staatsanleihen, wie derzeit, unter der Inflationsrate, so muss bei der Ausgabe langfristiger Anleihen nur ein Teil der ursprünglichen Summe zurückgezahlt werden. Da derzeit in der Finanzwelt ein Mangel an sicheren Anlagen besteht, liegen die Zinsen für attraktive Länder wie Deutschland oder die USA derzeit sogar im Minus – diese Länder bezahlen keine Zinsen auf das geliehene Geld, sondern bekommen noch Geld dazu geschenkt. „Es gab in der Geschichte nie einen besseren Zeitpunkt für Regierungen, um sich Geld für Investitionen zu leihen.“ (Powell / Kriebel / van Lerven 2019, 4)

Für Staaten wie Deutschland oder die USA wäre es also kein Problem, einen Green New Deal über die Ausgabe zusätzlicher Staatsanleihen und damit eine höhere Neuverschuldung zu finanzieren. Diese Investitionen – sei es in Bildung, Forschung und Entwicklung oder moderne Infrastrukturen – würden sich, anders als bei Krediten für kurzfristigen Konsum, langfristig auszahlen, wie sowohl die Resolutionen aus den USA als auch die Beiträge aus Großbritannien betonen.

58 Vgl. für einen Überblick über die Grundzüge der MMT und weitergehende Links OXI (2019).

59 Das geht über die klassische keynesianische Politik hinaus, die ein antizyklisches Modell vorsah: Höhere Staatsausgaben bei schwächelnder Wirtschaft, geringere nach Überwindung der Krise in der Wirtschaft.

Anders sieht es bei Staaten aus, die von Rating-Agenturen und Anleger*innen als weniger sicher eingestuft werden. Italien konnte sich in der Corona-Krise kaum noch Geld leihen, und wenn, dann zu sehr hohen Zinsen. Das Land wurde erst stabilisiert, als sich die EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte dazu entschloss, europäische Staatsanleihen auszugeben, für die alle Staaten der EU gemeinsam haften. Der GNDE schlägt vor, ebensolche Anleihen auf europäischer Ebene auszugeben, um den Green New Deal zu finanzieren (GNDE 2019).

Allerdings ist die Möglichkeit, zusätzliche Investitionen über die Ausgabe von Staatsanleihen zu finanzieren, in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend eingeschränkt worden. Haushaltsdisziplin und eine möglichst niedrige Staatsverschuldung sind, zusammen mit einer geringen Inflation, Kernziele neoliberaler Wirtschaftspolitik – es dürfe, so die Argumentation, nicht mehr ausgegeben werden als durch Steuern eingenommen wird.⁶⁰ Die Verträge der Europäischen Union und die deutsche Schuldenbremse haben dieses Prinzip auf verschiedenen rechtlichen Ebenen gesetzlich verankert. Dies wurde bisher häufig als ein Grund genannt, warum ein großangelegtes, schuldenfinanziertes Investitionsprogramm nicht möglich sei. Dieses Dogma aufzubrechen und wieder mehr Spielraum für eine aktive Regierungspolitik angesichts der verschiedenen Krisen zu schaffen, war über die letzten Jahre ein zentrales Anliegen der Befürworter*innen des Green New Deal. „Wir können uns leisten, was wir tun können“ ist der erste Satz des Green New Deal-Buchs von Pettifor (2019), und die deutsche Ausgabe trägt den Untertitel: „Warum wir können, was wir tun müssen“. Mehr noch als die Finanzkrise hat die Corona-Krise deutlich gemacht, dass das Argument der Nicht-Finanzierbarkeit rein politisch ist. Angesichts der Pandemie haben sich nahezu sämtliche Regierungen der Welt von einem Moment auf den anderen über die selbstgesetzten Regeln hinweggesetzt und die Neuverschuldung stark erhöht. Und was angesichts der Corona-Krise möglich ist, ist auch in der Klimakrise möglich: Wenn Handeln politisch gewollt ist, so wird es an der Finanzierung nicht scheitern.

60 Hierfür wird häufig das Bild eines Privathaushalts zum Vergleich herangezogen und auf die sparsame ‚schwäbische Hausfrau‘ verwiesen. Dies ist insofern unzutreffend, als dass Ausgaben für Konsum nicht vergleichbar sind mit Investitionen, die in der Folge höhere Einnahmen generieren, und ein Privathaushalt oder die schwäbische Hausfrau durch Mehrausgaben auch nicht zum Wachstum der Wirtschaft beitragen und damit ein Mehr an Steuereinnahmen erwarten können.

DEBATTEN UND KRITIK



Der Green New Deal hat insbesondere in den USA eine breite Debatte ausgelöst. Er hat Begeisterung hervorgerufen, aber auch harsche Kritik und, daran anschließend, Vorschläge, wie das Projekt weiterentwickelt werden kann.

In diesem Kapitel werden vier Aspekte dieser Debatten erläutert: Die Frage, wie sich der Green New Deal zum kapitalistischen Wachstumsmodell verhält; welche Punkte die Beiträge aus einer feministischen, aber auch aus einer antikapitalistischen Perspektive zur Diskussion beitragen; schließlich die Frage, ob und wie ein Green New Deal es vermeiden kann, die rassistischen und kolonialen Strukturen des New Deal zu reproduzieren.

GRÜNES WACHSTUM ODER DEGROWTH?

Ausgehend von Europa hat sich über die letzten Jahrzehnte eine breite Bewegung für weniger Wachstum gebildet. Diese Degrowth- oder Postwachstumsbewegung ist divers, und die verschiedenen Akteure, die sich ihr zugehörig fühlen, arbeiten und leben in Projekten mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten. Was sie eint, ist die Überzeugung, dass dauerhaftes (Wirtschafts-)Wachstum, wie es im Kapitalismus nötig ist, nicht mit einer ökologischen Lebensweise vereinbar ist.⁶¹ Der Green New Deal, so die Kritik, die von Teilen dieser Bewegung geäußert wurde, breche nicht mit dem Wachstumsparadigma, er setze dies im Gegenteil fort – nur eben, zumindest dem Anschein nach, etwas ökologischer. Die Widersprüche des Green New Deal, argumentiert etwa Rufus Jordana auf Open Democracy, lägen in der „Lüge vom unendlichen Wachstum“: Um Millionen gut bezahlter Jobs zu schaffen, sei ein starkes Wirtschaftswachstum nötig, das wiederum verhindere Umwelt- und Klimaschutz: „Eine wachsende kapitalistische Wirtschaft bedeutet wachsende Umweltzerstörung. Ein ‚grünes Wachstum‘ gibt es nicht.“ (Jordana 2019)

/ 53

Diese Kritik ist nicht unberechtigt. Der New Deal der 1930er Jahre und die an ihn anknüpfende Politik der Nachkriegszeit sorgten dafür, dass der Ressourcenverbrauch, der Verkehr und der private Konsum stark anstiegen; über die Zeit des New Deal lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei fast 8 Prozent. Der häufig fast verklärend positive Bezug auf diese „gute alte Zeit“ unter den Unterstützer*innen des Green New Deal unterschlägt, dass der New Deal damals nur ein Ziel hatte: die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ein *Green New Deal* hätte

61 Vgl. für einen Überblick über Konzepte von Degrowth und Postwachstum etwa D’Alisa / Demaria / Kallis (2016); Kallis (2018); weitere deutschsprachige Informationen finden sich etwa unter www.degrowth.info.

hingegen zum Ziel, die Klimakrise zu bekämpfen. Der Ansatz des New Deals, Geld ins System zu pumpen, um die Nachfrage zu steigern, ist dieses Mal keine Lösung.

Doch ein Teil der Unterstützer*innen solcher Programme setzt durchaus darauf, dass der Green New Deal zu starkem Wachstum führt – sei es, um Vollbeschäftigung zu erreichen oder um die Summen wieder zu erwirtschaften, die für seine Finanzierung nötig waren. Wirtschaftswachstum führte bisher fast immer zu einer Erhöhung der Emissionen, und ob sich dieser Zusammenhang aufbrechen lässt, ist umstritten.⁶² Zudem wird es kaum möglich sein, den Klimawandel zu stoppen, wenn der Green New Deal nicht mit einer klaren Abkehr von fossilen Brennstoffen einhergeht. Es ist eine der größten Schwächen der Resolution von Ocasio-Cortez (2019), dass diese, wie auch das Pariser Abkommen, den Begriff fossile Brennstoffe an keiner Stelle erwähnt. Dies wird auch aus dem Kreis jener kritisiert, die den Green New Deal prinzipiell unterstützen.⁶³

Auch setzen viele der Green New Deal-Vorschläge relativ unkritisch auf neue und alte Technologien, die den Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft ermöglichen sollen, von Smart Grids und Solarzellen über Utopien von Magnetbahnen in Vakuum-Röhren bis im Extremfall zum massiven Ausbau der Atomenergie (Phillips 2019). Ob ein solch öko-modernistischer Ansatz ausreicht, um die ökologischen Krisen zu stoppen, oder ob er nicht vielmehr selbst neue Krisen schafft, ist mehr als fraglich.⁶⁴

62 Studien kommen hier zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während manche zu dem Schluss kommen, dass eine Entkopplung bisher nie wirklich gelungen ist (vgl. etwa Burke / Shahiduzzaman / Stern 2015), gibt es andere, die Gegenbeispiele auflisten (vgl. etwa Aden 2016).

63 So heißt es in einer Erklärung des Indigenous Environmental Network (2019): „Auch wenn wir dankbar sind für die Unterstützung von Seiten der Abgeordneten und dem Senator, haben wir Sorge, dass, wenn die Resolution nicht verändert wird, der Green New Deal der Industrie und den Regierungen Anreize bieten wird, indigenen Gemeinschaften weiterhin Schaden zuzufügen. Darüber hinaus ist, wie unsere Gemeinschaften, die direkt von der Klimakrise betroffen sind, seit Generationen sagen, der wichtigste und direkteste Weg, das Problem anzugehen, fossile Brennstoffe im Boden zu lassen“.

64 Die Geister scheiden sich schon an der Frage, ob es möglich ist, den momentanen Energieverbrauch in Europa oder den USA komplett über erneuerbare Energien zu decken: Der Flächenverbrauch wäre enorm, und es wären große Mengen an Rohstoffen nötig, die aus dem globalen Süden importiert werden. Während es durchaus optimistische Prognosen gibt (Prentiss 2015), kommen andere zu dem Schluss, dass eine komplette Umstellung auf erneuerbare Energien bei einem heutigen Verbrauch kaum machbar ist, sei es aufgrund des Problems des Flächenverbrauchs (Capellán-Pérez / de Castro / Arto 2017), aufgrund des hohen Bedarfs an seltenen Rohstoffen (de Castro et al. 2013) oder der fehlenden Speichermöglichkeiten (Casey 2018).

Aber das Spektrum von möglichen Green New Deal-Vorschlägen ist groß, und auch wenn sie nur in Ausnahmefällen offen eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs fordern, enthalten die meisten Maßnahmen in eine solche Richtung. Wie in Kap. 2 gezeigt, reichen die Forderungen der radikaleren Vorschläge bis zur staatlichen Rationierung von fossilen Brennstoffen und Energie. Ann Pettifor, auch eine Autorin des Green New Deal-Vorschlags für Großbritannien von 2008, plädiert in ihren neueren Vorschlägen (Pettifor 2019) für eine „steady-state economy“, eine Wirtschaft, die nicht wächst, sondern stabil innerhalb definierter ökologischer Grenzen bleibt. Weniger radikale Ansätze setzen darauf, privaten Konsum und individuelle, ressourcenintensive Aktivitäten durch ökologischere und gemeinschaftlichere zu ersetzen: ein gut ausgebautes, günstiges oder kostenloses öffentliches Transportwesen statt Individualverkehr; lokale Erzeugung und regionale Vermarktung statt des Imports von Lebensmitteln; eine stärkere Förderung von Tätigkeiten im Care-Bereich statt dem Aufbau neuer Technologien.

Giorgio Kallis, einer der Vordenker der Degrowth-Bewegung, sieht daher nicht, warum ein Green New Deal mit Wachstum verbunden sein müsse – zumindest dann nicht, wenn seine Finanzierung nicht auf der Annahme künftigen Wachstums beruhe, wie es in einigen Vorschlägen der Fall ist. Der New Deal, argumentiert er, sei dazu gedacht gewesen, das Wachstum anzukurbeln. Aber ein neuer Green New Deal müsse nicht wie der alte New Deal sein:

„Um den Klimawandel zu stoppen, brauchen wir nicht nur eine umweltfreundliche Produktionsweise, wir müssen auch *den Konsum reduzieren und verändern*. Wir brauchen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, neue Ernährungsweisen, verdichtete Wohnformen, bezahlbaren Wohnraum in der Nähe der Arbeitsplätze, Lebensmittel, die in der Nähe der Orte wachsen, wo sie auch konsumiert werden, eine Verringerung der Zeiten für Arbeit und Pendeln, Formen des Lebens und der Zufriedenheit, die wenig Energie kosten, eine Deckelung von exzessiv hohen Einkommen und übermäßigem Konsum. Der Green New Deal ist nicht einfach ein Programm, um den Klimawandel zu bekämpfen – er ist ein grünes Programm der Linken, das wir selbst dann umsetzen sollten, wenn es den Klimawandel gar nicht gäbe. Und wir sollten daran festhalten, ganz gleich, ob es ‚gut für die Wirtschaft‘ ist, denn Menschen sind für uns wichtiger als die Wirtschaft.“ (Kallis 2019)

Die Resolution von Ocasio-Cortez, so Kallis, spreche viele dieser Aspekte an, sie gehe „in die richtige Richtung“ (ebd.).

Der politische Theoretiker Gareth Dale (2019) argumentiert, dass sich die linken Strömungen innerhalb der Degrowth- und der Green New Deal-Bewegung in vielen Punkten überschneiden: Sie setzen auf Selbstorganisation und feministische Ökonomien, *care*-Aspekte und das ‚gute Leben‘ für alle, und sie betonen, ihre Politik würde vor allem den Verlierer*innen des derzeitigen Systems zugutekommen.⁶⁵ Ein weiterer verbindender Punkt zwischen beiden Ansätzen könnte daher die Ungleichheit von Emissionen sein. Wie in Kap. 1 gezeigt, hängen die Emissionen vom Einkommen ab, und übermäßiger Konsum und Energieverbrauch ist damit verbunden mit ungleich verteiltem Reichtum. Auch die Degrowth-Befürworter*innen machen klar, dass es viele gibt, die nicht weniger, sondern mehr brauchen: „Für die Reichen viel, viel weniger, aber mehr für Milliarden Menschen, denen selbst die grundlegendsten Güter fehlen: ausreichend Essen, angemessene Wohnverhältnisse, sauberes Wasser, funktionierende Müll- und Abwasserentsorgung, flächendeckender öffentlicher Nahverkehr, hochwertige öffentliche Einrichtungen, die allen frei zugänglich sind.“ (Ebd.)

56 / Eben dies sollte ein Kernaspekt des Green New Deal sein – und diesem würde umgekehrt dann auch eine gewisse Ehrlichkeit guttun. Etwa in Bezug auf die Tatsache, dass ein erfolgreicher Green New Deal unter eben jenen 1 bis 10 Prozent der Reichen, zu denen auch viele Unterstützer*innen des Green New Deal gehören, teilweise durchaus zu materiellen Einschnitten führen müsste – auch wenn es nur bedeutet, dass weniger oft geflogen werden kann. Und dass er, auch ohne den Anspruch zu haben, sie alle zu beantworten, Fragen in seine Überlegungen einbeziehen muss, die bisher kaum berührt werden: Welche Rolle kann und soll Digitalisierung spielen, wie wird mit ihren ressourcenintensiven Infrastrukturen umgegangen? Wie positioniert sich ein Green New Deal-Ansatz zu Künstlicher Intelligenz, wie geht er mit Daten und Algorithmen um? Wird der technologische Fortschritt bedingungslos gefördert, oder gibt es Grenzen? Gelten CCS-Technologien und Atomkraft als „grüne Energien“? Was ist mit gentechnisch veränderten Pflanzen, mit Geo-Engineering, mit medizinischer Forschung?

65 Letzterer Punkt – die Verbindung zu Armen und prekär Arbeitenden – ist, wie Dale feststellt, allerdings bei den Degrowth-Aktivist*innen deutlich schwächer ausgeprägt, vgl. Dale (2019).

FEMINISTISCHE UND INTERSEKTIONALE PERSPEKTIVEN

Netzwerke feministischer Gruppen haben sich früh in die Mobilisierung für einen Green Deal eingebracht, mit dem Ziel, die blinden Flecken der ersten Green New Deal-Vorschläge aufzuzeigen und feministische Positionen in die Debatte einzubringen. Im Juli 2019 kamen feministische und Gruppen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammen, um die Green New Deal-Vorschläge zu diskutieren. Im September 2019 veröffentlichten sie dann die *Feminist Agenda for a Green New Deal* (Feminist Green New Deal 2019).⁶⁶ Diese basiert auf zehn Prinzipien, die die Konzeption und Umsetzung des Green New Deals leiten sollen, und von denen viele enge Überschneidungen mit den Degrowth-Ansätzen haben. Dazu gehören unter anderem eine intersektionale Genderanalyse aller geplanten Maßnahmen, die darauf Rücksicht nimmt, in welchem unterschiedlichen Maß verschiedene Gruppen von Klimawandel und -politik betroffen sind; Gleichstellungspolitiken wie ein Ende der ungleichen Bezahlung nach Geschlecht; der Aufbau eines Sozialsystems, verbunden mit der Einführung von Elternzeiten und kostenloser Kinderbetreuung; und die Bekämpfung institutionellen Rassismus'. Zudem soll indigenen Gruppen eine zentrale Rolle im Green New Deal zukommen, einschließlich der Anerkennung indigener Landrechte, der Durchsetzung von *Free, Prior and Informed Consent*⁶⁷ und der Anerkennung von Rechten der Natur. Ein Fokus der Programme soll auf Maßnahmen liegen, die von lokalen Gemeinschaften kontrolliert und durchgeführt werden und bestehende lokale Mobilisierungen einbeziehen, insbesondere im Bereich Energie, Wohnen und Bildung. Darüber hinaus formuliert die *Feminist Agenda* eine klare Absage an „falsche ‚Lösungen‘“, die die treibenden Kräfte hinter dem Klimawandel ungehindert weiter agieren lassen und Unterdrückungsverhältnisse fortsetzen. Genannt

66 Darin heißt es unter anderem, der Green New Deal in den USA habe „eine wichtige und überfällige landesweite Diskussion angestoßen“ und biete „eine Grundlage für den Aufbau von Bewegungen, Bildung, strategischer politischer Arbeit und direktem Handeln“. In diesem Moment, „da die Klimakrise endlich die nationale politische Bühne erreicht hat, werden Stimmen aus der kritischen feministischen und der Klimagerechtigkeitsbewegung laut, um eine intersektionale und feministische Perspektive in die politische Diskussion einzubringen.“ (Feminist Green New Deal 2019).

67 Free, prior and informed consent (FPIC, auf Deutsch etwa: freie, vorherige und informierte Zustimmung) ist ein Prinzip des internationalen Rechts, das indigenen Gemeinschaften im Fall von Projekten auf ihrem Land weitreichende Mitspracherechte zuschreibt, unter anderem das Recht, diese abzulehnen – im Gegensatz zu den meisten derzeit praktizierten Prinzipien, die nur vorschreiben, dass die betroffenen Gruppen ‚konsultiert‘ werden müssen. Das Konzept FPIC ist Teil der Deklaration über die Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen (United Nations Declaration on the Rights of Indigenous People), und der Konvention 169 der International Labour Organization (ILO).

werden hier insbesondere der Handel mit Emissionen, Atomenergie, die Nutzung von Erdgas, Carbon Capture and Storage-Technologien und andere technische „fixes“ wie Megadämme, Geo-Engineering und Bioenergie.

Diese Forderungen sind sehr allgemein gehalten, und legen sich in ihrer Positionierung teilweise nicht eindeutig fest – etwa in Bezug auf ihr Verhältnis zum Kapitalismus oder im Hinblick auf die Frage, ob und wie Care-Arbeit bewertet oder entlohnt werden soll. Durch die Corona-Pandemie ist die Rolle und Bedeutung von Care-Arbeit zumindest vorübergehend verstärkt ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Antikapitalistische feministische Gruppen haben angesichts der ungleichen Auswirkungen der Pandemie und der Rettungspakete in einem offenen Brief an Regierungen ihre Forderungen nach einem *Care-Einkommen* erneuert (Global Women’s Strike 2020).⁶⁸ Dabei verweisen sie auch auf den Vorschlag des Green New Deal for Europe (GNDE). Ein solcher bilde, wie Stefania Barca schreibt, eine „historische Chance für eine öko-feministische ökonomische Revolution“, die den Schwerpunkt der Wirtschaft von industrieller Produktion zu sozialer und ökologischer Reproduktion verschiebe, „etwa die Pflege, die Wiederaufbereitung, die Reparatur und die Wiederherstellung ökologischer, infrastruktureller und sozialer Ressourcen, kurz gesagt, zur Sorge-Arbeit, der Pflege sowohl von Menschen als auch der Umwelt“ (Barca 2020). Care-Arbeit wird in diesem Fall sehr weit gefasst und geht über die Pflege von Kindern, Kranken oder alten Menschen hinaus, bis hin zur Pflege von städtischen und ländlichen Umwelten, gemeinschaftlichen Räumen, Böden, Wasser, Wälder oder der Biodiversität.

58 /

Auch der radikalere – und sich häufig als feministisch verstehende – Teil der Green New Deal-Bewegung in den USA sieht einen klaren Gegensatz zwischen „life-making“ Aktivitäten und dem Streben nach Profit, das dem Kapitalismus inhärent ist. So plädiert Tithi Bhattacharya (2019) für ein gesellschaftliches System, in dem das Überleben nicht mehr vom Überleben des Kapitalismus abhängt. „Als eine politische Vision“, schreibt sie, „zielt der GND vor allem auf das Wachstum und Wohlergehen von lebendigen Wesen, menschlichen und nicht-menschlichen, statt auf das Wachstum und Wohlergehen von toten Dingen wie der ‚Wirtschaft‘ oder der ‚Produktion von Gütern‘“. Als Beispiel verweist sie auf die Sozialistin

68 Sie fordern, die un- oder schlechtbezahlte Care-Arbeit, die überwiegend Frauen und marginalisierte Gruppen leisten, als eine „notwendige und unverzichtbare soziale Funktion anzuerkennen, die jedoch durch die Anti-Krisen-Maßnahmen zugleich unsichtbar gemacht und ignoriert wird – obwohl die Pandemie und die Quarantäne-Maßnahmen zu einem nie dagewesenen Ausmaß solcher Arbeit führen“ (Barca 2020).

Alexandra Kollontai, die für öffentliche und gemeinschaftliche Küchen und Waschküchen kämpfte – eine Vision, in der reproduktive Tätigkeiten eine Aufgabe der Gesellschaft sind, anstatt sie den individuellen Familien zu überlassen. Auch Alyssa Battistoni (2017), ebenfalls eine Vordenkerin des US-Green New Deals, sieht den Green New Deal als Teil eines Übergangs hin zu einer Ökonomie, bei der die soziale Reproduktion im Zentrum steht. Sie weist aber auch darauf hin, dass der Übergang zu einer solchen zum einen auch eine harte Auseinandersetzung mit der Art und Weise bedeuten wird, wie Pflege- und Sorgearbeit durch Geschlechterrollen und Rassismus über Jahrhunderte geprägt wurde, und zum anderen den Aufbau von neuen Formen der Wertschätzung und entsprechenden Entlohnung für solche Tätigkeiten bedeutet.⁶⁹

Für den Green New Deal wird es also wegweisend sein, in welche Richtung er vorrangig zielt: Auf den Bereich der Produktion oder der Reproduktion – und inwieweit es ihm in dieser Hinsicht gelingt, nicht nur eine veränderte Wertschätzung in diesen Bereichen zu versprechen, sondern auch die viel schwierigere Aufgabe anzugehen, dem auch Taten folgen zu lassen. Was würde ein Care-Einkommen, das nicht nur das Überleben sichert, tatsächlich bedeuten? Wie würden sich gesellschaftliche Schwerpunkte verschieben, wenn Krankenpfleger*innen oder Erzieher*innen im Rahmen eines Green New Deals oder aufgrund langfristig angeregter Transformationen tatsächlich dasselbe Gehalt wie Ingenieure oder höhere Angestellte erhalten würden?

ANTIKAPITALISTISCHE KRITIK

Die Green New Deal-Ansätze können, wie die letzten beiden Abschnitte gezeigt haben, über kapitalistische Gesellschaftsmuster hinausweisen. Es gibt Linke, die dem Vorschlag eines Green New Deal skeptisch gegenüberstehen, weil sie fürchten, dass aus ihm am Ende nicht mehr als ein Förderprogramm für grüne Ökonomien werden würde, oder ein gemäßigt-sozialdemokratisches Rettungspaket mit leicht grünem Anstrich. Andere, die offensiv für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus eintreten, haben sich aktiv in die Mobilisierungen eingebracht. Sie argumentieren, dass es Spielraum biete und dass es lohne, sich das Konzept anzueignen und in Richtung radikalerer Entwürfe zu drängen. „Der Green New Deal“, schreiben Leah Temper und Sam Bliss in einem Beitrag, „kann als ein

69 Nicht jeder Mann, der bisher in der Kohleförderung oder der Produktion gearbeitet habe, werde wohl bereit sein, auf einmal Betten zu machen und alte Menschen zu pflegen, schreibt Battistoni, und es werden neue Formen der Bewertung und bessere Entlohnung nötig sein, um das zu ändern (Battistoni 2017).

Vehikel dienen, um sich eine wünschenswerte Zukunft zu erträumen, inspiriert von Degrowth-Ansätzen, Umweltgerechtigkeit und anderen visionären Ideen für eine radikal andere Gesellschaft als die, in der wir leben“ (Temper / Bliss 2019). Green New Deals, so das Argument, haben das Potential, eine radikale Transformation des Systems anzustoßen.

Sie müssen es jedoch nicht. „Rettet der Green New Deal das Klima oder rettet er den Kapitalismus?“ fragt ein Beitrag auf der linken Website *Counterpunch* (Cooke 2019). Die Frage ist berechtigt. Denn der New Deal, auf den sich der Green New Deal bezieht, war nicht primär dazu gedacht, die soziale Ungleichzeit zu beseitigen oder den Kapitalismus zu überwinden – sondern das System zu retten. Schlesinger, der Chronist der New Deal-Jahre, beschreibt die USA in den Monaten vor Roosevelts Wahl als ein Land, in dem ein radikaler Bruch mit dem System jeden Moment möglich scheint:

„Auf dem Land waren gewalttätige Unruhen ausgebrochen. Farmer stoppten die Milchtransporter entlang der Straßen von Iowa und schütteten die Milch in den Graben. Mobs stoppten Zwangsversteigerungen, trieben die Männer der Banken und Versicherungen aus der Stadt, schüchterten Gerichte und Richter ein, verlangten ein Schuldenmoratorium. Als eine Verkaufsgesellschaft in Nebraska in eine Farm eindrang und zwei Trucks beschlagnahmte, stellten die Farmer im Newman Grove District eine Truppe auf, nannten sie die ‚Rote Armee‘ und holten die Trucks zurück. [...] Im Januar warnte Edward A. O’Neal, ein Plantagenbesitzer aus Alabama und Vorsitzender der Farm Bureau Federation, ein Senatskomitee offen: ‚Wenn nichts für die amerikanischen Bauern getan wird, werden wir in weniger als zwölf Monaten eine Revolution auf dem Land haben.‘ [...] William Green, der eigentlich freundliche Präsident der eigentlich konservativen American Federation of Labor, sagte einem dritten Komitee, sollte der Kongress kein 30-Stunden-Gesetz verabschieden, würde die Arbeiterschaft die Arbeitgeber dazu zwingen, ‚durch einen Generalstreik‘. [...] Über Champagner und Zigarren erklärte ein Banker in den Everglades in Palm Beach, das Land stehe kurz vor einer Revolution; ein anderer Gast unterbrach das erschrockene Schweigen, und riet der Gesellschaft ‚mit so viel Bargeld wie möglich so bald wie möglich die Grenzen der Vereinigten Staaten hinter sich zu lassen‘.

„Es wird eine Revolution geben, ganz sicher“, sagte ein Banker aus Los Angeles in einem Transkontinental-Zug. „Die Farmer werden sich erheben. Die Arbeiter ebenso. Die Roten werden das Land regieren – oder vielleicht die Faschisten. Außer natürlich, wenn Roosevelt etwas unternimmt.“ (Schlesinger 1957, 3f.)

Ob es zu einer solchen Revolution gekommen wäre, wissen wir heute nicht, und auch nicht, in welche Richtung sie sich entwickelt hätte. Roosevelt wurde gewählt, und er unternahm etwas. Die Maßnahmen des Ersten New Deal stabilisierten das Bankenwesen und brachten die Wirtschaft wieder in Gang. Die Aufstände und Streiks beendete das nicht, sie nahmen weiter zu. Roosevelt reagierte darauf, indem er Programme zu Umverteilung und zur Verbesserung des Lebensstandards aufnahm, und zum ersten Mal in den USA ein soziales Sicherungssystem schuf. Diese sozialen Aspekte des New Deal waren, so eine Lesart bis heute, der Stärke der Arbeiter*innenbewegung jener Zeit geschuldet – und der Angst der Besitzenden, dass ohne die Zustimmung zu diesen Maßnahmen die von ihnen so gefürchtete Revolution doch noch kommen würde.

Die meisten Aktivist*innen aus dem Green New Deal-Umfeld sind sich darüber im Klaren, dass allein das Gewinnen von Mehrheiten in den Parlamenten die Umsetzung eines weitreichenden Klimaschutzprogramms nicht sichern würde: „Der GND muss von einer revolutionären Bewegung begleitet werden, die sich sowohl auf den Grundgedanken als auch auf die Details des Maßnahmenpakets konzentriert, das die herrschende Klasse ohnehin verwässern wird“, schreiben Temper und Bliss (2019). „Das bedeutet, weitreichende Forderungen zu stellen und auf die Straße zu gehen, zusammen mit Extinction Rebellion, Fridays for Future und Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit auf der ganzen Welt, und nicht einfach nur einen ‚optimalen‘ Entwurf für einen GND zu entwerfen.“

Eine linke Mobilisierung in einem ähnlichen Ausmaß wie in den 1930er Jahren ist allerdings derzeit nicht in Sicht. Auch wenn es nach der Krise 2007/2008 vereinzelt zu Mobilisierungen und Aufständen kam, waren diese, zumindest in den Ländern des Westens, weit davon entfernt, das System zu erschüttern.⁷⁰ Schaut man sich die konkreten Forderungen der Green New Deals an, so mögen viele für die USA radikal sein – sie gehen jedoch kaum über das hinaus, was in

70 Im Aufstieg begriffen waren und sind in den letzten Jahren vor allem rechte Bewegungen. Die Jugendbewegungen für mehr Klimaschutz mögen ein beträchtliches Ausmaß erreicht haben, sie entstammen jedoch überwiegend den Mittelschichten und haben bisher nur zaghaft Forderungen gestellt, die über den Status Quo hinausgehen.

europäischen Ländern mit einer sozialdemokratischen Tradition bis heute Standard ist. „Jeder Amerikaner würde eine staatlich geförderte Krankenversicherung haben“, schreibt Tara Golshan (2020) im April 2020 über das Amerika, das Sanders' Wahlprogramm möglich gemacht hätte, „Zuzahlungen wären auf 200 Dollar pro Jahr begrenzt. Wenn jemand ein Baby bekommt, hätte er ein garantiertes Recht auf sechs Monate bezahlte Elternzeit. Staatliche Kinderbetreuung, öffentliche Colleges und Universitäten wären umsonst. Jeder Lehrer an staatlichen Schulen würde mindestens 60.000 Dollar im Jahr verdienen. [...] Der Mindestlohn würde bei 15 Dollar die Stunde liegen. Der Chef könnte niemanden grundlos feuern [...]. Zwanzig Prozent der Arbeitskräfte wären Mitglied einer Gewerkschaft“.

Fortschrittlicher wären andere Aspekte des Green New Deals: Die Legalisierung von Millionen junger Menschen, die bisher ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in den USA leben, die Kürzung des Militärbudgets und höhere Steuern für Reiche und für Unternehmen. Von einer radikalen antikapitalistischen Agenda ist all das noch weit entfernt. Dennoch würden diese Maßnahmen für Millionen von Menschen in den USA eine enorme Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse bedeuten. Dasselbe würde für die Menschen in Europa gelten, sollte ein wirklicher Green New Deal die europäische Austeritätspolitik beenden. Es ist demnach eine strategische Entscheidung, ob es angesichts der sich verschlimmernden Klimakrise Sinn macht, sich in einen solchen Prozess hineinzubegeben, um auf möglichst weitreichende Maßnahmen zu drängen, sofern die Kräfteverhältnisse und Rahmenbedingungen dies erlauben – etwa auf Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen. Der GNDE schlägt eine besondere Förderung von Genossenschaften vor, und die (Re)Nationalisierung von Infrastrukturen oder Energieunternehmen ist eine Forderung, die viele der Green New Deal-Vorschläge begleitet (vgl. etwa Aronoff et al. 2019).⁷¹

62 /

Der Labour-Beschluss von 2019 sah die Wiederverstaatlichung des öffentlichen Verkehrswesens und der sechs größten Energieunternehmen vor. Was damals in manchen konservativen Kreisen für einen Aufschrei sorgte, ist angesichts der Corona-Krise zum akzeptierten Mittel der Politik geworden: In Spanien hat Präsident Sánchez kurzerhand private Krankenhäuser zur Öffnung verpflichtet, um

71 Dies bezieht sich meist auf Infrastruktur und große Energieunternehmen, aber auch Forderungen nach einer Landreform sind aus dem Umkreis des GND aufgekommen (Van Sant 2019). Der Green New Deal, wie er in den USA diskutiert werde, argumentiert daher auch Jan Rehmann (2019), decke sich mit dem, was Mario Candeias als „grünen Sozialismus“ bezeichnet hat, mit dem Ziel der Vergesellschaftung der Energiegewinnung, der Rekommunalisierung von Infrastrukturen und des Ausbaus partizipativer Elemente in der Politik.

Versorgungskapazitäten für Corona-Kranke zu schaffen, Italien hat die frühere staatliche Airline Alitalia übernommen. In den USA hat Kate Aronoff vorgeschlagen, die Gunst der Stunde zu nutzen, um die Ölindustrie zu verstaatlichen (Aronoff 2020). Dies ist bisher nicht geschehen, aber die Beispiele zeigen, wie schnell scheinbar undenkbar geltende Maßnahmen zur neuen Normalität werden können.

Es ist zu erwarten, dass über die nächsten Jahre in jedem Fall neue Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden, und auch, dass die kommenden Konjunkturpakete solche enthalten werden. Es wird Aufgabe der Linken sein, in diesen für möglichst weitreichende Änderungen zu kämpfen, etwa im Hinblick auf die (Wieder-) Vergesellschaftung und die demokratische Kontrolle von Infrastrukturen und Institutionen, oder, wo die derzeitigen Kräfteverhältnisse dies nicht erlauben, zumindest dafür zu sorgen, dass die Transformationen nicht erneut auf Kosten der Schwächsten gehen und dass sie in einer Art geschehen, die den Weg für zukünftige, weitergehende Veränderungen offenlässt.

DAS KOLONIALE UND RASSISTISCHE ERBE DES NEW DEALS

Fragen der globalen (Klima-)Gerechtigkeit spielten zu Beginn der Debatte um einen Green New Deal kaum eine Rolle (vgl. Kap. 5), zu sehr waren die ersten Vorschläge auf die nationale Debatte in den USA ausgerichtet. Was jedoch von Beginn an ein Punkt in der Diskussion war, war der Umgang mit dem kolonialen Erbe des New Deals und dessen rassistischen Elementen – und die Frage, ob und wie solche Fehler bei der Umsetzung eines Green New Deal verhindert werden können. Die Massenproteste der Black Lives Matter-Bewegung gegen rassistische Diskriminierung und Polizeigewalt seit der Ermordung George Floyds im Mai 2020, die sich von den USA auf weitere Länder ausgeweitet haben, haben nachdrücklich gezeigt, wie wichtig diese Aspekte für jede Politik ist, die sich als progressiv versteht.

Ökonomische Ungleichheit ist (nicht nur in den USA) eng mit systemischem Rassismus verwoben. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen einer weißen Familie in den USA liegt 70 Prozent über der einer schwarzen Familie. 2016 lag das mittlere Vermögen weißer Amerikaner*innen bei 147 000 Dollar, das von schwarzen bei rund 3500 US-Dollar. Die Corona-Krise im Frühjahr 2020 hat diese Ungleichheit noch einmal enorm verstärkt (Rushe 2020).

Diese Ungleichheit ist auch, wie schwarze Aktivist*innen deutlich gemacht haben, ein Erbe des New Deal. Dieser verbesserte den Lebensstandard und die Sicherheit von Millionen von Menschen – weißen Menschen. Roosevelt erkaufte sich die Zustimmung von Demokrat*innen in den Südstaaten durch den strukturellen Rassismus, der dem Programm inhärent war. Die neu aufzubauenden Sozialsysteme schlossen Schwarze systematisch aus, etwa indem sie Farmarbeiter*innen und Arbeiter*innen in Haushaltsjobs nicht zugänglich waren. Dies waren aber eben jene Bereiche, in denen überwiegend Schwarze beschäftigt waren. Schwarze Kriegsveteranen wurden praktisch von günstigen Krediten ausgeschlossen, indem man die Entscheidung über diese den häufig rassistisch geprägten lokalen Verwaltungsapparaten überließ. Die Möglichkeit, über Programme der New Deal-Ära günstige Kredite für Immobilien zu erhalten, hing davon ab, ob die Behörden den jeweiligen Wohn- und Baugebieten eine entsprechende Bonität bestätigten; da Gebiete mit einem hohen Anteil an schwarzen Einwohner*innen entsprechend der Bewertungsregeln als ‚rot‘, damit kritisch, galten, hatten Schwarze keinen Zugang zu diesen Programmen und wurden stattdessen in einen privaten Kredit- und Wohnungsmarkt gedrängt, der aus ihrer Not über hohe Zinsen, Mieten und illegale Praktiken Profit zog (vgl. ausführlich Coates 2014).

64 /

Aber der New Deal basierte nicht nur auf dem systematischen Ausschluss von Schwarzen und „People of Color“ (PoC) von Programmen zum Aufbau einer Mittelschicht. Viele der Errungenschaften des Green New Deal wurden auf Kosten indigener und schwarzer Communities durchgeführt. Die neu zu bauenden Autobahnen zerschnitten und zerstörten bestehende schwarze Wohngebiete. Für Großprojekte wie die Staudämme des Tennessee Valley-Projekts wurden Tausende indigener Familien vertrieben (Estes 2019). Insbesondere die Vorschläge aus den USA und Kanada nehmen auf diese Geschichte Bezug. In der Resolution von Ocasio-Cortez heißt es: „Während die durch die Bundesregierungen angeleiteten Mobilisierungen während des Zweiten Weltkriegs und des New Deal die größte Mittelklasse schufen, die die USA je gesehen hat, wurden viele Mitglieder der direkt betroffenen und verletzlichsten Gruppen von vielen der ökonomischen und sozialen Vorteile dieser Mobilisierungen ausgeschlossen“. Der Green New Deal, versprechen die Autor*innen, soll diese Fehler nicht wiederholen: Er soll der Resolution nach dem Ziel dienen,

„Gerechtigkeit und Gleichheit zu fördern, indem die anhaltende Unterdrückung von indigenen Völkern, farbigen Gemeinschaften,

migrantischen Gemeinschaften, Gemeinschaften, die von De-Industrialisierung betroffen sind, von Landflucht betroffenen ländlichen Gemeinschaften, den Armen, Geringverdienenden, Frauen, alten Menschen, Wohnungslosen, Menschen mit Behinderungen, und jungen Menschen gestoppt und in Zukunft verhindert wird, und indem die historische Unterdrückung dieser Gruppen wiedergutmacht wird.“ (Ocasio-Cortez 2019)

Insbesondere indigene Gruppen haben sich in den Green New Deal-Prozess eingebracht, mit Aufrufen, diesen zu dekolonisieren, oder mit eigenen Vorschlägen, etwa dem *Red Deal* der linken indigenen Organisation Red Nation (Red Nation 2019; 2020a; 2020b).

Hingegen gab es zunächst weniger Berührungspunkte zwischen der Green New Deal-Bewegung und schwarzen Bewegungen. Die massenhaften Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt, die sich nach der Ermordung von George Floyd im Mai 2020 in den USA und darüber hinaus verbreiteten, machten noch deutlicher, wie dringend in diesem Bereich gehandelt werden muss – aber auch, wie groß, zu Recht, das Misstrauen schwarzer Communities gegen den Staat und staatliche Programme ist. Das Sunrise Movement hatte aufgerufen, Black Lives Matter und die Proteste zu unterstützen und sie als „essentiell“ für das Zustandekommen eines Green New Deal zu betrachten (Sunrise Movement 2020).

/ 65

Umgekehrt bezogen sich die Protestierenden kaum auf den Green New Deal. Dabei überschneiden sich die Forderungen in vieler Hinsicht: Ohne dabei explizit auf den Green New Deal Bezug zu nehmen, listet etwa das Movement for Black Lives (2020) auf, welche Forderungen ein Recovery-Programm nach COVID-19 erfüllen müsste: Wie im Fall des Red Deal spielt hier der Zugang zur Gesundheitsversorgung eine zentrale Rolle, ebenso der Widerstand gegen Gentrifizierung und die Möglichkeit angemessenen Wohnens, die Beendigung des Gefängnisystems und das Umschichten von Geldern von Militarisierung und Polizei hin zu den lokalen Gemeinschaften.⁷²

72 Aktivist*innen haben zudem darauf hingewiesen, dass gerade für schwarze Communities und PoC Anpassungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen: Diese wohnen oft in Gebieten, die besonders stark durch Hitze, Überschwemmungen oder Stürme gefährdet sind, und in denen die Infrastruktur, die vor diesen Gefahren schützen soll, besonders schlecht entwickelt ist (Starr 2019).

Will der Green New Deal diese Gruppen tatsächlich einbeziehen, muss er diese Bedürfnisse ernst nehmen und Forderungen wie die Abschaffung der Polizei, das Ende des Gefängnisystems und das Umschichten von Geldern perspektivisch aufnehmen. Es darf, wie indigene und schwarze Aktivist*innen gleichermaßen betonen, keine „sacrifice zones“ geben, keine Orte und Gemeinschaften, die für das Wohlergehen der Nation weichen müssen. Gemeinschaften müssen nicht nur beteiligt werden, es muss sich um „community-defined projects and strategies“ handeln, um Projekte, über die die betroffenen Gemeinschaften selbst entscheiden (Ford 2019). Dass sowohl die Resolution von Ocasio-Cortez als auch Sanders' Programm sich auf das Prinzip des *free, prior and informed consent* bezogen, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Der New Deal ist zugleich eine Chance, das historische Unrecht des New Deals und anderer Programme wieder gut zu machen. Die Forderung nach restaurativen Maßnahmen und Reparationen wird von Seiten schwarzer und indigener Gemeinschaften seit vielen Jahrzehnten erhoben. Dies kann die Wiederherstellung indigener Souveränität und Landrechte bedeuten, wie sie auch der Red Deal fordert, oder die Entschädigung von denen, „on whose labor and exclusion the country was built“ (Coates 2014). Dies kann in monetärer Form geschehen, um die Unterschiede in den Vermögen anzugleichen, individuell oder auf der Grundlage von Gemeinschaften, oder in Form von Programmen und Umstrukturierungen, die die Zementierung solcher Unterschiede in Zukunft verringern sollen (ebd.). Ocasio-Cortez hat sich, ebenso wie die Präsidentschaftskandidat*innen Kamala Harris und Elizabeth Warren, mehrfach für Reparationen ausgesprochen, und Kommentator*innen haben darauf hingewiesen, dass sich der entsprechende Passus in der Green New Deal-Resolution – der Aufruf, historische Unterdrückung und Ausbeutung wiedergutzumachen – als eine Grundlage für Reparationen auslegen lässt (Coleman 2019, Ford 2019).

Die Diskussion über die rassistischen Elemente in (Green) New Deals und Vorschläge zu deren Überwindung hat sich bis hierher auf die USA konzentriert. In den europäischen Vorschlägen sind Rassismus und die Frage, auf wessen Kosten bisherige oder zukünftige Entwicklungsprojekte durchgeführt werden, nicht thematisiert worden.⁷³ Dies ist ein blinder Fleck, der doppelt verwundert: zum einen, weil die Kolonialgeschichte vieler europäischer Länder

73 Auch im GNDE werden Rassismus und Kolonialismus nicht thematisiert. Einzig das Thema Migration taucht auf, allerdings nur in Bezug auf die Forderung, eine Environmental Justice Commission einzurichten – diese soll unter anderem zu Klimamigration Daten sammeln.

Jahrhunderte zurückreicht und den Kontinent bis heute prägt, zum anderen, weil die Frage nach der Migration und den Rechten von Geflüchteten in Europa in den letzten Jahren eine wichtige politische Rolle gespielt hat. Wie wird unter einem Green New Deal mit Migration konkret umgegangen? Wer hat Zugang zu den in den Jobprogrammen geschaffenen Arbeitsplätzen – und wer nicht? Auf welchen historischen und heutigen Ausbeutungsverhältnissen beruht der Wohlstand der europäischen Länder und wie verhält sich ein Green New Deal hierzu? Nur eine sorgfältige Auseinandersetzung und ein transparenter Umgang mit diesen Fragen kann verhindern, dass Kompromisse in politischen Aushandlungen am Ende erneut auf Kosten derer geschlossen werden, die sich am wenigsten wehren können.

Naomi Klein warnt in *On Fire* nachdrücklich vor einer Form des Öko-Faschismus, wie ihn der Attentäter von Christchurch vertrat. Und in Europa gibt es genug Grund zur Sorge, dass die Zustimmung der weißen Mehrheitsgesellschaft zu ‚grünen‘ Programmen am Ende mit rassistischen Zugeständnissen und Abschottung erkaufte wird – das Modell der schwarz-grünen Regierung in Österreich dürfte hier ähnlichen Bündnissen in anderen Ländern als Vorlage dienen.

GREEN NEW DEALS UND GLOBALE GERECHTIGKEIT



Der Green New Deal ist, wie aus den letzten Abschnitten deutlich wurde, in den meisten Fällen ein Projekt, das auf die Ebene des Nationalstaats, oder, im Fall der EU auf einen Staatenbund abzielt. Und er ist in den meisten Fällen ein Projekt, das in den Industrieländern entwickelt wurde und auf deren spezifische Probleme und Bedürfnisse zugeschnitten ist. Die Verantwortlichkeiten und die Betroffenheit in der Klimakrise unterscheiden sich jedoch stark zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens: Während die Industrieländer für einen Großteil der Emissionen verantwortlich waren und sind, sind die Folgen des Klimawandels schon jetzt für jene Regionen der Erde am gravierendsten, die am wenigsten zu diesem beigetragen haben. Zugleich haben Aktivist*innen aus dem globalen Süden wiederholt darauf hingewiesen, dass der Wohlstand und Reichtum vieler Länder des Nordens zu einem großen Teil auf der jahrhundertelangen Ausbeutung von Menschen und Ressourcen aus dem globalen Süden beruht.

Früh in der Debatte um einen Green New Deal wurde daher Kritik laut, dass ein Green New Deal mit seiner nationalen Ausrichtung eben diese Muster fortzuschreiben und dass die globale Dimension von Verantwortung und Gerechtigkeit in den Programmen weitgehend ausgeblendet würde.⁷⁴ Der Green New Deal, so das Argument, würde nicht nur die Wachstumslogik und die kapitalistischen Strukturen intakt lassen, sondern koloniale und imperialistische Traditionen fortsetzen. Auch für die Produktion von Solarzellen oder Batterien für Elektroautos sind Rohstoffe nötig, über die die Länder des globalen Norden nicht ausreichend verfügen. Wie sie bisher mit militärischer und ökonomischer Macht die Versorgung mit fossilen Rohstoffen sichern, so die Sorge, würden die reichen Industrieländer künftig auf Kosten der Länder des globalen Südens den Zugang zu den Rohstoffen herstellen, die sie für ihre ‚grüne‘ Wirtschaft benötigen. Wenn die Idee auf die falsche Weise umgesetzt werde, warnt der Autor und Wissenschaftler Max Ajl (2018), habe man am Ende „grüne Sozialdemokratie zu Hause mit militarisierten Grenzen auf Meer und Land und jenseits dieser den Abbau von Ressourcen für die saubere Technik im eigenen Land“.

In vieler Hinsicht geht es hier also um ähnliche Fragen, wie sie im letzten Kapitel in Bezug auf Rassismus und Kolonialismus im Land diskutiert wurden. In welchem Verhältnis stehen Green New Deal-Vorschläge zu Kolonialismus und Postkolonialismus, welche Muster setzen sie fort, mit welchen brechen sie? Wer profitiert und auf wessen Kosten?

74 Vgl. etwa Táiwò (2019), Gebrial (2019), Kolinjivadi und Kothari (2020a; 2020b; 2020c).

FAIR SHARE UND GERECHTE PRODUKTIONSKETTEN

Dass die Verantwortung für den Klimawandel ungleich verteilt ist, wird in allen Vorschlägen zum Green New Deal erwähnt. Dennoch spielt die globale Ebene in den meisten Vorschlägen eine untergeordnete Rolle. Vorschläge, wie gewährleistet werden soll, dass der Green New Deal nicht zulasten der Länder im globalen Süden oder einzelnen Gruppen dort geht, beziehen sich häufig auf die Höhe der eigenen Emissionsreduktionen, die bestehenden Institutionen der internationalen Klimapolitik und auf die Lieferketten für Güter, die für den Green New Deal benötigt werden.

Ein Punkt, der in den US-amerikanischen Positionen häufig zu finden ist, ist die Übernahme des *gerechten Anteils* (*fair share*). Die USA, so heißt es auch in der Resolution zum Green New Deal, seien historisch für sehr viel mehr Emissionen verantwortlich als andere Länder und zugleich ein Land mit einer hohen technologischen Kapazität (Ocasio-Cortez 2019). Sie müssten daher ihre Emissionen stärker reduzieren als andere Länder und auch stärker, als es bisherige Vereinbarungen wie das Pariser Abkommen vorsehen.⁷⁵ Auch Sanders (2019d) argumentiert in seinem Wahlprogramm, die USA habe „über ein Jahrhundert lang die Atmosphäre mit Kohlenstoffdioxid verschmutzt, um ihre Wirtschaftsposition in der Welt zu erreichen“ und habe daher die Verantwortung, ihren „gerechten Anteil“ an Emissionsreduktionen zu übernehmen.

70 /

Sanders hatte für den Fall, dass er gewählt worden wäre, deutlich höhere Zahlungen an den Green Climate Fund (GCF) angekündigt. Auch in anderen Green New Deal-Entwürfen finden sich ähnliche Vorschläge, die darauf setzen, Gelder für Klimaschutz und Anpassung über die bestehenden Institutionen der internationalen Klimapolitik in die Länder des globalen Südens zu transferieren. Der Vorschlag für Großbritannien (Green New Deal Group 2008) fordert freien Technologietransfer für die Länder des globalen Südens; der GNDE schlägt die Einrichtung einer „environmental justice commission“ vor, die sicherstellen soll, dass alle Maßnahmen des Green New Deal „im Einklang mit den Dimensionen internationaler, intersektionaler und intergenerationeller Gerechtigkeit“ getroffen

75 Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu berechnen, was ein ‚gerechter‘ Anteil ist, und die Ergebnisse unterscheiden sich stark, je nachdem, ab welchem Zeitpunkt man die Emissionen rechnet, oder wie stark man die Kapazitäten des jeweiligen Landes gewichtet. Am bekanntesten ist der Climate Action Tracker (<https://climateactiontracker.org>), bei dem die Grundlage der Berechnung jedoch nicht offengelegt wird. Sehr differenzierte und transparente Berechnungen eines ‚gerechten Anteils‘ ermöglicht das Tool von EcoEquity und dem Stockholm Environment Institute (<https://calculator.climateequityreference.org>).

werden. Ähnlich plädieren die Autor*innen des Buches *A Planet to Win* (Aronoff et al. 2019) für einen neuen Internationalismus und die Zusammenarbeit mit Initiativen im globalen Süden entlang der Lieferketten, im Sinne von „supply-chain justice“.⁷⁶

Hinzu kommt, dass eine veränderte Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in Ländern wie den USA weitreichende Auswirkungen auf den globalen Süden hätte. Die USA sind weiterhin der wichtigste Akteur und Hauptfinanzier der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Über die Strukturanpassungsprogramme, die Staaten im Gegenzug für Kredite durchführen mussten, haben diese seit den 1980er Jahren Länder des globalen Südens gezwungen, neoliberale Politikmaßnahmen wie Privatisierungen, Kürzungen und Liberalisierung durchzuführen; die EU hat mit Südeuropa dasselbe gemacht und Länder wie Spanien, Italien und Griechenland nach der Eurokrise zu einer harten Austeritätspolitik gezwungen. Eine veränderte Grundhaltung der dominierenden Länder in diesen Institutionen könnte eine andere Politik ermöglichen – oder zumindest verhindern, dass die Wirtschaftskrise, die die Corona-Pandemie auch im globalen Süden ausgelöst hat, für ähnliche Maßnahmen genutzt wird. Zudem hat Sanders in seinem Wahlprogramm angekündigt, im Fall seines Sieges einen großen Teil des Green New Deals durch Kürzungen im Militärbudget zu finanzieren. Die Forderung nach einer Demilitarisierung der USA, im Land wie außerhalb des Landes, ist nicht nur eine wichtige Forderung vieler indigener und schwarzer Gruppen in den USA, sondern auch von Aktivist*innen aus dem globalen Süden.

/ 71

GREEN NEW DEALS IM GLOBALEN SÜDEN

Ein Teil dieser Punkte – etwa die Forderung nach einer weltweiten Demilitarisierung – decken sich mit Forderungen, die von Initiativen aus dem globalen Süden erhoben werden, die dazu aufrufen, den Green New Deal zu dekolonisieren (Táiwò 2019, Kolinjivadi 2019). Ungeachtet der oben genannten Kritik ist die Idee des Green New Deals zugleich auch im globalen Süden und in verschiedenen Schwellenländern aufgenommen worden. So sind Vorschläge und Ideen entstanden für einen *Pacto Ecosocial del Sur* (2020) für die lateinamerikanischen Länder und die Karibik, erste Überlegungen zu einem solchen „Pakt“ für Argentinien (Svampa / Viale 2020), zu Green New Deals in Tunesien (OSAE 2020) und Malaysia

⁷⁶ Weiter geht das kanadische Leap Manifesto (2015), das sich für ein Ende allen Extraktivismus stark macht, ebenso wie die feministischen Beiträge (Feminist Green New Deal 2019), die eine Abkehr von Bergbau, fossilen Brennstoffen und der Agrarindustrie fordern.

(Lim 2020). Auch die Climate Justice Charter aus Südafrika geht in eine ähnliche Richtung (Climate Justice Charter Movement 2020).⁷⁷

Manche Aspekte dieser Vorschläge gleichen denen aus dem Norden, etwa nach dem Ausbau der erneuerbaren Energien, verbunden mit dem Aufbau einer flächendeckenden und kostengünstigen Energieversorgung. Tatsächlich gibt es in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens lange Traditionen starker staatlicher Eingriffe und Infrastrukturprogramme – deren Auswirkungen teils die Lebensbedingungen der Menschen stark verbessert haben, teils jedoch auch verheerende ökologische und soziale Folgen hatten, wie etwa Mega-Staudämme zur Stromerzeugung. Die Vorschläge für Green New Deals sind überwiegend von Graswurzelbewegungen ausgearbeitet worden, die auf diesen Erfahrungen aufbauen und daher klare Grenzen ziehen, welche Form ein Green New Deal *nicht* annehmen dürfte.⁷⁸ So ist indigene Selbstbestimmung eine zentrale Forderung vieler dieser Vorschläge, ebenso die verbindliche Berücksichtigung der Entscheidungshoheit betroffener Gemeinden und ein vollständiger Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Diese Forderungen richten sich dabei sowohl an die Länder des globalen Nordens wie auch an die eigenen Staaten.

72 /

Viele Umweltbewegungen im globalen Süden – wie auch die frühen Environmental Justice Bewegungen in den USA – denken Umweltschutz zudem sehr viel enger zusammen mit *Gesundheit* als dies im Norden der Fall ist; gerade in Zeiten der Corona-Krise lässt sich hiervon lernen und diesen Aspekt auch in Bezug auf den Klimawandel stärker herausarbeiten. Der Vorschlag aus Malaysia weist zudem explizit auf ein Problem hin, dass im Süden weit verbreitet ist, aber auch für den globalen Norden zunehmend eine Rolle spielt: So ist in Malaysia ein Großteil der Arbeitenden im informellen Sektor beschäftigt; bei einem System, das den Zugang zu sozialen Versicherungssystemen an klassische Lohnarbeit knüpft, fällt ein großer Teil der Bevölkerung durch das soziale Netz. Neben der Möglichkeit, durch staatliche Programme neue Jobs zu schaffen, gilt es hier vor allem, die soziale Absicherung von der Lohnarbeit zu entkoppeln – eine Aufgabe, die sich aufgrund der zunehmenden Erosion des klassischen Lohnarbeitsverhältnisses auch im globalen Norden stellt und die angesichts der Tatsache, dass die meisten

77 Die Climate Justice Charter ist in einem sechsjährigen Prozess entstanden, an dem verschiedene soziale Bewegungen beteiligt waren. Sie ist also älter als die Green New Deal-Vorschläge, auch wenn sie ähnliche Themen anreißt.

78 Da an der Ausarbeitung der Feminist Agenda for a Green New Deal viele Gruppen aus dem globalen Süden beteiligt waren, haben sie enge Überschneidungen mit diesen, vgl. hierzu auch Muchhala (2020).

Green New Deals den oder die ‚Arbeiter*in‘ ins Zentrum ihrer Politik stellen, umso dringlicher wirkt.

Eine große Bedeutung kommt in den genannten Vorschlägen aus dem Süden schließlich der Rolle der (kleinbäuerlichen) Landwirtschaft und der Ernährungssouveränität zu, einschließlich Forderungen einer Abkehr von der industriellen Landwirtschaft, freiem Zugang zu Saatgut, Landrechten und Landreformen.⁷⁹ In diesem Punkt sind viele Konzepte aus dem globalen Norden ausbaufähig: Denn auch wenn dort, anders als im globalen Süden, nur noch ein Bruchteil der Menschen in der Landwirtschaft tätig ist, spielt Ernährung eine zentrale Rolle im Alltag aller Menschen, sie ist eng mit Fragen sozialer Gerechtigkeit, mit Infrastruktur, Gesundheit, Genderrollen und Identitäten verbunden. Landwirtschaft und Landnutzung spielen eine prägende Rolle für die Gestaltung städtischer und ländlicher Landschaften, zusammen sind sie für rund 23 Prozent der Treibhausgase weltweit verantwortlich – und spielen zudem eine entscheidende Rolle für die Biodiversität.

Zwar verweisen Publikationen aus dem Umfeld der US-amerikanischen Green New Deals auf Beispiele wie die Victory Gardens, Bürger*innen- und Stadtgärten, über die während des Zweiten Weltkriegs ein relevanter Teil des Bedarfs an Gemüse gedeckt wurde. In den Plänen selbst spielen Vorschläge zum sozialen und ökologischen Umbau des Landwirtschafts- und Ernährungssystems jedoch meist eine untergeordnete Rolle.⁸⁰ Dies ist insbesondere auf der EU-Ebene eklatant, denn der Bereich Landwirtschaft ist einer der wenigen Bereiche, wo die EU tatsächlich direkten und weitreichenden Einfluss auf Praktiken vor Ort hat. Im Rahmen des Green Deal der EU-Kommission wurde im Frühjahr 2020 die „Farm to Fork“-Initiative beschlossen, die über neue Grenzwerte und Vorschriften die Landwirtschaft ökologischer machen soll (Europäische Kommission 2020a). Deren Finanzierung und konkrete Umsetzung ist jedoch weiterhin offen. Ungeachtet der neuen Initiative hat der Rat der Landwirtschaftsminister im Oktober 2020 die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2028 beschlossen. Diese sieht vor, dass weiterhin nur ein Teil

79 Dies gilt etwa für die Vorschläge aus Tunesien, die sich explizit auf ländliche Räume beziehen (OSAE 2020). Viele der Vorschläge in diesem Bereich knüpfen an die Forderungen der Kleinbäuer*innen-Organisation La Via Campesina an, vgl. auch Wilt und Ajl (2020).

80 Im Fall von Sanders Wahlprogramm ist Landwirtschaft aus dem Green New Deal ausgeklammert, wird jedoch in einem eigenen Revitalizing Rural America Plan behandelt, der einen Schwerpunkt auf das Aufbrechen von Monopolen im Bereich Saatgut, Lebensmittelverarbeitung und -vertrieb hat (Sanders 2019c).

der Subventionszahlungen an Umweltschutzaufgaben gebunden sind.⁸¹ Insgesamt bleibt die EU bei ihrer umstrittenen Politik der Flächenprämien, die nicht nur ökologische Schäden anrichtet, sondern auch zu massiver Landkonzentration, der Verdrängung von Kleinbäuer*innen und Landspekulation führt. Auch für den Bereich der Massentierhaltung sind bisher keine Einschränkungen geplant (Busse / Ribbe 2020).

Die Subventionspraktiken in der EU und den USA haben zugleich verheerende Auswirkungen auf den globalen Süden, wo die subventionierten Exporte die Märkte für lokale Kleinbäuer*innen zerstören und die Armut verstärken. Die Landwirtschaft ist damit ein zentrales Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die globalen Auswirkungen nationaler Praktiken mitzudenken – ähnliches gilt für viele Bereiche, unter anderem der Industrie oder der Energieerzeugung. Ob eine wirtschaftliche Abschottung durch Ein- und Ausfuhrzölle und damit eine stärkere Orientierung auf Binnenmärkte, wie es etwa Pettifor (2019) vorschlägt, dies verhindern kann, ist fraglich. Auch wenn eine stärkere Regionalisierung etwa im Bereich der Lebensmittelproduktion auch aus ökologischen Gründen Sinn macht, kann eine Rückkehr zum protektionistischen Nationalstaat angesichts der Klimakrise keine Lösung sein: Denn die Klimakrise ist per se ein *globales* Problem, das sich nur im globalen Rahmen lösen lässt. „There is no such thing as domestic climate policy“, heißt es in der Feminist Agenda für a Green New Deal (2019), es gibt keine nationale Klimapolitik.

74 /

Statt sich in ihre nationalen Grenzen zurückzuziehen, wäre es an den reichen Staaten, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und auf eine globale und gerechte Lösung hinzuarbeiten. Dabei sind eine Reihe von Forderungen zum Nord-Süd-Verhältnis zentral, die in den Vorschlägen aus dem globalen Süden genannt werden, ebenso wie im Rahmen der Forderungen, den Green New Deal zu dekolonisieren.

Dazu gehört erstens die Forderung nach einem weitgehenden *Schuldenerlass*, wie er etwa aus Südamerika gefordert wird (Svampa / Viale 2020). Seit der Schuldenkrise der 1980er Jahre sind Schulden ein prägendes Element im Nord-Süd-Verhältnis, ein Element, das Entwicklung verhindert und die Ungleichheit zwischen Norden und Süden verstärkt. Pläne für einen weitreichenden Schuldenerlass werden derzeit auch im Zusammenhang mit COVID-19 diskutiert,

81 Kritiker*innen argumentieren, dass das nicht reiche, um eine Emissionsminderung im Bereich Landwirtschaft zu erzielen, vgl. etwa die entsprechende Studie des Öko-Instituts (Scheffler / Wiegmann 2020).

unter anderem von der UN-Entwicklungshilfeorganisation UNCTAD (2020) und Bewegungen aus dem Süden (Global Action for Debt Cancellation 2020). Zweitens gehört dazu, wie auch die Feminist Agenda for a Green New Deal fordert, die *Anerkennung von Klimageflüchteten*. Entscheidend für eine gerechte Bearbeitung des Klimawandels wären schließlich drittens die Anerkennung von *Klimaschulden* und die Zahlungen entsprechender Reparationen, analog zu den Reparationen, die indigene und schwarze Gemeinschaften in den USA fordern.

Solche Reparationen mögen noch vor nicht allzu langer Zeit utopisch geklungen haben – tatsächlich hat sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren viel bewegt. Weltweit laufen Klagen aufgrund von Klimaschäden, die von vielen Gerichten inzwischen zugelassen werden. Im Rahmen des UN-Systems werden die Fragen von Klimaschulden seit 2005 im Rahmen des Warschau-Prozesses unter dem Begriff *Loss and Damage* verhandelt, 2015 wurde das Konzept ins Pariser Abkommen aufgenommen.⁸² Auch wenn diese Verhandlungen andauern und Fortschritte hart erkämpft sind, haben diese Entwicklungen dazu geführt, dass die Anerkennung von Klimaschulden – und langfristig die Frage, wie diese ausgeglichen werden können – eine zentrale Forderung von Klimagerechtigkeitsbewegungen aus dem globalen Süden ist: „Das ist einfach eine Grundforderung, die den Ausgangspunkt bilden soll für den Aufbau eines anderen Weltsystems“ (Wilt / Ajl 2020).

/ 75

Der Aufbau eines solchen neuen politischen und wirtschaftlichen Systems, insbesondere in Bezug auf Nord-Süd-Verhältnisse, muss das eigentliche Ziel sein, wenn Schuldenerlass und die Begleichung von Klimaschulden gefordert werden. Es geht nicht darum, Schulden „gütig“ zu erlassen oder weil ihre Rückzahlung ohnehin unwahrscheinlich ist – sondern deutlich zu machen, dass diese Schulden von Beginn an illegitim waren. Und es geht nicht darum, mit einer einmaligen Zahlung frühere Umweltsünden zu reparieren – sondern diese Zahlung mit dem Aufbau eines gerechteren Systems zu verknüpfen, das verhindert, dass die bisherigen Ungleichheiten fortbestehen, und das den Staaten jenseits des Westens den Raum und die Möglichkeit gibt, über ihre Entwicklung selbst zu bestimmen.

82 Vgl. Schumacher 2018.

EIN GLOBALER GREEN NEW DEAL?

Die Notwendigkeit, den Green New Deal über den nationalen Rahmen hinaus und in Zusammenhang mit systemischen Veränderungen zu denken, ist schon deshalb nötig, weil sich auch ein nationaler Green New Deal ohne eine Veränderung der globalen ökonomischen Strukturen – oder zumindest eines veränderten Umgangs mit diesen – nicht umsetzen lässt. Das derzeitige Handels- und Finanzsystem würde die mit dem Green New Deal verbundenen Maßnahmen nicht zulassen oder ihre Effekte unterminieren. Eine höhere Besteuerung von Finanztransaktionen oder Vermögen würde, so die Befürchtung vieler Ökonom*innen, dazu führen, dass Firmen und Vermögende ihr Kapital aus dem entsprechenden Staat abziehen (vgl. etwa Pettifor 2019). Viele der Maßnahmen, die im Rahmen des Green New Deals geplant sind, gelten im Rahmen von geltenden Freihandelsabkommen als Handelshemmnisse oder Verzerrung des Wettbewerbes, für die Investoren Schadensersatz verlangen oder die verantwortlichen Regierungen verklagen können (vgl. auch Tucker 2020). Während sich mächtige Staaten wie die USA möglicherweise über solche Regularien hinwegsetzen oder Zahlungen verweigern könnten, wäre dies für andere Staaten nicht möglich.

76 / Soll eine Green New Deal-Politik tatsächlich Erfolg haben und die weltweiten Emissionen rasch senken, muss die globale Ebene also eine weitaus größere Rolle in den GND-Vorschlägen spielen als es bisher der Fall ist.⁸³ Ein Green New Deal müsste nicht nur sicherstellen, dass er koloniale Muster nicht fortsetzt und erneut einzelne Gruppen und Territorien dem grünen Fortschritt ‚opfert‘, sondern auch auf Änderungen im globalen Handels- und Wirtschaftssystem hinwirken – und Netzwerke kooperierender Staaten und Institutionen aufbauen, die sich solidarisch im Aufbau der jeweiligen Green New Deal-Programme unterstützen.

So plädiert Pettifor (2019) mit Nachdruck für eine Umgestaltung des globalen Finanzsystems – welche sie als Voraussetzung für einen Green New Deal ansieht. Das Wahlprogramm von Sanders und der GNDE enthalten die Forderung, bestehende Freihandelsverträge zu kündigen oder neu zu verhandeln. Konkrete Vorschläge, wie dies umgesetzt werden und welche Formen der Kooperation

83 So herrscht etwa bezüglich der Rolle Chinas bei allen Green New Deal-Vorschlägen schlichtweg Schweigen – an keiner Stelle wird thematisiert, wie ein Green New Deal mit dem Land mit den inzwischen höchsten Emissionen umzugehen gedenkt. Im September 2020 hat China angekündigt, noch vor 2060 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung von Ländern weltweit mit der Volksrepublik und der Tatsache, dass China in vielen Bereichen – etwa der Batterie- oder Solarproduktion – eine führende Rolle spielt, wäre es für die Green New Deal-Vorschläge essentiell zu klären, auf welche Weise hier mit China umgegangen bzw. kooperiert werden kann oder soll.

und des Handels dann an deren Stelle treten sollten, stehen hier noch aus. Dass internationale Handelspolitik und -institutionen jedoch mächtige Werkzeuge sind, die sowohl genutzt werden können, um Klimaschutz und eine sozialere Politik zu verhindern oder, umgekehrt, zu ermöglichen und daher ein zentraler Schauplatz richtungsweisender Kämpfe sein müssen, steht außer Frage.

Schon 2008 gab es nach den ersten Vorschlägen für Green New Deals daneben Rufe nach einem *Global Green New Deal*. Angesichts der Corona-Krise, die alle Staaten weltweit betrifft und die gesamte Weltwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt hat, haben prominente Befürworter*innen diesen Aufruf erneuert (The Leap / War on Want 2020). Die konkreten Ideen sind jedoch bisher spärlich. Vereinzelt wird im Rahmen von nationalen Green New Deals zusätzlich ein *Marshall-Plan* für die Länder des globalen Südens gefordert, der diesen helfen soll, ihre Wirtschaften klimafreundlich umzubauen, analog zum Marshall-Plan, mit dem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau Westeuropas förderten. Der UNEP-Report zum *Global Green New Deal* forderte 2009, einen größeren Anteil der Rettungspakete nach der Finanz- und Wirtschaftskrise für ökologische Maßnahmen auszugeben, Emissionshandelssysteme und Märkte für Ökosystemdienstleistungen aufzubauen; die Koordination dieses ‚Global Green New Deals‘ sollte die informelle Gruppe der 20 (G20) übernehmen (UNEP 2009). Der Think-Tank People’s Policy Project fordert einen Global Green New Deal, in dessen Rahmen die USA und andere OECD-Länder hohe Summen über den Green Climate Fund an die Länder des globalen Südens zahlen (Fawcett 2019). Diese beiden Vorschläge konzentrieren sich jedoch auf ökologische Aspekte und sind einer (neo-)liberalen Wirtschaftspolitik verhaftet, Aspekte größerer sozialer Gerechtigkeit oder einer Reform des internationalen Wirtschaftssystems fehlen ihnen.

/ 77

Welche Formen einer globalen Kooperation im Rahmen eines tatsächlichen Green New Deals, der über solche Ansätze der Green Economy hinausgeht, sind denkbar?

Zum einen besteht die Möglichkeit, die *bisherigen Institutionen* der Klimapolitik aus- oder umzubauen. Viele der oben genannten Green New Deal Vorschläge etwa schlagen vor, im Rahmen eines Globalen Green New Deal höhere Summen an den Green Climate Fund zu zahlen, der diese dann an Länder des globalen Südens verteilen soll. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass er auf bestehenden Institutionen aufbauen und an laufende Debatten anknüpfen kann, und dass die UN-Institutionen über ein hohes Maß an Anerkennung verfügen. Er hat den Nachteil, dass die Prozesse oft bürokratisch und langwierig sind, und dass Institutionen

wie der Green Climate Fund (GCF), der eng mit der Weltbank zusammenarbeitet, in ihrer jetzigen Form wenig Handlungsspielraum haben und kaum zu einer Veränderung des Status Quo beitragen können. Einen tatsächlich globalen Plan über diese Institutionen durchzusetzen, würde schon daran scheitern, dass es keine Instanz gibt, die einen solchen durchsetzen und dessen Einhaltung überwachen könnte.

Die zweite, realistischere Möglichkeit schlägt etwa Pettifor (2019) vor: Die solidarische Kooperation verschiedener Staaten, Staatenbünde und Regionen mit ähnlichen Zielen, die sich gegenseitig bei der Umsetzung ihrer Green New Deals unterstützen und zugleich anerkennen, dass diese, je nach den jeweiligen Bedürfnissen und Besonderheiten, unterschiedliche Formen annehmen könnten. Yanis Varoufakis und David Adler (Varoufakis / Adler 2019) schlagen in einem Beitrag für den Guardian vor, diese Form der Kooperation als „International Green New Deal“ zu formalisieren, zum Beispiel über den Aufbau einer Institution wie der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC), über die im Rahmen des Marshallplans nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau in Westeuropa finanziert und koordiniert wurde. In Anlehnung an diese schlagen sie die Gründung einer neuen Institution vor – beispielhaft unter dem Namen Organisation for Emergency Environmental Cooperation (ebenfalls OEEC) – die, finanziert über Steuern und die Ausgabe grüner Anleihen, den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft in den beteiligten Ländern organisieren soll.⁸⁴

78 /

Eine tatsächlich solidarische Zusammenarbeit im Rahmen eines globalen Green New Deals müsste aber auch über diesen nationalen Rahmen in der Kooperation hinausgehen und weitere direkte Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen ermöglichen, sei es über Partnerstädte, kooperierende Regionen, Möglichkeiten des direkten Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Projekten, und Personen und Gruppen aus verschiedenen Teilen der Welt. Welche Formen eine solche Zusammenarbeit annehmen könnte, und ob und wie sie im Rahmen eines Green New Deals institutionalisiert werden könnte, dazu stehen weitere Vorschläge noch aus.

84 Als Gründe für die internationale Reichweite des Green New Deals nennen Varoufakis und Adler (2019) drei Gründe: Die Tatsache, dass erneuerbare Energien nur ausreichend Strom bereitstellen können, wenn dieser über den nationalen Rahmen hinaus ausgetauscht wird; die Notwendigkeit gemeinsamer, öffentlich finanzierter und frei zugänglicher Forschung und die Verpflichtung zu Reparationen für die Schäden, die insbesondere in Ländern des globalen Südens angerichtet wurden, etwa in Form der Aufnahme von Klimageflüchteten oder der Bereitstellung von Ressourcen für Länder des globalen Südens zur Anpassung an den Klimawandel.

ABSCHLIESSENDE DISKUSSION



Die Idee eines Green New Deals ist, wie gezeigt wurde, zunächst als mögliche Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 formuliert worden, und sie wurde zehn Jahre weiterentwickelt, als die weltweiten Klimabewegungen deutlich machten, dass eine konsistente Antwort auf die Klimakrise weiterhin aussteht. Das politische Projekt eines Green New Deals hat dabei insbesondere in den USA rasch an Schwung gewonnen, und das Jahr 2019 war weithin von Euphorie geprägt. Mit Bernie Sanders schien ein Kandidat für die Präsidentschaftswahl 2020 gefunden, der die ehrgeizigen Pläne für den Klimaschutz in den USA umzusetzen versprach. In Großbritannien beschloss die Labour-Partei, 10 Jahre nach den ersten Vorschlägen für einen solchen, mit dem Vorschlag für einen sozialistischen Green Deal in den Wahlkampf zu ziehen. Inspiriert durch die Erfolge in den USA entstanden weltweit Vorschläge für ähnliche Programme. Das Video, das damals den Green New Deal in den USA künstlerisch begleitete, zeigte eine rosige grüne Zukunft (Crabapple 2019). Eine gealterte Abgeordnete Ocasio-Cortez fährt in einem sauberen Schnellzug durch ein grünes Amerika, mit Windrädern, Solarzellen und einer umfassenden sozialen Absicherung. Im Rückblick erzählt sie die Geschichte des sozial-ökologischen Umbaus der USA: Ein Wahlsieg, der Beschluss eines Green New Deals, eine Bevölkerung, die das Programm mitträgt, die reibungslose Umsetzung durch die politischen Institutionen.

80 /

Heute, ein Jahr und einen Pandemiebeginn später, sieht die Welt anders aus. Sanders musste im April 2020 seine Niederlage in den Vorwahlen einräumen. Der Präsidentschaftskandidat der Demokrat*innen, Joe Biden, hat ihn in sein Team geholt, sich jedoch schon bei der ersten TV-Debatte im Oktober von einem weitreichenden Green New Deal distanziert. Nachdem er die Wahl im November gewonnen hatte, kündigte er Klimamaßnahmen an, die gegenüber der Politik seines Vorgängers innovativ erscheinen – inwieweit sie die innovativen und sozialen Aspekte der Green New Deal-Vorschläge aufnehmen, bleibt indes unklar. In Großbritannien dominierte der Ausstieg Großbritanniens aus der EU den Wahlkampf, Labour verlor und Labour-Chef Jeremy Corbyn musste zurücktreten. In der Europäischen Union hat die neue Kommissionspräsidentin Ende 2019 das Feld mit ihrem eigenen Projekt eines “Green Deal” besetzt, das die neoliberale Klimapolitik der letzten Jahrzehnte fortsetzt und es zugleich anderen Akteuren erschwert, sich mit einem alternativen Green New Deal zu positionieren. Ein guter Plan und eine Reihe von progressiven Politiker*innen, die ihn unterstützen – das, mussten die Aktivist*innen in den USA und anderswo schmerzhaft lernen, ist allein nicht genug, um die neoliberale Wirtschafts- und Krisenpolitik mit einem Schlag zu beenden. Der Green New Deal und die Vorschläge, die um ihn entstanden sind,

sind nicht das Ende, sondern nur ein Schritt in den langwierigen und komplexen Kämpfen für ein Ende des neoliberalen, und vielleicht eines Tages des kapitalistischen Systems.

Und sie sind, trotz den Rückschlägen, ein großer Schritt. Auch wenn weder Sanders noch Corbyn die Wahlen gewonnen haben, waren die Vorschläge, die sie vorgelegt haben, weit progressiver als alles, was in den letzten zwanzig Jahren möglich erschien; sie zeigen, wie weit die Bewegungen die Politik verschoben haben. Der Neoliberalismus steckt seit über einem Jahrzehnt in einer tiefen Krise, er ist tot als Konzept und Versprechen, lebt aber in den geschaffenen Strukturen weiter. Die Corona-Pandemie hat diesen Widerspruch weiter verschärft. Schon vor der Krise haben Umfragen gezeigt, wie groß die Zustimmung zu einem Green New Deal in den Bevölkerungen ist – und dass diese weit über die jeweiligen Wählerschaften der linken Parteien hinausreicht. Über das Projekt eines Green New Deals ist es gelungen, neue und breite Koalitionen zu schmieden, in denen verschiedene Gruppen und Strömungen von der radikalen Linken, Feminist*innen und Umweltschützer*innen bis hin zu Parteipolitiker*innen zusammenarbeiten und ihre spezifischen Aspekte einbringen. Nicht zuletzt hat der Green New Deal die diffusen Forderungen nach einer anderen Politik in konkrete Forderungen und Programme überführt, mit all der Widersprüchlichkeit, die das mit sich bringt – und er hat, das ist vielleicht das Wichtigste, die Hoffnung geschaffen, dass der Übergang zu anderen Formen des Lebens möglich und machbar ist.

/ 81

Daraus lässt sich viel mitnehmen, und aus den intensiven Debatten, die die bisherigen Green New Deal-Vorschläge begleitet und weiterentwickelt haben, lassen sich wichtige Erfahrungen für die Ausarbeitung und Umsetzung ähnlicher Programme ziehen. Etwa, dass ein solches Programm flexibel und pragmatisch genug sein muss, um auf sich verändernde Bedürfnisse und unvorhersehbare Ereignisse reagieren zu können. Dass es mehr als eine Ebene umfassen und Mechanismen enthalten muss, die einer zu großen Stärkung der nationalstaatlichen Ebene und damit der Gefahr von Missbrauch und autoritärer Politik vorbeugen. Dass die Finanzierung und die Frage, wer das Programm bezahlt, wesentlich darüber entscheiden, inwieweit das Projekt tatsächlich den Zweck erfüllt, Gesellschaften wieder gleicher und gerechter zu machen. Dass sich das Projekt nicht eins zu eins auf andere Länder übertragen lässt, sondern an die jeweiligen politischen und ökonomischen Gegebenheiten einer Region und eines Landes angepasst werden muss: Forderungen aus den USA wie nach einer allgemeinen Krankenversicherung machen in Europa keinen Sinn, umgekehrt erfordert

die spezielle politische Struktur der EU andere Vorschläge für Finanzierung und Umsetzung als dasselbe Projekt in einem Nationalstaat. Während es in den USA umgekehrt eine lange Tradition im Bereich *Environmental Justice* Bewegungen für Umweltgerechtigkeit gibt, die Fragen sozialer Gerechtigkeit und Rassismus mit Umweltproblemen zusammenbringen, ist etwa in Deutschland Umweltschutz lange ein Thema gebildeter und gutverdienender Schichten gewesen, was sich auch in der Parteienlandschaft widerspiegelt und für den Aufbau von politischen Koalitionen andere Herausforderungen bedeutet.

Es lässt sich schließlich lernen, welche Fallen früherer Programme es zu vermeiden gilt, wenn der Green New Deal als emanzipatorisches Projekt verstanden wird: Ein linker Green New Deal darf nicht unkritisch auf Wirtschaftswachstum und technische Lösungen setzen, sondern muss auf ein Wirtschaften hinarbeiten, das dauerhaft ökologisch tragbar und sozial gerecht ist; er muss Care-Arbeit und die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellen, nicht nur auf dem Papier, sondern in Form konkreter Politikmaßnahmen; er muss über die Orientierung an der Figur des oder der Arbeiter*in, die derzeit viele Green New Deal-Vorschläge prägt, hinausgehen. Er darf sich nicht einseitig auf Klimaschutz konzentrieren, sondern muss die Komplexität der verschiedenen ökologischen Krisen ernst nehmen und nach umfassenden Lösungen suchen; er muss sensibel dafür sein, bestehende und historische Ungerechtigkeiten nicht zu reproduzieren, sondern zu bearbeiten und wiedergutzumachen. Ein Green New Deal, der Erfolg haben will, darf schließlich nicht an den Grenzen eines Landes haltmachen, er muss, auch wenn er für ein Land konzipiert ist, ein Projekt sein, das der globalen Dimension der sozialen und der ökologischen Krise gerecht wird und den Umbau bestehender und den Aufbau neuer Institutionen über solidarische Kooperationen auf verschiedenen Ebenen auf globale Gerechtigkeit und den Schutz des Planeten als Ganzes abzielt.

82 /

Diese Lehren und Erfahrungen aus den bisherigen Green New Deal-Mobilisierungen sind wertvoll, wenn Verteilungskämpfe in den kommenden Jahren angesichts der schweren Wirtschaftskrise, in die die Welt derzeit rutscht, zunehmen und Regierungen neue Rettungspakete vorschlagen und auflegen, um dieser zu begegnen. Die bisherigen Green New Deal-Entwürfe bieten daneben eine Fülle von Ideen, einen Werkzeugkasten von Maßnahmen, um eigene Vorschläge in diese Debatten einzubringen.

Ideen und politische Projekte brauchen Zeit zu reifen – ob für sie eines Tages der Zeitpunkt der Umsetzung kommt, oder ob sie nur als ‚Möglichkeit‘ eine Wirkung entfalten, lässt sich nicht vorhersehen. Die Künstler*innen, die 2019 das Video zum Green New Deal gestaltet haben, haben im Oktober 2020 ein zweites Video veröffentlicht. Auch wenn es im Stil dem ersten ähnelt, und auch wenn es wie das erste eine Geschichte aus der Zukunft erzählt, so ist diese Geschichte doch dieses Mal eine ganz andere. Nicht mehr die Geschichte des Green New Deals, sondern die Geschichte der „years of repair“ (Crabapple / Tometi / Lewis 2020). Eine Geschichte, die mehr Protagonist*innen und Autor*innen hat, nicht mehr nur aus den USA, sondern aus verschiedenen Teilen der Welt. Keine Politiker*innen, sondern einfache Menschen, Arbeiter*innen, indigene Gemeinschaften, Graswurzelbewegungen. Sie kämpfen nicht für einen Green New Deal, nicht für einen abgeschlossenen Plan, sondern führen eine Vielzahl an Kämpfen: gegen neoliberale Ausbeutung und ökologische Schäden, für das Ende des Gefängnissystems und ein Gesundheitssystem für alle, für Reparationen für erlittenes Unrecht in verschiedenen Teilen der Welt. Es ist nicht, wie beim ersten Video, die Geschichte eines glatten Erfolges, es gibt mehr Kämpfe, Rückschläge, Tote, Widerstand von den Mächtigen und jenen, die durch diese Politik etwas zu verlieren haben.

Eine Geschichte, die sehr viel widersprüchlicher, weniger hoffnungsvoll als die erste ist. Und vermutlich sehr viel realistischer. Und die den Green New Deal als das einordnet, was er auf lange Sicht ist: Nicht die Lösung aller Probleme, sondern ein Puzzle-Stück in den langen und vielfältigen Kämpfen für eine bessere Welt.

LITERATUR- VERZEICHNIS



Aden, Nate (2016): The Roads to Decoupling: 21 Countries Are Reducing Carbon Emissions While Growing GDP. World Resources Institute. Online verfügbar unter: www.wri.org/blog/2016/04/roads-decoupling-21-countries-are-reducing-carbon-emissions-while-growing-gdp (15.02.2021).

Ajl, Max (2018): Beyond the Green New Deal. In: The Brooklyn Rail, November 2018. Online verfügbar unter: <https://brooklynrail.org/2018/11/field-notes/Beyond-the-Green-New-Deal> (15.02.2021).

Aronoff, Kate (2020): A Moderate Proposal: Nationalize the Fossil Fuel Industry. In: Democracy Collaborative, 17.03.2020. Online verfügbar unter: <https://democracycollaborative.org/learn/publication/moderate-proposal-nationalize-fossil-fuel-industry> (15.02.2021).

Aronoff, Kate / Battistoni, Alyssa / Cohen, Daniel Aldana / Riofrancos, Thea (2019): A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London: Verso.

Barbier, Edward B. (2009): Rethinking the Economic Recovery: A Global Green New Deal. Report prepared for the Economics and Trade Branch, Division of Technology, Industry and Economics, United Nations Environment Programme. Hg. v. UNEP. Online verfügbar unter: www.cbd.int/development/doc/UNEP-global-green-new-deal.pdf (15.02.2021).

Barca, Stefania (2020): Within and beyond the pandemic: Demanding a Care Income and a feminist Green New Deal for Europe. In: Undisciplined Environments, 07.04.2020. Online verfügbar unter: <https://undisciplinedenvironments.org/2020/04/07/within-and-beyond-the-pandemic-demanding-a-care-income-and-a-feminist-green-new-deal-for-europe> (15.02.2021).

Battistoni, Alyssa (2017): Living, not just surviving. In: Jacobin, 15.08.2017. Online verfügbar unter: <https://jacobinmag.com/2017/08/living-not-just-surviving> (15.02.2021).

Bhattacharya, Tithi (2019): Three Ways a Green New Deal Can Promote Life Over Capital. In: Jacobin, 10.06.2019. Online verfügbar unter: www.jacobinmag.com/2019/06/green-new-deal-social-care-work (15.02.2021).

BIOS (2019): Ecological Reconstruction. Online verfügbar unter: <https://eco.bios.fi> (15.02.2021).

BMWi (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Online verfügbar unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/kohleausstieg-und-strukturwandel.html (15.02.2021).

Bond, Patrick / Schumacher, Juliane (2019): „Der Klimaterror muss blockiert werden“. Interview mit Patrick Bond über den Zyklon Idai, Anti-Kohle-Kämpfe in Südafrika und die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit. In: *analyse & kritik*, April 2019 (648), 26–27.

Bose, Sophie / Dörre, Klaus / Köster, Jakob / Lütten, John (2020): Nach der Kohle II. Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin (Studien, 12/2020). Online verfügbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_12-20_Nach_der_Kohle2.pdf (15.02.2021).

Brice-Saddler, Michael (2019): PG&E power lines to blame for California’s deadliest wildfire ever, officials say. In: *The Washington Post*, 15.05.2019. Online verfügbar unter: www.washingtonpost.com/nation/2019/05/15/camp-fire-caused-by-electrical-lines-owned-operated-by-pge-authorities-say/?arc404=true (15.02.2021).

Burke, Paul J. / Shahiduzzaman, Md / Stern, David I. (2015): Carbon Dioxide Emissions in the Short Run. The Rate and Sources of Economic Growth Matter. CAMA Working Paper No. 12/2015. In: *SSRN Journal*. DOI: 10.2139/ssrn.2597902.

86 /

Busse, Tanja / Ribbe, Lutz (2020): „Der Green Deal ist bloße Ankündigung“. In: *der Freitag*, 2020 (26). Online verfügbar unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-green-deal-ist-blosse-ankuendigung (15.02.2021).

C40 Cities (2019): The Global Green New Deal. Online verfügbar unter: www.c40.org/other/the-global-green-new-deal (15.02.2021).

Cames, Martin / Harthan, Ralph O. / Füssler, Jürg / Lazarus, Michael / Lee, Carrie M. / Erickson, Pete / Spalding-Fecher, Randall (2016): How additional is the Clean Development Mechanism? Analysis of the application of current tools and proposed alternatives. Hg. v. Öko-Institut. Online verfügbar unter: www.infras.ch/media/filer_public/11/0f/110fae5f-d1ff-4e8f-9f97-f83a34c86dd1/clean_dev_mechanism_en.pdf (15.02.2021).

Capellán-Pérez, Iñigo / de Castro, Carlos / Arto, Iñaki (2017): Assessing vulnerabilities and limits in the transition to renewable energies. Land requirements under 100% solar energy scenarios. In: Renewable and Sustainable Energy Reviews 77, 760–782. DOI: 10.1016/j.rser.2017.03.137.

Casey, Tina (2018): Unpacking All The Bad News About Renewable Energy & Energy Storage. In: CleanTechnica, 30.04.2018. Online verfügbar unter: <https://cleantechnica.com/2018/04/30/unpacking-all-the-bad-news-about-renewable-energy-energy-storage> (15.02.2021).

De Castro, Carlos / Mediavilla, Margarita / Miguel, Luis Javier / Frechoso, Fernando (2013): Global solar electric potential. A review of their technical and sustainable limits. In: Renewable and Sustainable Energy Reviews 28, 824–835. DOI: 10.1016/j.rser.2013.08.040.

CBS News (2009): Ben Bernanke’s greatest challenge. 60 Minutes. Online verfügbar unter: www.cbsnews.com/news/ben-bernanke-greatest-challenge/2 (15.02.2021).

Chancel, Lucas / Piketty, Thomas (2015): Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an equitable adaptation fund. Paris School of Economics.

City of Los Angeles (2019): L.A.’s Green New Deal. Sustainability Plan. Mayor Eric Garcetti. Online verfügbar unter: <https://plan.lamayor.org/> (15.02.2021).

/ 87

Climate Action Lab (2019): A People’s Climate Action Plan for New York. New York. Online verfügbar unter: www.centerforthehumanities.org/programming/a-peoples-climate-action-plan-for-new-york-1 (15.02.2021).

Climate Justice Charter Movement (2020): Climate Justice Charter. Co-operative and Policy Alternative Center (COPAC) / South African Food Sovereignty Campaign (SAFSC). Online verfügbar unter: www.safsc.org.za/wp-content/uploads/2020/08/Final-Climate-Justice-Charter_EN_August2020.pdf (15.02.2021).

Climate President (2020): The #climatepresident action plan: 10 steps for the next administration’s first 10 days. Center for Biological Diversity (CBD) / 350.org / Friends of the Earth (FOE) et al. Online verfügbar unter: www.climatepresident.org/ (15.02.2021).

Coates, Ta-Nahisi (2014): The Case for Reparations. In: The Atlantic, Juni 2014. Online verfügbar unter: www.theatlantic.com/magazine/archive/2014/06/the-case-for-reparations/361631 (15.02.2021).

Cohen, Daniel Aldana / Fleming, Billy / McDonald, Kira / Noisecat, Julian Brave / Graetz, Nick / Lample, Katie / Lillehei, Xan / Paul, Mark / Bahanda, Anunya (2019): A Green New Deal for American Public Housing Communities. Hg. v. Data for Progress. Washington DC / Philadelphia (Penn.), SC² & McHarg Center for Urbanism and Ecology. Online verfügbar unter: www.filesforprogress.org/reports/green-new-deal-public-housing-national.pdf (15.02.2021).

Coleman, Aron Ross (2019): How Black Lives Matter to the Green New Deal. In: The Nation, 14.03.2019. Online verfügbar unter: www.thenation.com/article/archive/reparations-green-new-deal-aoc (15.02.2021).

Common Wealth (2020): Green New Deal City of 2030. Online verfügbar unter: www.common-wealth.co.uk/interactive-digital-projects/green-new-deal-city (15.02.2021).

Cooke, Samuel (2019): Will A Green New Deal Save the Climate, or Save Capitalism? In: Counterpunch, 08.05.2019. Online verfügbar unter: www.counterpunch.org/2019/05/08/will-a-green-new-deal-save-the-climate-or-save-capitalism (15.02.2021).

88 /

Counter Balance (2020): The EU Climate Bank – Greenwashing or a banking revolution? Hg. v. Counter Balance. Online verfügbar unter: <https://counter-balance.org/uploads/files/Reports/Flagship-Reports-Files/2020-EU-Climate-Bank-Report.pdf> (15.02.2021).

Crabapple, Molly (2019): A Message From the Future with Alexandria Ocasio-Cortez. In: The Intercept, 17.04.2019. Online verfügbar unter: <https://theintercept.com/2019/04/17/green-new-deal-short-film-alexandria-ocasio-cortez> (15.02.2021).

Crabapple, Molly / Tometi, Opal / Lewis, Avi (2020): A Message From the Future II: The Years of Repair. In: The Intercept, 01.10.2020. Online verfügbar unter: <https://theintercept.com/2020/10/01/naomi-klein-message-from-future-covid> (15.02.2021).

Dale, Gareth (2019): Degrowth and the Green New Deal. In: The Ecologist, 28.10.2019. Online verfügbar unter: <https://theecologist.org/2019/oct/28/degrowth-and-green-new-deal> (15.02.2021).

D'Alisa, Giacomo / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos (Hg.) (2016): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära. München: Oekom-Verlag. Online verfügbar unter: https://drive.google.com/open?id=1fgXNBy_ga67PTJfFbgB6LRGMOMnj8byH (15.02.2021).

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament (2011): Der Green New Deal im Europäischen Parlament. Brüssel. Online verfügbar unter: https://issuu.com/buetikofer/docs/green_new_deal_brochure_de (15.02.2021).

Estes, Nick (2019): A Red Deal. In: Jacobin, 08.06.2019. Online verfügbar unter: www.jacobinmag.com/2019/08/red-deal-green-new-deal-ecosocialism-decolonization-indigenous-resistance-environment (15.02.2021).

Europäische Kommission (2019): Ein europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (15.02.2021).

Europäische Kommission (2020a): Farm to Fork Strategy. For a fair, healthy and environmentally-friendly food system. Brüssel. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf (15.02.2021).

Europäische Kommission (2020b): European Green Deal Call. Online verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/news/european-green-deal-call> (15.02.2021).

Fawcett, Jacob (2019): The Global Green New Deal. People's Policy Project. Online verfügbar unter: www.peoplespolicyproject.org/wp-content/uploads/2019/06/GlobalGreenNewDeal.pdf (15.02.2021).

Felkerson, James (2011): \$29,000,000,000,000: A Detailed Look at the Fed's Bailout by Funding Facility. Levy Economics Institute of Bard College.

Feminist Green New Deal (2019): A Feminist Agenda for a Green New Deal. Online verfügbar unter: <http://feministgreennewdeal.com/wp-content/uploads/2019/09/Feminist-GND-Kickstart-note-Final-Draft-9.20.2019.pdf> (15.02.2021).

Ford, Glen (2019): The Black Stake in the Green New Deal. In: Black Agenda Report, 07.03.2019. Online verfügbar unter: <https://blackagendareport.com/black-stake-green-new-deal> (15.02.2021).

French, Hilary / Renner, Michael / Gardner, Gary (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen. Strategiepapier von Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin. Online verfügbar unter: www.boell.de/sites/default/files/green_new_deal_oeko_band3.pdf (15.02.2021).

Friedman, Thomas L. (2007): A Warning From the Garden. In: The New York Times, 19.01.2007. Online verfügbar unter: www.nytimes.com/2007/01/19/opinion/19friedman.html?module=inline (15.02.2021).

Gebrial, Dalia (2019): As the left wakes up to climate injustice, we must not fall into 'green colonialism'. In: The Guardian, 08.05.2019. Online verfügbar unter: www.theguardian.com/commentisfree/2019/may/08/left-climate-injustice-green-new-deal (15.02.2021).

Gerechte1komma5 (2020): Der Klimaplan von unten. Online verfügbar unter: https://klimaplanvonunten.de/pdf/KlimaplanVonUnten_Auflage_1.pdf (15.02.2021).

90 /

GermanZero (2020): Der 1,5-Grad-Klimaplan für Deutschland. Gemeinsamer Aufbruch gegen die Klimakrise. 2. Aufl. Online verfügbar unter: www.german-zero.de/klimaplan (15.02.2021).

Global Action for Debt Cancellation (2020): AMIDST COVID AND CRISES: Peoples' Challenge to the Finance in Common Summit. Online verfügbar unter: www.debtgwa.net (15.02.2021).

Global Women's Strike (2020): Open letter to governments – a Care Income now! Online verfügbar unter: <https://globalwomenstrike.net/careincomenow> (15.02.2021).

GNDE (2019): A Blueprint for Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe. Online verfügbar unter: <https://report.gndforeurope.com> (15.02.2021).

Goh, Kian (2020): Planning the Green New Deal. Climate Justice and the Politics of Sites and Scales. In: Journal of the American Planning Association 86(2), 188–195. DOI: 10.1080/01944363.2019.1688671.

Golshan, Tara (2020): Will We Ever Live In Bernie Sanders' America? In: The Huffington Post, 08.04.2020. Online verfügbar unter: www.huffpost.com/entry/bernie-sanders-drops-out-policy_n_5e8e11ffc5b6091d88c85e5c?guccounter=1 (15.02.2021).

Gowan, Peter (2018): A Plan to Nationalize Fossil-Fuel Companies. In: Jacobin, 26.03.2018. Online verfügbar unter: www.jacobinmag.com/2018/03/nationalize-fossil-fuel-companies-climate-change (15.02.2021).

Grabietz, Katharina (2020): Radikaler Klimaschutz funktioniert nicht ohne die Klasse. In: analyse & kritik, 18.08.2020 (ak 662), 20. Online verfügbar unter: www.akweb.de/bewegung/radikaler-klimaschutz-funktioniert-nicht-ohne-die-klasse (15.02.2021).

GUE/NGL (2019): Towards a Green & Social New Deal for Europe. Hg. v. European United Left/Nordic Green Left. Brüssel. Online verfügbar unter: www.guengl.eu/content/uploads/2019/12/New-Deal-for-Europe_FINAL.pdf (15.02.2021).

Gilmartin, Eoghan / Greene, Tammy (2019): Podemos's Green New Deal. An Interview with Txema Guijarro. In: Jacobin, 28.04.2019. Online verfügbar unter: www.jacobinmag.com/2019/04/podemos-green-new-deal-pablo-iglesias (15.02.2021).

Green New Deal Group: Elliott, Larry / Hines, Colin / Juniper, Tony / Leggett, Jeremy / Lucas, Caroline / Murphy, Richard / Pettifor, Ann / Secrett, Charles / Simms, Andrew (2008): A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices. Hg. v. Green New Deal Group, by New Economics Foundation. Online verfügbar unter: https://neweconomics.org/uploads/files/8f737ea195fe56db2f_xbm6ihwb1.pdf (15.02.2021).

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. 1. Aufl. Zürich: Rotpunktverl.

Hilbrandt, Hanna (2020): Green New City. Metropolen weltweit starten Klimaschutzinitiativen – wie aussichtsreich ist das? In: analyse & kritik (ak 656), 6.

Hughes, Sara (2019): Learning from Cities for the Green New Deal. In: Public Administration Review. Online verfügbar unter: www.publicadministrationreview.com/2019/07/16/gndhughes (15.02.2021).

Indigenous Environmental Network (2019): Talking Points on the AOC-Markey Green New Deal (GND) Resolution. Online verfügbar unter: www.ienearth.org/green-new-deal (15.02.2021).

IPCC (2014): Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Unter Mitarbeit von Pachauri, R. K. / Meyer, L. A. Genf. Online verfügbar unter: www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf (15.02.2021).

IPCC (2018a): Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate. Unter Mitarbeit von: H.O. Pörtner / D.C. Roberts / V. Masson-Delmotte / P. Zhai / M. Tignor / E. Poloczanska / K. Mintenbeck / A. Alegria / M. Nicolai / A. Okem / J. Petzold / B. Rama / N.M. Weyer.

IPCC (2018): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: 1,5°C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. Unter Mitarbeit von Masson-Delmotte, V. / Zhai, P. / Pörtner, H.-O. / Roberts, D. / Skea, J. / Shukla, P. R. / Pirani, A. / Moufouma-Okia, W. / Péan, C. / Pidcock, R. / Connors, S. / Matthews, J. B. R. / Chen, Y. / Zhou, X. / Gomis, M. I. / Lonnoy, E. / Maycock, T. / Tignor, M. / Waterfeld, T. (Hrsg.). Bonn, Dessau-Roßlau & Bern: Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle; Umweltbundesamt GmbH; ProClim, Akademie der Naturwissenschaften Schweiz. Online verfügbar unter: www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2020/07/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf (15.02.2021).

Jordana, Rufus (2019): False hopes for a Green New Deal. In: openDemocracy, 29.08.2019. Online verfügbar unter: www.opendemocracy.net/en/oureconomy/false-hopes-green-new-deal (15.02.2021).

Kallis, Giorgos (2018): Degrowth. New York: Agenda.

Kallis, Giorgos (2019): A Green New Deal must not be tied to economic growth. In: Truthout, 10.03.2019. Online verfügbar unter: <https://truthout.org/articles/a-green-new-deal-must-not-be-tied-to-economic-growth> (15.02.2021).

Kenner, Dario (2019): The inequality of overconsumption: The ecological footprint of the richest. Online verfügbar unter: <http://whygreeneconomy.org/inequality-of-overconsumption> (15.02.2021).

Klein, Naomi (2019): On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal. London: Allen Lane.

Kolinjivadi, Vijay (2019): Why a 'Green New Deal' must be decolonial. In: Al Jazeera, 07.12.2019. Online verfügbar unter: www.aljazeera.com/opinions/2019/12/7/why-a-green-new-deal-must-be-decolonial (15.02.2021).

Kolinjivadi, Vijay / Kothari, Ashish (2020a): No Harm Here is Still Harm There: The Green New Deal and the Global South (I). In: Jamhooor, 20.05.2020. Online verfügbar unter: www.jamhooor.org/read/2020/5/20/no-harm-here-is-still-harm-there-looking-at-the-green-new-deal-from-the-global-south (15.02.2021).

Kolinjivadi, Vijay / Kothari, Ashish (2020b): No Harm Here is Still Harm There: The Green New Deal and the Global South (II). In: Jamhooor, 21.05.2020. Online verfügbar unter: www.jamhooor.org/read/2020/5/21/no-harm-here-is-still-harm-there-the-green-new-deal-from-the-global-south-ii (15.02.2021).

Kolinjivadi, Vijay / Kothari, Ashish (2020c): How new is the Green New Deal for the Global South? In: Undisciplined Environments, 26.05.2020. Online verfügbar unter: <https://undisciplinedenvironments.org/2020/05/26/how-new-is-the-green-new-deal-for-the-global-south> (15.02.2021).

L’Affaire du siècle (2018): L’Affaire (L’Affaire du siècle). Online verfügbar unter: <https://laffairedu siecle.net/laffaire> (15.02.2021).

Labour for a Green New Deal (2019): Agreed conference motion. Online verfügbar unter: www.labourgnd.uk/agreed-conference-motion (15.02.2021).

Lampert, Thomas / Kuntz, Benjamin / Hoebel, Jens / Müters, Stephan / Kroll, Lars Eric (2018): Einkommen und Gesundheit. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, 14.11.2018. Online verfügbar unter: www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/gesundheit-und-soziale-sicherung/278393/einkommen-und-gesundheit (15.02.2021).

Levitz, Eric (2019): Poll: Majority Backs AOC's 70 Percent Top Marginal Tax Rate. In: *Intelligencer*, 15.01.2019. Online verfügbar unter: <https://nymag.com/intelligencer/2019/01/poll-large-majority-backs-aocs-70-top-marginal-tax-rate.html> (15.02.2021).

Lim, Jeremy (2020): Was ein Green New Deal für Malaysia bedeuten würde. In: *Progressive Internationale*, 07.09.2020. Online verfügbar unter: <https://progressive.international/blueprint/bb715f04-fe5a-48f9-bb13-11387ef90c63-what-a-green-new-deal-would-mean-for-malaysia/de> (15.02.2021).

Mirowski, Philip / Plehwe, Dieter (2009): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.

Muchhala, Bhumiika (2020): Towards a Decolonial and Feminist Global Green New Deal. Some systemic and conceptual ingredients. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter: www.rosalux.de/en/news/id/42847/towards-a-decolonial-and-feminist-global-green-new-deal?cHash=2273743732e7578e67f560ff6c2e8663 (15.02.2021).

94 /

Nersisyan, Yeva / Wray, Randall L. (2019): How to pay for a Green New Deal. Levy Economics Institute of Bard College. Online verfügbar unter: www.levyinstitute.org/pubs/wp_931.pdf (15.02.2021).

New York City Council (2019): Climate Mobilization Act. Green New Deal for New York. Online verfügbar unter: <https://council.nyc.gov/data/green> (15.02.2021).

Ocasio-Cortez, Alexandria (et al.) (2019): H. Res. 109 - Recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal. House of Representatives of the United States, 116th Congress 1st Session. Online verfügbar unter: www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/109/text (15.02.2021).

OECD / IEA (2019): Update on recent progress in reform of inefficient fossil-fuel subsidies that encourage wasteful consumption. Online verfügbar unter: www.oecd.org/fossil-fuels/publication/OECD-IEA-G20-Fossil-Fuel-Subsidies-Reform-Update-2019.pdf (15.02.2021).

OSAE (2020): For a "Tunisian Agrarian Green New Deal"; OSAE takes the initiative! Observatoire de la Souveraineté Alimentaire et de l'Environnement/ Observatory of Food Sovereignty and the Environment. Online verfügbar unter: <https://osae-marsad.org/2020/03/07/nouveau-deal-vert-agricole-tunisien/#tunisian-agrarian-green-new-deal> (15.02.2021).

Oxfam (2015): Extreme Carbon Inequality. Why the Paris climate deal must put the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first, Oxfam Media Foundation. Online verfügbar unter: https://neweconomics.org/uploads/files/Five_ways_to_fund_GND.pdf (15.02.2021).

OXI (2019): Alle reden über MMT. Worüber? Ein Überblick zur Modern Monetary Theory. In: OXI. Wirtschaft Anders Denken, 21.03.2019. Online verfügbar unter: <https://oxiblog.de/alle-reden-ueber-mmt-worueber-ein-ueberblick-zur-modern-monetary-theory> (15.02.2021).

Pacto Ecosocial del Sur (2020): Pacto Ecosocial del Sur. América Latina y Caribe. Online verfügbar unter: <https://pactoecosocialdelsur.com/#1592362596334-8e141cec-613c> (15.02.2021).

Pallaver, Greta (2019): Sanierung ohne Verdrängung. Energetische Gebäudesanierung zwischen Klimakrise und Recht auf Wohnen. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Online verfügbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen59_Klimaschutz.pdf (15.02.2021).

/ 95

Pettifor, Ann (2019): The Case for the Green New Deal. London: Verso.

Pettifor, Ann (2020): The global financial system is collapsing. Here's a three-step plan to take back control. In: The Correspondent, 17.04.2020. Online verfügbar unter: <https://thecorrespondent.com/412/the-global-financial-system-is-collapsing-heres-a-three-step-plan-to-take-back-control/53176888204-fe201ca0> (15.02.2021).

Pettifor, Ann / Hickel, Jason / Galbraith, James K. / McKibben, Bill / Badia, Eloi / de Masi, Fabio / Aubry, Manon / Lalucq, Aurore / Macfarlane, Laurie / de Sutter, Laurent / Gabor, Daniela / Aronoff, Kate / Lawrence, Mathew / Blakeley, Grace / Standing, Guy / McGaughey, Ewan / Varoufakis, Yanis / Adler, David / Wargan, Pawel / Kallis, Giorgos et al. (2019): Ein echter „Green New Deal“ für Europa. Offener Brief. In: der Freitag, 03.12.2019. Online verfügbar unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-echter-green-new-deal-fuer-europa (15.02.2021).

Phillips, Leigh (2019): Science, the Labor Movement, and the Green New Deal. Dead Pundits Society. Podcast. Online verfügbar unter: <https://soundcloud.com/deadpundits/science-the-labor-movement-and-the-green-new-deal-w-leigh-phillips> (15.02.2021).

Piketty, Thomas (2014): Capital in the twenty-first century. Cambridge (Mass.): The Belknap Press of Harvard University Press.

Powell, David / Krebel, Lukasz / van Lerven, Frank (2019): Five Ways to Fund a Green New Deal. London: New Economics Foundation. Online verfügbar unter: https://neweconomics.org/uploads/files/Five_ways_to_fund_GND.pdf (15.02.2021).

Prentiss, Mara (2015): Energy revolution. The physics and the promise of efficient technology. Cambridge (Mass.) / London: The Belknap Press of Harvard University Press.

96 /

PSOE (2019): 110 compromisos con la España que quieres. Online verfügbar unter: www.psoe.es/media-content/2019/03/110-principales-medidas-del-Programa-Electoral-del-PSOE-para-las-generales-del-28-de-abril-de-2019.pdf (15.02.2021).

Red Nation (2019): The Red Deal. Indigenous Action to save our Earth. Part I – End the Occupation. Online verfügbar unter: http://therednation.org/wp-content/uploads/2020/04/Red-Deal_Part-I_End-The-Occupation-1.pdf (15.02.2021).

Red Nation (2020a): The Red Deal. Indigenous Action to Save our Earth. Part II – Heal our Bodies. Online verfügbar unter: <https://therednationdotorg.files.wordpress.com/2020/01/red-deal-part-two-heal-our-bodies.pdf> (15.02.2021).

Red Nation (2020b): The Red Deal. Indigenous Action to Save our Earth. Part III – Heal our Planet. Online verfügbar unter: http://therednation.org/wp-content/uploads/2020/04/Red-Deal_Part-III_Heal-Our-Planet.pdf (15.02.2021).

Rehmann, Jan (2019): Ein Plan für alle (Fälle) – Der Green New Deal als sozial-ökologisches Hegemonieprojekt. In: LuXemburg (3). Online verfügbar unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-plan-fuer-alle-faelle-der-green-new-deal-als-sozial-oekologisches-hegemonieprojekt (15.02.2021).

Romsdahl, Rebecca J. (2019): Framing the Green New Deal for Local Governance. In: Public Administration Review, 16.07.2019. Online verfügbar unter: www.publicadministrationreview.com/2019/07/16/gnd10 (15.02.2021).

Rushe, Dominic (2020): Coronavirus has widened America's vast racial wealth gap, study finds. In: The Guardian, 19.06.2020. Online verfügbar unter: www.theguardian.com/us-news/2020/jun/19/coronavirus-pandemic-billioinaires-racial-wealth-gap (15.02.2021).

Sanders, Bernie (2019a): How Does Bernie Pay for His Major Plans? Online verfügbar unter: <https://berniesanders.com/issues/how-does-bernie-pay-his-major-plans> (15.02.2021).

Sanders, Bernie (2019b): Income Inequality Tax Plan. Online verfügbar unter: <https://berniesanders.com/issues/income-inequality-tax-plan> (15.02.2021).

Sanders, Bernie (2019c): Revitalizing Rural America. Online verfügbar unter: <https://berniesanders.com/issues/revitalizing-rural-america> (15.02.2021).

Sanders, Bernie (2019d): The Green New Deal. Online verfügbar unter: <https://berniesanders.com/issues/green-new-deal> (15.02.2021).

Scheffler, Margarethe / Wiegmann, Kirsten (2020): Verbesserung des Beitrags der GAP zum Klimaschutz in der EU. Quantifizierung der Treibhausgasminderungspotenziale der GLÖZ-Standards und der Eco-Schemes. Kurzstudie im Auftrag von Germanwatch 10/2020. Hg. v. Germanwatch. Öko-Institut.

Schlesinger, Arthur M. (1957): The Crisis of the Old Order. The Age of Roosevelt, 1919-1933, Volume I. Cambridge (Mass.): Houghton Mifflin Harcourt.

Schumacher, Juliane (2018): Klimaschäden. die Welt geht unter und niemand will bezahlen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen29_Klimaschaeden.pdf (15.02.2021).

Silk, Ezra (2020): Victory Plan. 2., überarbeitete Fassung, Originalveröffentlichung: August 2016. Hg. v. The Climate Mobilization. Online verfügbar unter: www.theclimatemobilization.org/wp-content/uploads/2020/07/Victory-Plan-July-2020-Update.pdf (15.02.2021).

Sozialistische Jugend Österreich (2019): Green New Deal. Wien. Online verfügbar unter: https://issuu.com/sjoe.at/docs/green-new-deal_final (15.02.2021).

Starr, Terrell Jermaine (2019): Meet the Black Woman Who Is the Brains Behind the Green New Deal. In: The Root, 18.12.2019. Online verfügbar unter: www.theroot.com/meet-the-black-woman-who-is-the-brains-behind-the-green-1840509307 (15.02.2021).

Stay Grounded (2019): Degrowth of Aviation. Reducing air travel in a just way. Wien. Online verfügbar unter: <https://stay-grounded.org/report-degrowth-of-aviation> (15.02.2021).

Sunrise Movement (2020): If you care about the Green New Deal, we need you to join the Movement for Black Lives. In: Medium, 20.06.2020. Online verfügbar unter: <https://medium.com/sunrisemvmt/if-you-care-about-the-green-new-deal-we-need-you-to-join-the-movement-for-black-lives-7d4395918408> (15.02.2021).

98 / Svampa, Maristella / Viale, Enrique (2020): A View of the Green New Deal From Argentina. In: Jacobin, 17.06.2020. Online verfügbar unter: <https://jacobinmag.com/2020/06/green-new-deal-argentina-gran-pacto> (15.02.2021).

Sweeney, Sean / Treat, John (2018): Trade Unions and Just Transition. The Search for a Transformative Politics. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York und Murphy Institute, CUNY. New York.

Táiwò, Olúfémi O. (2019): How the Green New Deal can avoid climate colonialism. In: The Pacific Standard, 25.02.2019. Online verfügbar unter: <https://psmag.com/social-justice/how-the-gnd-can-avoid-climate-colonialism> (15.02.2021).

Temper, Leah / Bliss, Sam (2019): A Green New Deal for an ecological economy. Introducing a series of proposals for a truly transformative GND. In: Uneven Earth. Where the ecological meets the political, 24.10.2019. Online verfügbar unter: <http://unevenearth.org/2019/10/a-green-new-deal-for-an-ecological-economy> (15.02.2021).

The Leap (2015): The Leap Manifesto. Online verfügbar unter: <https://leapmanifesto.org/en/the-leap-manifesto> (15.02.2021).

The Leap / War on Want (2020): Global Green New Deal. From Crisis to Justice. Online verfügbar unter: www.globalgnd.org (15.02.2021).

The Movement for Black Lives (2020): National Demands for COVID 19. Online verfügbar unter: <https://m4bl.org/covid-19-platform> (15.02.2021).

The Pact for a Green New Deal (2019): The Pact for a Green New Deal. Building a vision for a Green New Deal for everyone. Online verfügbar unter: <https://green-newdealcanada.ca> (15.02.2021).

TNI (2018): Financialisation: a primer. Aktualisierte Fassung September 2018. Hg. v. Transnational Institute. Amsterdam, Online verfügbar unter: www.tni.org/files/publication-downloads/financialisation-primer-sept2018-web.pdf (15.02.2021).

Tucker, Todd (2020): The Green New Deal has an international law problem. In: Progressive International, 28.05.2020. Online verfügbar unter: <https://progressive.international/blueprint/fff9daea-4a91-4de6-9865-b9607912de53-todd-tucker-the-green-new-deal-has-an-international-law-problem/en> (15.02.2021).

Umweltbundesamt (2020a): Der Europäische Emissionshandel. Umweltbundesamt Online verfügbar unter: www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#vergleich-von-emissionen-und-emissionsobergrenzen-cap-im-eu-ets (15.02.2021).

/ 99

Umweltbundesamt (2020b): Energiesparende Gebäude. Online verfügbar unter: www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/energiesparen/energiesparende-gebaeude#gebaeude-wichtig-fur-den-klimaschutz (15.02.2021).

UNCTAD (2020): UN calls for \$2.5 trillion coronavirus crisis package for developing countries. United Nations Conference on Trade and Development. Online verfügbar unter: <https://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?Original-VersionID=2315> (15.02.2021).

UNEP (2009): Global Green New Deal. Policy Brief. Online verfügbar unter: https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/7903/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf?sequence=3&isAllowed=1 (15.02.2021).

Van Sant, Levi (2019): Land Reform and the Green New Deal. In: Dissent, Herbst 2019. Online verfügbar unter: www.dissentmagazine.org/article/land-reform-and-the-green-new-deal (15.02.2021).

Varoufakis, Yanis / Adler, David (2019): It's time for nations to unite around an International Green New Deal. In: The Guardian, 23.04.2019. Online verfügbar unter: www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/23/international-green-new-deal-climate-change-global-response (15.02.2021).

Wilt, James / Ajl, Max (2020): 'Either you are fighting to eliminate exploitation or not': A leftist critique of the Green New Deal. Canadian Dimension in conversation with essayist, researcher and historian Max Ajl. In: Canadian Dimension, 14.06.2020. Online verfügbar unter: <https://canadiandimension.com/articles/view/either-you-are-fighting-to-eliminate-exploitation-or-not-a-leftist-critique-of-the-green-new-deal> (15.02.2021).

Zerzawy, Florian / Fiedler, Swantje / Mahler, Alexander (2017): Subventionen für fossile Energien in Deutschland. Beitrag für eine transparente Berichterstattung im Rahmen der G20. Hg. v. Greenpeace. Hamburg. Online verfügbar unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017-07-04_gpd_report_subventionen_fuer_fossile_energien_in_deutschland.pdf (15.02.2021).

ANHANG



I/ EINE (UNVOLLSTÄNDIGE) ÜBERSICHT ÜBER GREEN NEW DEAL-VORSCHLÄGE UND ÄHNLICHE VORSCHLÄGE AUS VERSCHIEDENEN TEILEN DER WELT

EUROPA

Großbritannien: Vorschlag der Green New Deal Group von 2008:

https://neweconomics.org/uploads/files/8f737ea195fe56db2f_xbm6ihwb1.pdf

Großbritannien: Labour for a Green New Deal:

www.labourgnd.uk

Frankreich: L’Affaire du siècle, 2018:

<https://laffairedu siecle.net/laffaire>

Finnland: Ecological Reconstruction:

<https://eco.bios.fi>

Österreich: SJÖ 2019: Green New Deal:

https://issuu.com/sjoe.at/docs/green-new-deal_final

Schweiz: Grüne Schweiz, Positionspapier:

https://gruene.ch/wp-content/uploads/2019/03/pos_090612_grundlagenpapier_green_new_deal_d.pdf

102 /

European Green Deal der EU-Kommission von 2019:

<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/news/european-green-deal-call>

Antwort von Seiten der Fraktion der Linken im EU-Parlament (GUE/NGL):

Towards a Green & Social New Deal for Europe:

www.guengl.eu/content/uploads/2019/12/New-Deal-for-Europe_FINAL.pdf

Green New Deal for Europe:

www.gndforeurope.com

Klimaplan von unten:

<https://klimaplanvonunten.de/de>

CANADA

The Leap Manifesto:

<https://leapmanifesto.org/en/the-leap-manifesto>

The Pact for a Green New Deal:

<https://greennewdealcanada.ca>

USA

Resolution des Repräsentantenhauses vom Februar 2019:

www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/109/text

Bernie Sanders: Wahlprogramm zur Wahl 2020, Green New Deal:

<https://berniesanders.com/issues/green-new-deal>

Elizabeth Warren: Wahlprogramm 2020, Green New Deal:

<https://elizabethwarren.com/plans/climate-change#fight-for-a-green-new-deal>

Ezra Silk: Victory Plan:

www.theclimatemobilization.org/wp-content/uploads/2020/07/Victory-Plan-July-2020-Update.pdf

Red Nation: The Red Deal. Indigenous Action to Save Our Earth

Part I: http://therednation.org/wp-content/uploads/2020/04/Red-Deal_Part-I_End-The-Occupation-1.pdf

Part II: <https://therednationdotorg.files.wordpress.com/2020/01/red-deal-part-two-heal-our-bodies.pdf>

Part III: http://therednation.org/wp-content/uploads/2020/04/Red-Deal_Part-III_Heal-Our-Planet.pdf

ASIEN & AUSTRALIEN

Japan: On the Anti-Austerity Green New Deal:

<https://green-new-deal.jimdofree.com/english>

Südkorea: Korean New Deal:

<https://english.moef.go.kr/pc/selectTbPressCenterDtl.do?boardCd=N0001&seq=4948>

Malaysia: Lim, Jeremy (2020): Was ein Green New Deal für Malaysia bedeuten würde:

<https://progressive.international/blueprint/bb715f04-fe5a-48f9-bb13-11387ef90c63-what-a-green-new-deal-would-mean-for-malaysia/de>

Australien: Towards a Green New Deal, Australian Greens:

<https://greens.org.au/greennewdeal>

LATEINAMERIKA

Lateinamerika: Pacto Ecosocial del Sur:

<https://pactoecosocialdelsur.com/#1592362596334-8e141cec-613c>

Argentinien: A View of the Green New Deal From Argentina, 2020:

<https://jacobinmag.com/2020/06/green-new-deal-argentina-gran-pacto>

AFRIKA

104 /

Tunesien: Tunisian Agrarian Green New Deal, OSAE: <https://osae-marsad.org/2020/03/07/nouveau-deal-vert-agricole-tunisien/#tunisian-agrarian-green-new-deal>

<https://osae-marsad.org/2020/03/07/nouveau-deal-vert-agricole-tunisien/#tunisian-agrarian-green-new-deal>

Südafrika: Climate Justice Charter:

www.safsc.org.za/wp-content/uploads/2020/08/Final-Climate-Justice-Charter_EN_August2020.pdf

STÄDTISCHE GREEN NEW DEALS

Los Angeles: L.A.'s Green New Deal:

<https://plan.lamayor.org>

New York: Climate Mobilization Act, New York City Council:

<https://council.nyc.gov/data/green>

Alternativkonzept dazu: A People's Climate Action Plan for New York:

www.centerforthehumanities.org/programming/a-peoples-climate-action-plan-for-new-york-1

Green New Deal City of 2030, Common Wealth, UK:

www.common-wealth.co.uk/interactive-digital-projects/green-new-deal-city

GLOBALE GREEN NEW DEALS

A Feminist Agenda for a Green New Deal:

<http://feministgreennewdeal.com>

Paul, Harpreet Kaur / Gebrial, Dalia (ed.) (2021): Perspectives on a Global Green New Deal. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro London. The Leap. London:

www.global-gnd.com

UNEP (2009): Global Green New Deal. Policy Brief:

https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/7903/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf?sequence=3&%3BisAllowed=

Varoufakis, Yanis / Adler, David (2019): International Green New Deal:

www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/23/international-green-new-deal-climate-change-global-response

BÜCHER ZUM GREEN NEW DEAL

Pettifor, Ann (2019): The Case for the Green New Deal. London: Verso.

Rifkin, Jeremy / Schmid, Bernhard (2019): Der globale Green New Deal. Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Klein, Naomi (2019): On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal. London: Allen Lane.

Aronoff, Kate / Battistoni, Alyssa / Cohen, Daniel Aldana / Riofrancos, Thea (2019): A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London: Verso.

Prakash, Varshini / Girgenti, Guido (2020): Winning the Green New Deal. New York: Simon & Schuster.

KUNST ZUM GREEN NEW DEAL

A Message From the Future (Video):

<https://theintercept.com/2019/04/17/green-new-deal-short-film-alexandria-ocasio-cortez>

A Message From the Future II: The Years of Repair (Video):

<https://theintercept.com/2020/10/01/naomi-klein-message-from-future-covid>

Art of the Green New Deal: <https://artofthegreennewdeal.net>

106 /

The Art of the Green New Deal, Medium:

<https://medium.com/the-art-of-the-green-new-deal/the-art-of-the-green-new-deal-a-next-generation-journal-of-creative-culture-shift-d0a3608a65f9>

Green New Deal Arts, 350.org:

<http://art.350.org/kits/green-new-deal-arts>

II/

CHECKLISTE: EINIGE FRAGEN AN EINEN PROGRESSIVEN GREEN NEW DEAL

- > Welche Ziele verfolgt der Green New Deal? Geht es nur um ‚grünes Wirtschaften‘ oder enthält er auch Maßnahmen, um für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen?
- > Bis wann plant das Programm CO₂-Neutralität? Wie ist diese definiert, werden ‚negative Emissionen‘ eingerechnet?
- > Gibt es eine Besteuerung von CO₂? Wenn ja, ist sie progressiv? Wie wird sichergestellt, dass die unteren Einkommensschichten nicht übermäßig belastet werden und dass sie auch bei hohen Einkommen wirksam ist?
- > Setzt das Programm vor allem bei den Konsument*innen an oder zielt es auf (umfassende) Veränderungen im Bereich Produktion?
- > Wer sind die Hauptakteure, die das Programm tragen sollen? Der Staat, gesellschaftliche Gruppen, Privatunternehmen?
- > Werden im Rahmen des Green New Deal private Unternehmen bezuschusst? Welche Gegenleistungen werden dafür gefordert?
- > Enthält der Green New Deal klare Pläne für einen Ausstieg aus der Förderung fossiler Brennstoffe? Wie sollen diese durchgesetzt werden?
- > Ist Landwirtschaft in das Programm eingeschlossen? Werden auch Eigentumsverhältnisse im Bereich Land thematisiert, zielt es auf die Abschaffung industrieller Landwirtschaft oder nur auf deren ‚Greening‘ ab?
- > Enthält der GND Postwachstumsaspekte oder Inhalte, die auf eine Entkopplung von Wachstum und Wohlbefinden abzielen?
- > Wie steht der Green New Deal zu Großprojekten, z.B. Staudämmen? Was ist mit umstrittenen Technologien wie Gentechnik, Geoengineering etc.?

- > Wie werden gemeinschaftliche Aspekte gestärkt, jenseits privaten Konsums?
- > Wie wird mit Verlier*innen der Transformation umgegangen, etwa Arbeiter*innen in der Ölindustrie? Welche Garantien erhalten sie und welche Begünstigungen sollen sie erhalten, für wie lang?
- > Enthält der Green New Deal Pläne für die Schaffung neuer Arbeitsplätze? Wo sollen diese geschaffen werden (in der Privatwirtschaft, über staatliche Programme, ...)? Wer soll Zugang zu diesen haben?
- > Enthält der GND Umverteilungsmaßnahmen? Wie sollen sie ablaufen, was sind die entsprechenden Instrumente (Steuern etc.)?
- > Werden Eigentumsverhältnisse angetastet? Ist die Verstaatlichung oder Ver gesellschaftung von Produktionszweigen (z.B. Energie, Verkehr, ...) vorgesehen? Gibt es Pläne für Landreformen?
- > Welchen Umfang hat der Green New Deal, wie groß ist er in Bezug auf das BIP? Wie lange soll er laufen, was geschieht danach?
- > Wie wird der GND finanziert? Wer trägt langfristig die Kosten?
- > Wie wird Prekarität verhindert und die ökonomische Sicherheit erhöht?
- > Wie soll gutes Wohnen für alle sichergestellt werden? Wer übernimmt die Arbeiten für Instandhaltung und Bau? Wer trägt die Kosten für (ökologische) Sanierungen?
- > Welche Formen der Mobilität strebt der Green New Deal an?
- > Wie soll sichergestellt werden, dass eine Stärkung des Staates nicht zu Missbrauch oder der Diskriminierung von Minderheiten führt? Erkennt der Green New Deal das Prinzip des Free, Prior and Informed Consent und das Right to Say No an – nicht nur im eigenen Land, sondern auch anderswo?
- > Strebt der GND nach einer Aufwertung und Ausweitung von Care-Arbeit? Wie definiert er diese? Auf welche Weise wird die Rolle von Care-Arbeit gestärkt?

- > In welchen Bereichen sind neu zu schaffende Jobs vorgesehen (Produktion, Care-Arbeit etc.)?
- > Wer hat Zugang zu den Bevorzugungen im Rahmen des Green New Deal, z.B. Jobs? Nur Staatsangehörige? Arbeitende aus dem Ausland?
- > Enthält der Vorschlag Reparationszahlungen für Umwelt- und Klimaschäden?
- > Wie geht der Green New Deal mit Geflüchteten um, insbesondere mit Klima-geflüchteten?
- > Geht der GND bei Fragen der Gerechtigkeit über menschliche Akteure hinaus? Werden Tierrechte und Rechte anderer nicht-menschlicher Wesen, ein ‚Recht der Natur‘ anerkannt oder zumindest thematisiert?
- > Welche Maßnahmen werden gegen das Artensterben unternommen? Wie wird sichergestellt, dass es keine einseitige Ausrichtung auf Klimaschutz gibt, sondern andere ökologische Problemfelder einbezogen werden?
- > Sieht der Green New Deal auch Anpassungs- und Schutzmaßnahmen gegen die globale Erwärmung vor, insbesondere für besonders gefährdete Gruppen (alte Menschen, Kranke etc.)?
- > Geht der Green New Deal über den nationalen Rahmen hinaus? Gestalten in dem Konzept andere Ebenen (lokale oder regionale Regierungen und Zusammenschlüsse) das Programm mit?
- > Welche globalen Aspekte enthält der Green New Deal? Wie soll sichergestellt werden, dass es nicht nur um Umverteilung im nationalen Rahmen geht, sondern er auch zur globalen Gerechtigkeit beiträgt?
- > Wie stellt er sicher, dass er koloniale Ausbeutungsschemata nicht fortsetzt? Woher sollen Rohstoffe kommen?
- > Welche Pläne für die Änderung des globalen Finanz- und Handelssystems enthält der Green New Deal, wie soll das Wirtschaftssystem (langfristig) verändert werden?

NOTIZEN

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profit-orientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems.

In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten.

Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Büro Brüssel
Rue Saint-Ghislain 62, 1000 Brüssel, Belgien
www.rosalux.eu

V.i.S.d.P., Büroleiter
Andreas Thomsen

Brüssel, 2021

Autorin
Juliane Schumacher

Programmleiter für Wirtschaft und Handel
Dr. Arif Rüzgar

Lektorat
Linguanet, Brüssel

Gestaltung und Herstellung
HDMH srl

Fotos

© Artberg / Natsue, Cover

Peg Hunter/flickr CC-BY-NC 2.0, S. 4

System Change not Climate Change/flickr CC-BY-SA 2.0, S. 9

Stephen Melkisetian/flickr CC-BY-NC-ND 2.0, S. 24, 40

European Parliament/flickr CC-BY 2.0, S. 52

Ainhoa Goma/Oxfam/flickr CC-BY-NC-ND 2.0, S. 68

Gabriel Civita Ramirez/flickr CC-BY-SA 2.0, S. 84

JC Claveria/European Greens/flickr CC BY 2.0, S. 79

Francesco Mariani/flickr CC-BY-NC-ND 2.0, S. 98

Gedruckt in Belgien

Diese Veröffentlichung wurde vom Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert.

Die Green New Deals gehören zu den wenigen konkreten Vorschlägen, wie die Umstellung um eine klimafreundliche Gesellschaft innerhalb einer relativ kurzen Zeit vorstattengehen könnte, ohne dass diese Transformation auf Kosten der Schwächeren in einer Gesellschaft geht.

Auch wenn sie Schwächen und blinde Flecken aufweisen, so ist ihnen doch eines gelungen: Sie haben es geschafft, über die letzten zwei Jahre eine neue Erzählung zu schaffen, die, jenseits von Katastrophenwarnungen, die Hoffnung auf Handlungsmöglichkeiten aufrechterhält. Eine Erzählung davon, wie eine lebenswerte und gute Zukunft aussehen könnte – und welche Schritte auf dem Weg dorthin möglich und nötig wären.

Solche Visionen der Zukunft und die Kraft, die sie entfalten können, sind heute nötiger denn je. Schon deshalb lohnt es sich, die verschiedenen Vorschläge für Green New Deals genauer zu betrachten, ihre Argumente, ihre Geschichte, die Möglichkeiten, die sie bieten und die Grenzen, die ihnen eingeschrieben sind. Dies ist das Ziel dieser Broschüre.